



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

1Y 6432 A

1967

Montag, den 3. Juli 1967

Nr. 27

Seite

Seite

Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei —
Staatliche Anerkennung von Rettungsstaten
Erweiterung eines Exequaturs
Verlängerung eines Exequaturs

777

777

777

Der Hessische Minister des Innern
Kriminalpolizeiliches Vorbeugungsprogramm für Juli 1967 . . .
Organisation der Polizeiverkehrsbereitschaften; hier: Bezeichnung der Außenstellen der Polizeiverkehrsbereitschaft Darmstadt

778

778

778

Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Adolfsseck im Untertaunuskreis

778

Bekanntmachung über die Genehmigung der Stiftung Deutsche Sporthilfe

778

Änderung der Grenze zwischen den Gemeinden Ellenbach und Eulsbach im Landkreis Bergstraße

778

Verwendung von einheimischem Holz bei kommunalen und kommunal bezuschußten Bauvorhaben zur Bewältigung der Sturmkatastrophe im Februar/März 1967

778

Kosten der Einrichtung und Unterhaltung der Kreisflüchtlingswohnheime

778

Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Langstadt im Landkreis Dieburg

779

Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Holzhausen über Aar im Untertaunuskreis

779

Der Hessische Minister der Finanzen
Verbindung des Liegenschaftskatasters mit dem Grundbuch . .

779

23. Änderung der Liste der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure im Lande Hessen; hier: Änderung des Wohn- und Niederlassungsorts (Bekanntgabe gem. § 5 Abs. 2 der Berufsordnung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure vom 20. 1. 1938 — RGBl. I S. 40)

779

Umzugskosten; hier: Erstattung von Auslagen für Fenstervorhänge

779

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr
Gleichstellung der Prüfungszeugnisse von Ausbildungsstätten mit den Zeugnissen über das Bestehen der Gesellenprüfung gem. § 44 Abs. 1 Satz 1 der Handwerksordnung i. d. F. vom 28. 12. 1965 (BGBl. 1966 I S. 2)

779

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen
Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen

780

Monatlicher Bericht über die anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten in Hessen

780

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten
Neue Anschrift des Referats forstliche Betriebsabrechnung (Lochkartenstelle) der hessischen Staatsforstverwaltung) . .

780

Anordnung über die Änderung des Molkereieinzugs- und Absatzgebietes der Molkerei Westheim eGmbH in Westheim (Westfalen)

780

Anordnung über die Änderung des Molkereieinzugs- und Absatzgebietes der Molkereigenossenschaft Hungen-Ulfa eGmbH in Hungen

780

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten
Anordnung über die Änderung des Molkereieinzugs- und Absatzgebietes der Molkerei Westheim eGmbH in Westheim (Westfalen)

780

Anordnung über die Änderung des Molkereieinzugs- und Absatzgebietes der Molkereigenossenschaft Hungen-Ulfa eGmbH in Hungen

780

Anordnung über die Änderung des Molkereieinzugs- und Absatzgebietes der Molkerei Westheim eGmbH in Westheim (Westfalen)

780

Anordnung über die Änderung des Molkereieinzugs- und Absatzgebietes der Molkerei Westheim eGmbH in Westheim (Westfalen)

780

Anordnung über die Änderung des Molkereieinzugs- und Absatzgebietes der Molkerei Westheim eGmbH in Westheim (Westfalen)

780

Anordnung über die Änderung des Molkereieinzugs- und Absatzgebietes der Molkerei Westheim eGmbH in Westheim (Westfalen)

780

Anordnung über die Änderung des Molkereieinzugs- und Absatzgebietes der Molkerei Westheim eGmbH in Westheim (Westfalen)

780

Anordnung über die Änderung des Molkereieinzugs- und Absatzgebietes der Molkerei Westheim eGmbH in Westheim (Westfalen)

780

Anordnung über die Änderung des Molkereieinzugs- und Absatzgebietes der Molkerei Westheim eGmbH in Westheim (Westfalen)

780

Anordnung über die Änderung des Molkereieinzugs- und Absatzgebietes der Molkerei Westheim eGmbH in Westheim (Westfalen)

780

Anordnung über die Änderung des Molkereieinzugs- und Absatzgebietes der Molkerei Westheim eGmbH in Westheim (Westfalen)

780

Anordnung über die Änderung des Molkereieinzugs- und Absatzgebietes der Molkerei Westheim eGmbH in Westheim (Westfalen)

780

Anordnung über die Änderung des Molkereieinzugs- und Absatzgebietes der Molkerei Westheim eGmbH in Westheim (Westfalen)

780

Anordnung über die Änderung des Molkereieinzugs- und Absatzgebietes der Molkerei Westheim eGmbH in Westheim (Westfalen)

780

Anordnung über die Änderung des Molkereieinzugs- und Absatzgebietes der Molkerei Westheim eGmbH in Westheim (Westfalen)

780

Anordnung über die Änderung des Molkereieinzugs- und Absatzgebietes der Molkerei Westheim eGmbH in Westheim (Westfalen)

780

Anordnung über die Änderung des Molkereieinzugs- und Absatzgebietes der Molkerei Westheim eGmbH in Westheim (Westfalen)

780

Anordnung über die Änderung des Molkereieinzugs- und Absatzgebietes der Molkerei Westheim eGmbH in Westheim (Westfalen)

780

Anordnung über die Änderung des Molkereieinzugs- und Absatzgebietes der Molkerei Westheim eGmbH in Westheim (Westfalen)

780

Anordnung über die Änderung des Molkereieinzugs- und Absatzgebietes der Molkerei Westheim eGmbH in Westheim (Westfalen)

780

Anordnung über die Änderung des Molkereieinzugs- und Absatzgebietes der Molkerei Westheim eGmbH in Westheim (Westfalen)

780

Anordnung über die Änderung des Molkereieinzugs- und Absatzgebietes der Molkerei Westheim eGmbH in Westheim (Westfalen)

780

Anordnung über die Änderung des Molkereieinzugs- und Absatzgebietes der Molkerei Westheim eGmbH in Westheim (Westfalen)

780

Anordnung über die Änderung des Molkereieinzugs- und Absatzgebietes der Molkerei Westheim eGmbH in Westheim (Westfalen)

780

Anordnung über die Änderung des Molkereieinzugs- und Absatzgebietes der Molkerei Westheim eGmbH in Westheim (Westfalen)

780

Anordnung über die Änderung des Molkereieinzugs- und Absatzgebietes der Molkerei Westheim eGmbH in Westheim (Westfalen)

780

Flurbereinigung Wallbach, Krs. Erbach/Odw.

787

Verwaltungsänderungen der Hessischen Forstverwaltung; hier: Auflösung der Forstwartei Münster im Hessischen Forstamt Dieburg

788

hier: Verstaatlichung und Auflösung der Gemeinderevierförsterei Kramsberg, Hessisches Forstamt Usingen

788

Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Anwärter des gehobenen technischen Dienstes der Wasserwirtschaftsverwaltung vom 8. Juni 1967

788

Zinsbeihilfen für Gemeinden und private Waldbesitzer zur Aufbereitung der Sturmholzanfälle vom Februar/März 1967 . . .

794

Personalnachrichten

Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

796

Im Bereich des Hessischen Kultusministers

797

Im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

804

Regierungspräsidenten

DARMSTADT

Auflösung des Sanitätsvereins Offenthal

804

Bekanntmachung über die beabsichtigte Bestellung des Jagdberaters und dessen Stellvertreters bei dem Regierungspräsidenten in Darmstadt

804

Bildung des Jagdbeirates für den Regierungsbezirk Darmstadt

Auflösung des Pferdeversicherungsvereins a. G. Kefenrod . .

804

Genehmigung der Auflösung der Allgemeinen Pferdeversicherung zu Kirch-Göns

805

Verlust von Fleischbeschaustempeln

805

KASSEL

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs in der Stadt Baunatal

805

Anordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage der Gemeinde Dammersbach, Krs. Hünfeld

805

Anordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage der Gemeinde Burghaun, Krs. Hünfeld

806

Anordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage der Gemeinde Ernsthäuser, Krs. Frankenberg

807

Anordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage der Gemeinde Rechtebach, Krs. Eschwege

808

Luftfahrtmedizinische Untersuchungsstellen

809

Benennung von Wohnplätzen in der Stadt Felsberg, Krs. Melungen

809

Verlust von Fleischbeschaustempeln

809

WIESBADEN

Öffentliche Zustellung eines Widerspruchsbeseides

809

Buchbesprechungen

809

Öffentlicher Anzeiger

Satzung des Zweckverbandes Hallenbad Hofgeismar

818

Auszug aus der Satzung des Gasversorgungs-Zweckverbandes Landkreis Rotenburg in Rotenburg a. d. Fulda

820

644

Der Hessische Ministerpräsident

Staatliche Anerkennung von Rettungsstaten

Für die Rettung eines Menschen vor dem Tode am 13. September 1966 spreche ich

Herrn Johannes Paul, Schriftsetzer, Bergen-Enkheim, Dank und Anerkennung aus.

Wiesbaden, 10. 3. 1967

Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei
II A 3 — 14 c

StAnz. 27/1967 S. 777

645

Erweiterung eines Exequaturs

Die Regierung der Dominikanischen Republik hat das Wahlkonsulat in Frankfurt am Main in ein Wahlgeneralkonsulat umgewandelt und den Leiter, Herrn Horst-Wolfgang Dettmer, zum Wahlgeneralkonsul ernannt.

Das Herrn Horst-Wolfgang Dettmer am 10. Dezember 1958 erteilte Exequatur hat die Bundesregierung am 7. Juli 1967 auf das Land Rheinland-Pfalz erweitert.

Der Amtsbezirk des Wahlgeneralkonsulats umfaßt somit die Länder Hessen und Rheinland-Pfalz.

Wiesbaden, 14. 6. 1967

Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei
II B/2 — 2 e 10/07

StAnz. 27/1967 S. 777

646

Verlängerung eines Exequaturs

Bezug: Mein Schreiben vom 6. Dezember 1966 — II B/2 — 2 e 10/03

Die Bundesregierung hat das dem Generalkonsul der Republik Sudan in Bonn,

Hudan Sayed Baghir El Sayed Mohamed Baghir, am 30. November 1965 erteilte Exequatur auf zwei Jahre verlängert.

Wiesbaden, 19. 6. 1967

Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei
II B/2 — 2 e 10/01

StAnz. 27/1967 S. 777

647

Der Hessische Minister des Innern

Die Kriminalpolizei rät

KEINE GEFÄHRLICHEN EXTRATOUREN!

- Ferienzeit ist nicht nur unbeschwerte Zeit — Schlagzeilen beweisen es!
- Beim Baden ertrunken! Beim Klettern abgestürzt! Anhalter überfallen! Durch Fundmunition getötet!
- War es Übermut, Leichtsinn, Abenteuerlust oder fehlte es an Aufsicht?
- Besonders Kinder und Jugendliche sind arglos; sie haben kein Gefühl für drohende Gefahren!
- Warnungen und Verbote allein genügen nicht, sie müssen auch befolgt werden!
- **VERNUNFT, UMSICHT und VORSICHT** verhindern gefährliche Extratouren!

Wiesbaden, 20. 6. 1967

Hessisches Landeskriminalamt
Az.: VI/3 b — 5 e 10 03
StAnz. 27/1967 S. 778

648

Organisation der Polizeiverkehrsbereitschaften;

hier: Bezeichnung der Außenstellen der Polizeiverkehrsbereitschaft Darmstadt

Ab sofort führen

1. die an der Bundesautobahn Köln—Frankfurt—Nürnberg bei km 181,3 (Autobahnmeisterei Offenbach/Main) errichtete Außenstelle der Polizeiverkehrsbereitschaft Darmstadt die Bezeichnung

„Verkehrspolizeistation Offenbach (Main) der Polizeiverkehrsbereitschaft Darmstadt“;

2. die an der Bundesautobahn Hamburg—Frankfurt—Basel bei km 545,9 (Raststätte Lorsch/Hessen) errichtete Außenstelle der Polizeiverkehrsbereitschaft Darmstadt die Bezeichnung

„Verkehrspolizeistation Lorsch (Hessen) der Polizeiverkehrsbereitschaft Darmstadt“.

Im innerdienstlichen Verkehr kann für das Wort „Verkehrspolizeistation“ die Kurzbezeichnung „VPSt“ verwendet werden.

Die Verkehrspolizeistationen der Polizeiverkehrsbereitschaft Darmstadt sind wie folgt zu erreichen:

1. die Verkehrspolizeistation Offenbach (Main)
 - a) Anschrift: 6078 Neu-Isenburg
Autobahnmeisterei Offenbach/Main
Haus Nr. 4
 - b) Fernsprechrufnummern: 0 61 02 — 54 01 und 54 02
2. die Verkehrspolizeistation Lorsch (Hessen)
 - a) Anschrift: 6143 Lorsch / Hessen
Außerhalb 53
 - b) Fernsprechrufnummern: 0 62 51 — 52 26 und 56 56.

Wiesbaden, 16. 6. 1967

Der Hessische Minister des Innern
III A 11 — 21 b 02 03
StAnz. 27/1967 S. 778

649

Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Adolfsack im Untertaunuskreis, Regierungsbezirk Wiesbaden

Der Gemeinde Adolfsack im Untertaunuskreis, Regierungsbezirk Wiesbaden, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene Wappen genehmigt worden:

„In blauem, mit goldenen Schindeln bestreutem Feld ein sitzender rotgekrönter, -bezungter und -bewehrter goldener Löwe.“

Wiesbaden, 14. 6. 1967

Der Hessische Minister des Innern
IV A 22 — 3 k 06 — 26/67
StAnz. 27/1967 S. 778

650

Bekanntmachung über die Genehmigung der Stiftung Deutsche Sporthilfe

Gemäß § 80 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Verbindung mit § 3 Abs. 1 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. 4. 1966

(GVBl. I S. 77) habe ich am 13. 6. 1967 die mit Stiftungsgeschäft vom 26. 5. 1967 errichtete

Stiftung „Deutsche Sporthilfe“

mit dem Sitz in Frankfurt am Main genehmigt.

Wiesbaden, 15. 6. 1967

Der Hessische Minister des Innern
II A 5 — 2501 — 13/67 — W 6
StAnz. 27/1967 S. 778

651

Änderung der Grenze zwischen den Gemeinden Ellenbach und Eulsbach im Landkreis Bergstraße, Regierungsbezirk Darmstadt

Die Hessische Landesregierung hat am 6. Juni 1967 beschlossen:

„Auf Grund der §§ 16 und 17 der Hessischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 1. 7. 1960 (GVBl. S. 103) werden mit Wirkung vom 1. Juli 1967 nachstehende Flurstücke aus dem Gebiet der Gemeinde Ellenbach ausgegliedert und in das Gebiet der Gemeinde Eulsbach eingemeindet:

Flur 1, Flurstücke 144/1 74 qm; 100/3 464 qm; 521/3 180 qm; 518/16 263 qm; 521/4 4221 qm; 521/7 3544 qm; 141 4020 qm; 143/1 6897 qm; 148/1 2881 qm; 520 200 qm; 144/3 2050 qm; 145/1 861 qm; 147 1723 qm; 146 117 qm; 149/1 3859 qm; 317/2 3147 qm; 518/4 2460 qm; 518/6 14 374 qm; 519/3 899 qm; 518/10 11 qm; 518/11 7 qm; 518/15 334 qm; 518/12 903 qm; 518/13 3234 qm; 518/9 708 qm; 518/14 4 qm; 521/1 296 qm; 518/7 636 qm; 521/6 484 qm; insgesamt: 58.851 qm.

Die Auseinandersetzung ist, soweit erforderlich, von der Aufsichtsbehörde durchzuführen.

Wiesbaden, 14. 6. 1967

Der Hessische Minister des Innern
IV A 22 — 3 k 08 — 51/67
StAnz. 27/1967 S. 778

652

Verwendung von einheimischem Holz bei kommunalen und kommunal bezuschuften Bauvorhaben zur Bewältigung der Sturmkatastrophe im Februar/März 1967

Die deutsche Forstwirtschaft ist infolge der Sturmschäden im Februar und März dieses Jahres von einer Katastrophe bisher nicht gekannten Ausmaßes betroffen worden. Nach den jüngsten Erhebungen sind allein in den hessischen Waldungen aller Besitzarten insgesamt rd. 900 000 fm Sturmholz, und zwar zu 85 bis 90% in Fichte, angefallen. Die Hälfte dieses Holzes entfällt auf den Staatswald und je ein Viertel auf den Körperschafts- und Privatwald.

Diese Situation bedeutet im Hinblick auf die schweren Schäden in den anderen Bundesländern eine außergewöhnliche Belastung des Holzmarktes.

Das unfreiwillig hohe Angebot an Holz und die nunmehr seit Monaten sehr schwache Nachfrage, die auch nach Wiederaufnahme der Bautätigkeit auffallend zögernd ist, lassen die Lage besonders kritisch erscheinen.

Der Hessische Minister der Finanzen hat deshalb auf Anregung des Ministers für Landwirtschaft und Forsten die Staatsbauämter gebeten, bei den öffentlichen Bauten in weit größerem Umfang als bisher einheimisches Holz zu verwenden.

Da die rd. 2000 waldbesitzenden Gemeinden des Landes in gleicher Weise von der Katastrophe betroffen sind und sich in einer Notlage befinden, richte ich an alle Gemeinden, Landkreise und den Landeswohlfahrtsverband die dringende Bitte, bei eigenen Baumaßnahmen vordringlich einheimisches Holz zu verwenden. Auch bei Baumaßnahmen, die von Gemeinden bezuschußt werden, bitte ich, auf die Verarbeitung einheimischen Holzes hinzuwirken.

Ich bitte die Regierungspräsidenten, die Landkreise und Gemeinden auf meine vorstehende Bitte nachdrücklich hinzuweisen.

Wiesbaden, 14. 6. 1967

Der Hessische Minister des Innern
IV B 1 — 33 c — 020 — 29
StAnz. 27/1967 S. 778

653**Kosten der Einrichtung und Unterhaltung der Kreisflüchtlingswohnheime**

Bezug: 1. Finanzausgleichsgesetz i. d. F. vom 2. Juni 1967 (GVBl. I S. 110),

2. Richtlinien vom 7. September 1959 (StAnz. S. 1069)

Zur Durchführung des § 38 Abs. 3 und 4 des Gesetzes zur Regelung des Finanzausgleichs i. d. F. vom 2. Juni 1967 (GVBl. I S. 110) ordne ich an:

Die mit Erlaß vom 27. Juni 1960 — X/1a 3 — 15h/43/60 Kl — (StAnz. S. 829) für das Rechnungsjahr 1960 veröffentlichten Richtlinien sind auch für das Rechnungsjahr 1967 anzuwenden.

Wiesbaden, 15. 6. 1967

Der Hessische Minister des Innern
Az.: — VI A 13 — 15h/43/67 KL
StAnz. 27/1967 S. 779

654**Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Langstadt im Landkreis Dieburg, Regierungsbezirk Darmstadt**

Der Gemeinde Langstadt im Landkreis Dieburg, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl.

S. 103) das nachstehend beschriebene Wappen genehmigt worden:

„In geteiltem und oben gespaltenem Schild im ersten Feld ein steigender schwarzer Löwe in Silber mit roter Umrandung, im zweiten Feld drei rote Sparren in Gold und im dritten Feld, der unteren Wappenhälfte, in Blau ein stilisierter silberner Kessel.“

Wiesbaden, 16. 6. 1967

Der Hessische Minister des Innern
IV A 22 — 3 k 06 — 26/67
StAnz. 27/1967 S. 779

655**Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Holzhausen über Aar im Untertaunuskreis, Regierungsbezirk Wiesbaden**

Der Gemeinde Holzhausen über Aar im Untertaunuskreis, Regierungsbezirk Wiesbaden, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene Wappen genehmigt worden:

„Im geteilten Schild oben in Blau wachsend ein golden-gekrönter und -bewehrter, von Silber und Rot viermal geteilter Löwe, unten in Silber drei rote Kugeln.“

Wiesbaden, 19. 6. 1967

Der Hessische Minister des Innern
IV A 22 — 3 k 06 — 26/67
StAnz. 27/1967 S. 779

656**Der Hessische Minister der Finanzen****Verbindung des Liegenschaftskatasters mit dem Grundbuch**

Im Anschluß an die Bekanntmachung vom 8. 5. 1967 (StAnz. S. 602) wird nachstehend ein weiterer Bezirk bekanntgegeben, in dem das Reichskataster an die Stelle des bisherigen amtlichen Verzeichnisses der Grundstücke im Sinne des § 2 Abs. 2 der Grundbuchordnung (RGBl. I 1935 S. 1073) tritt.

Lfd. Nr.	Kreis	Gemeinde	Zeitpunkt
Regierungsbezirk Darmstadt			
2671	Lauterbach	Hörgenau	1. 7. 1967

Wiesbaden, 14. 6. 1967

Der Hessische Minister der Finanzen
— K 4210 B — 1 — IV B 3 —
StAnz. 27/1967 S. 779

657**23. Änderung der Liste der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure im Lande Hessen;**

hier: Änderung des Wohn- und Niederlassungsorts (Bekanntgabe gem. § 5 Abs. 2 der Berufsordnung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure vom 20. 1. 1938 — RGBl. I S. 40)

Bezug: Liste der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure (StAnz. 1963 S. 278; letzte Änderung StAnz. 1967 S. 680)

Lfd. Nr. der Zulassung	Name, Vorname	a) neuer Wohnort, Straße b) neuer Niederlassungsort, Straße
41	Boye, Lothar	b) Wiesbaden, Grillparzerstraße 9
61	Dipl.-Ing. Baer, Klaus	a) Wiesbaden, Dotzheimer Straße 167 a b) Grillparzerstraße 9

Wiesbaden, 14. 6. 1967

Der Hessische Minister der Finanzen
K 2700 B — 142, 111 — IV B 1
StAnz. 27/1967 S. 779

658**Umzugskosten;**

hier: Erstattung von Auslagen für Fenstervorhänge

Es sind Zweifel aufgetreten, wie bei der Erstattung von Auslagen für Fenstervorhänge im Rahmen des § 3 der Verordnung über die Erstattung der nachgewiesenen sonstigen Auslagen vom 24. März 1965 (GVBl. I S. 76) zu verfahren ist, wenn Bedienstete eine eigene Wohnung beziehen.

Es entspricht den Grundsätzen des Umzugskostenrechts, hierbei von der Zahl der Zimmer auszugehen, die in der alten bzw. neuen Wohnung vorhanden sind. Das gilt auch beim Bezug von Wohnungen in eigenen Häusern und von Eigenheimen. Sofern in der neuen Wohnung mehr Zimmer vorhanden sind als in der alten Wohnung, bitte ich, zur Wahrung eines einheitlichen Maßstabes von der Zahl der Zimmer auszugehen, die bei der Gewährung von Offenbeschaffungsbeiträgen nach Abs. 1 der Verwaltungsvorschriften zu § 7 HUKG (StAnz. 1966 S. 1154) berücksichtigt werden können.

Wiesbaden, 15. 6. 1967

Der Hessische Minister der Finanzen
P 1757 A — 1 — I B 23
StAnz. 27/1967 S. 779

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr**659****Gleichstellung der Prüfungszeugnisse von Ausbildungsstätten mit den Zeugnissen über das Bestehen der Gesellenprüfung gemäß § 44 Abs. 1 Satz 1 der Handwerksordnung in der Fassung vom 28. Dezember 1965 (BGBl. 1966 I S. 2)**

Ich habe mit Erlaß vom 22. 5. 1967 aufgrund des § 44 Abs. 1 Satz 1 der Handwerksordnung im Benehmen mit der Handwerkskammer Wiesbaden bestimmt, daß die Prüfungszeugnisse der Staatlichen Glasfachschule Hadamar im Handwerk

„Glaser“

(Nr. 100 der Anlage A zur Handwerksordnung)

den Zeugnissen über das Bestehen der Gesellenprüfung in diesem Handwerk gleichgestellt sind.

Wiesbaden, 13. 6. 1967

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr
II b 2 — 872.12 — 653/67
StAnz. 27/1967 S. 779

Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen

In den Monaten April und Mai 1967 wurden die nachstehend aufgeführten Tarifverträge in das Tarifregister für das Land Hessen eingetragen.

1. Nr. 101/165 — Anschlußtarifvertrag vom 6. 3. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — für die Arbeiter in den landwirtschaftl. Verwaltungen und Betrieben, Gartenbau-, Weinbau- und Obstbaubetrieben und deren Nebenbetrieben der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein zur Übernahme des Änderungstarifvertrages Nr. 7 zum MTL II vom 29. 11. 1966 (Sterbegeld).
Tarifvertragsparteien:
Tarifgemeinschaft deutscher Länder und Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Hauptverwaltung.
2. Nr. 201/123 — Tarifvertrag vom 16. 12. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Durchführung des Arbeitsplatzschutzgesetzes für die Waldarbeiter in den Staatsforsten der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und des Saarlandes sowie in den Gemeindeforsten in Rheinland-Pfalz und im Saarland (Entgeltfortzahlung bei Einberufung).
Tarifvertragsparteien:
Tarifgemeinschaft deutscher Länder, Kommunal Arbeitgeberverband Rheinland-Pfalz sowie Kommunal Arbeitgeberverband Saar und Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Landesbezirke Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Nordmark.
3. Nr. 201/124 — Tarifvertrag Nr. 217 vom 1. 1. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — über die Gewährung einer Jubiläumszuwendung an die Waldarbeiter in den Gemeindeforsten im Lande Hessen — Erster Tarifvertrag zur Änderung des GFTV II —.
Tarifvertragsparteien:
Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände e. V. und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen sowie Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Landesbezirk Hessen.
4. Nr. 201/125 — Erster Tarifvertrag vom 14. 4. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Änderung des HSFT II vom 1. 10. 1964 (Mänteländ. u. a. Jubiläumszuwendung, zusätzl. Alters- und Hinterbliebenenversorgung).
5. Nr. 201/126 — Ergänzungstarifvertrag vom 14. 4. 1967 — gültig ab 1. 4. 1967 — zum Lohntarifvertrag vom 22. 10. 1965 (Sozialzuschlag).
6. Nr. 201/127 — Tarifvertrag vom 14. 4. 1967 — gültig ab 15. 3. 1967 — betr. Wegegelder.
Zu 4.—6. betr. Waldarbeiter der Staatsforstverwaltung des Landes Hessen.
Zu 4.—6. Tarifvertragsparteien:
Tarifgemeinschaft deutscher Länder und Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Landesbezirk Hessen.
7. Nr. 306/216 — Tarifvertrag vom 11. 4. 1967 — gültig ab 1. 4. 1967 — zur Änderung des Tarifvertrages betr. Arbeitsordnung für die Arbeitnehmer des Kali- und Steinsalzbergbaues in Hessen, Niedersachsen und Süd-Baden vom 20. 8. 1956.
Tarifvertragsparteien:
Kaliverein e. V., Hannover, und Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Bochum.
8. Nr. 705/148 — Tarifvertrag vom 2. 11. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für die gewerblichen Arbeitnehmer vom 25. 2. 1965 (u. a. Arbeitszeitverkürzung).
9. Nr. 705/149 — Lohntarifvertrag vom 2. 11. 1966 — gültig ab 1. 11. 1966 — für die gewerbl. Arbeitnehmer.
Zu 8. und 9. abgeschlossen mit der IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt am Main.
10. Nr. 705/150 — Gehaltstarifvertrag vom 2. 11. 1966 — gültig ab 1. 11. 1966 — für die kaufm. und techn. Angestellten und Meister nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
11. Nr. 705/151 — Manteltarifvertrag vom 2. 11. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 — für die Angestellten und Meister nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
zu 10. und 11. abgeschlossen mit der IG Metall, Bezirksleitung Ffm. sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt M.
Zu 8. bis 11. betr. Arbeitnehmer des Elektro-, Radio- und Fernstechniker-Handwerks im Lande Hessen.
Zu 8. bis 11. Tarifvertragsparteien:
Landesinnungsverband des Elektro-, Radio- und Fernstechniker-Handwerks Hessen, Frankfurt/M., und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
12. Nr. 804b/94 — Tarifvertrag vom 7. 9. 1966 zur Änderung des Manteltarifvertrages vom 8. 10. 1964 (Arbeitszeit) und des Lohntarifvertrages vom 6. 12. 1965 für die gewerbl. Arbeitnehmer des Installateur-, Klempner-, Kupferschmiede- und Zentralheizungsbauerhandwerks sowie der Wärme-, Lüftungs- und Gesundheitstechnik und des Rohrleitungsbaues im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Landesinnungsverband Hessen des Installateur-, Klempner-, Kupferschmiede- und Zentralheizungsbauerhandwerks, Wiesbaden, sowie Landesverband Wärme-, Lüftungs- und Gesundheitstechnik Hessen e. V., Frankfurt am Main, und IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt M.
13. Nr. 809/65 — Rahmentarifvertrag vom 20. 2. 1967 — gültig ab 1. 1./1. 3. 1967 — für die Angestellten des Kraftfahrzeughandwerks, -handels und -gewerbes in der Bundesrepublik.
Tarifvertragsparteien:
Zentralverband des Kraftfahrzeughandels und -gewerbes e. V., Frankfurt/M., sowie Zentralverband des Kraftfahrzeughandwerks, Wiesbaden, und IG Metall, Hauptvorstand, Frankfurt/M.
14. Nr. 1200/232 — Tarifvertrag vom 15. 3. 1967 — gültig ab 15. 3. 1967 — über die Arbeitszeit der Kraftfahrer und Beifahrer im Werkfernverkehr der Firma Feinstrumpfwirke Edwin E. Rößler OHG, Werk Neustadt, Kreis Marburg/L.
Tarifvertragsparteien:
Landesvereinigung Hessen der deutschen Textilindustrie e. V. — Sozialpolitischer Ausschuß —, Bad Hersfeld, und Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Bezirksleitung Frankfurt/M.
15. Nr. 1303/116 — Lohntarifvertrag vom 14. 4. 1967 — gültig ab 1. 7./1. 10. 1967 — für die gewerbl. Arbeitnehmer einschl. Heimarbeiter.
16. Nr. 1303/117 — Manteltarifvertrag vom 14. 4. 1967 — gültig ab 1. 1./1. 4. 1967 — für die kaufm. und techn. Angestellten und kaufm. Lehrlinge.
17. Nr. 1303/118 — Gehaltstarifvertrag vom 14. 4. 1967 — gültig ab 1. 4. 1967 — für die kaufm. und techn. Angestellten.
Zu 15. bis 17. betr. Arbeitnehmer der Lampenschirmindustrie in der Bundesrepublik und West-Berlin.
Zu 15. bis 17. Tarifvertragsparteien:
Fachverband Lampenschirm-Industrie e. V., Arnshausen i. W., und IG Druck und Papier, Hauptvorstand, Stuttgart.
18. Nr. 1304/23 — Lohntarifvertrag vom 6. 4. 1967 — gültig ab 1. 1./1. 6./1. 9. 1967 — für die gewerbl. Arbeitnehmer der Tapetenindustrie in der Bundesrepublik.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband der deutschen Tapetenindustrie, Frankfurt/M., und IG Druck und Papier, Hauptvorstand, Stuttgart.

19. Nr. 1400/131 — Tarifvertrag vom 15. 3. 1967 — zur Auslegung des Manteltarifvertrages i. d. F. vom 27. 7. 1965 (Feiertagsarbeit).
20. Nr. 1400/132 — Tarifvertrag vom 15. 3. 1967 zur Auslegung des Manteltarifvertrages i. d. F. vom 27. 7. 1965 (Entlohnung nach Zeitvorgabe).
Zu 19. und 20. betr. gewerbl. Arbeitnehmer und Lehrlinge des graphischen Gewerbes in der Bundesrepublik einschl. West-Berlin.
Zu 19. u. 20. Tarifvertragsparteien:
Bundeseinigung der Deutschen Graphischen Verbände e. V. und IG Druck und Papier, Hauptvorstand, Stuttgart.
21. Nr. 1900/41 — Tarifvertrag vom 23. 3. 1967 — gültig ab 1. 3. 1967 — über Entgelte für die gewerbl. Lehrlinge.
22. Nr. 1900/42 — Tarifvertrag vom 23. 3. 1967 — gültig ab 1. 3. 1967 — über Entgelte für die kaufm. und techn. Lehrlinge.
Zu 21. und 22. betr. Lehrlinge der Nahrungs- und Genussmittelindustrie im Lande Hessen.
23. Nr. 1912d/23 — Lohnstarifvertrag vom 15. 3. 1967 — gültig ab 1. 3. 1967 — für die gewerbl. Arbeitnehmer der Gesellschaft für Markt- und Kühlhallen, Kühlhäuser und Eisfabriken, Frankfurt/M.
24. Nr. 1913i/72 — Lohnstarifvertrag vom 5. 5. 1967 — gültig ab 1. 5. 1967 — für die gewerbl. Arbeitnehmer.
25. Nr. 1913i/73 — Gehaltstarifvertrag vom 5. 5. 1967 — gültig ab 1. 5. 1967 — für die kaufm. und techn. Angestellten und Meister.
Zu 24. und 25. betr. Arbeitnehmer der Mineralbrunnen im Lande Hessen.
Zu 21. bis 25. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Nahrungs-Genuß-Gaststätten, Landesleitung Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar.
26. Nr. 1910/49 — Gehaltstarifvertrag vom 27. 2. 1967 — gültig ab 1. 3. 1967 — für die kaufm. und techn. Angestellten und Meister der Nahrungsmittelindustrie im Lande Hessen nebst Protokollnotiz vom gleichen Tag.
27. Nr. 1910b/50 — Gehaltstarifvertrag vom 1. 2. 1967 — gültig ab 1. 2. 1967 — für die kaufm. und techn. Angestellten und Meister der Teigwarenindustrie im Lande Hessen.
28. Nr. 1913i/71 — Gehaltstarifvertrag vom 2. 12. 1966 — gültig ab 1. 11. 1966 — für die kaufm. und techn. Angestellten und Meister der Erfrischungsgetränke-Industrie sowie Erfrischungsgetränke- und Bierhandlungen im Lande Hessen.
Zu 26. bis 28. abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt am Main.
Zu 21. bis 28. Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Nahrung und Genuß Hessen e. V., Frankfurt/M., und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
29. Nr. 1907b/147 — Tarifvertrag vom 11. 4. 1967 zur Änderung des Manteltarifvertrages für die Angestellten in der Verkaufszentrale Frankfurt/M. der KRAFT GmbH, Lindenberg/Allgäu, vom 22. 2. 1966.
Tarifvertragsparteien:
KRAFT GmbH, Lindenberg im Allgäu, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg 36, Karl-Muck-Platz 1.
30. Nr. 1912/196 — Gehaltstarifvertrag vom 10. 10. 1966 — gültig ab 1. 10. 1966 — für die kaufm. und techn. Angestellten und Meister der Brauereien und Mälzereien in Fulda und Umgebung (Gehalt, Arbeitszeitverkürzung).
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband für Fulda und Umgebung e. V. und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/M.
31. Nr. 2000/402 — Lohnstarifvertrag vom 4. 3. 1967 — gültig ab 4. 3. 1967 — für die gewerbl. Arbeitnehmer.
32. Nr. 2000/403 — Gehaltstarifvertrag vom 4. 3. 1967 — gültig ab 1. 3. 1967 — für die Angestellten und Meister.
33. Nr. 2000/404 — Tarifvertrag vom 4. 3. 1967 — gültig ab 1. 3. 1967 — über Entgelte für die gewerbl. Lehrlinge.
34. Nr. 2000/405 — Tarifvertrag vom 4. 3. 1967 — gültig ab 1. 3. 1967 — über Entgelte für die kaufm. und techn. Lehrlinge.
Zu 31. bis 34. betr. Arbeitnehmer in der Bekleidungsindustrie im Lande Hessen.
Zu 31. bis 34. Tarifvertragsparteien:
Verband der Bekleidungsindustrie Hessen e. V., Frankfurt am Main, und Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Bezirk Frankfurt/M.
35. Nr. 2100/570 — Tarifvertrag vom 6. 4. 1967 — gültig ab 1. 4. 1967 — zur Neuregelung der Löhne, Ausbildungsbeihilfen und Ortsklassenspannen für die gewerbl. Arbeitnehmer, Lehrlinge und Anlernlinge des Baugewerbes in der Bundesrepublik — ohne Bayern —.
Tarifvertragsparteien:
Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e. V., Bonn, Koblenzer Str. 93, sowie Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V., Frankfurt/M., Friedrich-Ebert-Anlage 38, und IG Bau-Steine-Erden, Hauptvorstand, Frankfurt/M., Bockenheimer Landstr. 73—77.
36. Nr. 2203/143 — Tarifvertrag vom 14. 3. 1967 — gültig ab 1. 4. 1967 — zur Wiederinkraftsetzung und Änderung des Rahmentarifvertrages vom 22. 7. 1963/17. 12. 1964 (u. a. Arbeitszeit, Weihnachtzuwendung) sowie des Vergütungstarifvertrages vom 28. 5. 1962 (Erhöhung der Hausstandszulage) für die Arbeitnehmer der Versorgungs- und Verkehrsunternehmen der Gruppe Hessen der Arbeitgebervereinigung energiewirtschaftlicher Unternehmen e. V. nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgebervereinigung energiewirtschaftlicher Unternehmen e. V., Hannover, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen, Frankfurt/M., sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/M.
37. Nr. 2400/209 — Tarifvertrag vom 16. 2. 1967 — gültig ab 1. 6. 1967 — über die Verlängerung des Gehaltstarifvertrages für die kaufm. Angestellten im auswärtigen Kunden-Dienst und in den Verkaufsleitungsbüros Cigarette und Rauchtobak der Martin Brinkmann AG in der Bundesrepublik vom 1. 6. 1966 (Gehaltserhöhung, einmalige Sonderzahlung).
Tarifvertragsparteien:
Martin Brinkmann AG — Kundendienst-Zentrale —, Bremen und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg, Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf, sowie Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Hauptverwaltung, Hamburg.
38. Nr. 2403/57 — Manteltarifvertrag vom 5. 12. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 — für die Arbeitnehmer des Rohstoffgewerbes im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Rohrstoff-Verband Hessen e. V., Frankfurt/M., und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/M.
39. Nr. 2500/121 — Tarifvertrag vom 16. 2. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — über Gehälter, Löhne und Lehrlingsentgelte für die Arbeitnehmer in den Betrieben der Handelsorganisation der „Nordsee“ GmbH und der „Deutsche See“ GmbH in der Bundesrepublik und West-Berlin.
Tarifvertragsparteien:
„Nordsee“ Deutsche Hochseefischerei GmbH, sowie „Deutsche See“ Fischgroßhandelsgesellschaft mbH, beide in Bremerhaven 1, Klußmannstr. 3, und DHV-Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband, Hauptvorstand, Hamburg 1, Ferdinandstr. 59.
40. Nr. 2601/123 — Gehaltstarifvertrag vom 1. 3. 1967 — gültig ab 1. 3. 1967 — für die Redakteure und Bildberichterstatter, abgeschlossen mit dem Deutschen Journalisten-Verband e. V., Bonn, sowie der IG Druck und Papier, Hauptvorstand, Stuttgart.

41. Nr. 2601/124 — Tarifvertrag vom 4. 4. 1967 — gültig ab 1. 4. 1967 — über Gehälter und Lehrlingsentgelte für die Arbeitnehmer — mit Ausnahme der Redakteure, Bildberichterstatter und leitenden Angestellten —, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.
Zu 40. und 41. betr. Arbeitnehmer der Associated Press GmbH in der Bundesrepublik einschl. West-Berlin.
Zu 40. und 41. Tarifvertragsparteien:
Associated Press GmbH (AP), Frankfurt/M., und vorstehend genannten Arbeitnehmerorganisationen.
42. Nr. 2603b/82 — Dritter Tarifvertrag vom 2. 5. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Änderung des Betriebstarifvertrages für die Arbeitnehmer der Nassauischen Heimstätte GmbH, Frankfurt/M., (Gehalts- u. Lohnerhöhung).
Tarifvertragsparteien:
Nassauische Heimstätte GmbH., Staatl. Treuhandstelle für Wohnungs- und Kleinsiedlungswesen, Frankfurt/M., Schaumainkai 47, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Landesbezirksleitung Hessen, Frankfurt am Main, Wilhelm-Leuschner-Str. 69—77.
43. Nr. 2606b/24 — Manteltarifvertrag vom 30. 6. 1966 — gültig ab 1. 1. 1966 —.
44. Nr. 2606b/25 — Gehaltstarifvertrag vom 1. 8. 1966 — gültig ab 1. 8. 1966 —.
Zu 43. und 44. betr. Angestellte der CO-OP-Spedition. Ges. mbH in der Bundesrepublik.
Zu 43. und 44. Tarifvertragsparteien:
CO-OP-Spedition Ges. mbH, Hamburg, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg, sowie Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.
45. Nr. 2606d/7 — Tarifvertrag vom 23. 1. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — über Mantel-, Lohn- und Gehaltsbestimmungen, Gewährung einer lfd. Zuwendung, Alters- und Hinterbliebenenversorgung für die Angestellten, Arbeiter und Kraftfahrer der Fernleitungs-Betriebsgesellschaft mbH in der Bundesrepublik.
Tarifvertragsparteien:
Fernleitungs-Betriebsgesellschaft mbH, Bad Godesberg, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.
46. Nr. 2701/246 — Tarifvertrag vom 1. 12. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Änderung des Manteltarifvertrages vom 21. 4. 1966 (Geltungsbereich), abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hamburg.
47. Nr. 2701/247 — Tarifvertrag vom 1. 12. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Änderung des Manteltarifvertrages vom 15. 7. 1966 (Geltungsbereich), abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hannover, sowie dem DHV-Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband, Hamburg.
Zu 46. und 47. betr. Arbeitnehmer der Kreditgenossenschaften im Deutschen Raiffeisenverband in der Bundesrepublik.
48. Nr. 2701/248 — Tarifvertrag vom 1. 12. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Änderung des Tarifvertrages vom 21. 4. 1966 (Geltungsbereich), abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 46.
49. Nr. 2701/249 — Tarifvertrag vom 1. 12. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Änderung des Tarifvertrages vom 15. 7. 1966 (Geltungsbereich), abgeschlossen wie zu lfd. Nr. 47.
Zu 48. u. 49. betr. Arbeitnehmer der zentralen Geldinstitute und Kreditgenossenschaften mit mehr als 10 Arbeitnehmern im Deutschen Raiffeisenverband in der Bundesrepublik.
Zu 46. bis 49. Tarifvertragsparteien:
Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgebervereinigungen im ländlichen Genossenschaftswesen, Bonn, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
50. Nr. 2701/250 — Tarifvertrag vom 8. 5. 1967 — gültig ab 1. 3. 1967 — zur Änderung des Manteltarifvertrages vom 3. 8. 1961 i. d. F. vom 25. 3. 1965 (u. a. Urlaub).
51. Nr. 2701/251 — Gehaltstarifvertrag vom 8. 5. 1967 — gültig ab 1. 3. 1967 — sowie Lehrlingsentgelte.
Zu 50 und 51. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.
52. Nr. 2701/252 — Gehaltstarifvertrag vom 8. 5. 1967 — gültig ab 1. 3. 1967 — sowie Lehrlingsentgelte, abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hannover.
Zu 50. bis 52. betr. Arbeitnehmer der gewerblichen Kreditgenossenschaften (Volksbanken) und genossenschaftlichen Teilzahlungsbanken in der Bundesrepublik.
Zu 50. bis 52. Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband gewerblicher Kreditgenossenschaften (Volksbanken) e. V., Bonn, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
53. Nr. 2702a/188 — Tarifvertrag vom 21. 6. 1966 — gültig ab 1. 7. 1966 — über die Neuregelung der Gehälter und Lehrlingsentgelte für die Arbeitnehmer des privaten Versicherungsgewerbes in der Bundesrepublik.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmungen, München, und DHV-Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband, Hamburg, sowie Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hannover.
54. Nr. 2702a/189 — Tarifvertrag vom 1. 1. 1967 — gültig ab 1. 7. 1966 — für die Arbeitnehmer der Gemeinnützigen Bestattungsgesellschaft mbH Berlin in der Bundesrepublik (Mantel mit Tätigkeitsmerkmalen, Gehälter, Löhne, Lehrlingsentgelte, Spesensätze) nebst Erklärung vom gleichen Tage.
Tarifvertragsparteien:
Gemeinnützige Bestattungsgesellschaft mbH, Berlin, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand sowie Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.
55. Nr. 2702a/190 — Gehaltstarifvertrag vom 17. 3. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — für die Angestellten sowie Entgelte für die Lehrlinge des Versicherungsvermittler-Gewerbes in der Bundesrepublik.
Tarifvertragsparteien:
Bundesverband bevollmächtigter Generalagenten und Geschäftsstellenleiter der Assekuranz e. V., Köln, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg, sowie Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.
56. Nr. 2702c-1/261 — Tarifvertrag vom 1. 1. 1967 — gültig ab 1. 4. 1966 — zur Änderung und Ergänzung des BAT/OKK und der Anlage 1a zum BAT/OKK für die Angestellten.
57. Nr. 2702c-1/262 — Vergütungstarifvertrag Nr. 5 vom 1. 1. 1967 — gültig ab 1. 4. 1966 — für die Angestellten.
58. Nr. 2702c-1/263 — Tarifvertrag vom 25. 1. 1967 — gültig ab 1. 4. 1966 — über die Erhöhung der Lehrlingsentgelte.
59. Nr. 2702c-1/266 — Tarifvertrag vom 1. 2. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — über die Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Arbeitnehmer (Versorgungs-TV/OKK).
Zu 56. bis 59. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.
60. Nr. 2702c-1/264 — Tarifvertrag vom 1. 2. 1967 — gültig ab 1. 8. 1966 — über das Lohngruppenverzeichnis zum Manteltarifvertrag für die gewerbl. Arbeitnehmer.
61. Nr. 2702c-1/265 — Tarifvertrag vom 1. 2. 1967 — gültig ab 1. 8. 1966 — zur Ergänzung des Tarifvertrages über das Lohngruppenverzeichnis vom 1. 2. 1967.
Zu 60. u. 61. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
Zu 56. bis 61. betr. Arbeitnehmer der Ortskrankenkassen und ihrer Verbände in der Bundesrepublik.
Zu 56. bis 61. Tarifvertragsparteien:
Vereinigung der Tarifgemeinschaften der Ortskrankenkassen und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.

62. Nr. 2702c—4/211 — Tarifvertrag vom 19. 1. 1967 — gültig ab 1. 8. 1966 — über das Lohngruppenverzeichnis zum Manteltarifvertrag für die gewerbl. Arbeitnehmer, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, sowie dem Verband der Beamten und Angestellten der gesetzlichen Unfallversicherung e. V., Bonn.
63. Nr. 2702c—4/212 — Tarifvertrag Nr. 104 vom 15. 3. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — über die Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Arbeitnehmer (Versorgungs-TV).
64. Nr. 2702c—4/213 — Ergänzungstarifvertrag vom 10. 4. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Änderung des Vergütungstarifvertrages Nr. 4 vom 1. 9. 1966 und des Manteltarifvertrages für die Angestellten.
- Zu 63. und 64. abgeschlossen mit dem Verband der Beamten und Angestellten der gesetzl. Unfallversicherung e. V., Bonn, der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.
- Zu 62. bis 64. betr. Arbeitnehmer der gewerblichen Berufsgenossenschaften in der Bundesrepublik.
- Zu 62. bis 64. Tarifvertragsparteien:
Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V., Bonn, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
65. Nr. 2702c—5/144 — Tarifvertrag vom 27. 7. 1966 — gültig ab 1. 4. 1966 — über Lehrlingsentgelte, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg.
66. Nr. 2702c—5/145 — Tarifvertrag vom 19. 10. 1966 — gültig ab 1. 4. 1966 — zur Änderung des Manteltarifvertrages für die gewerbl. Arbeitnehmer vom 26. 1. 1966, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.
- Zu 65. und 66. betr. Arbeiter und Lehrlinge der Verwaltungen und Betriebe der Knappschaften in der Bundesrepublik.
- Zu 65. u. 66. Tarifvertragsparteien:
Arbeitsgemeinschaft der Knappschaften, Bochum, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
67. Nr. 2702c—6/198 — Tarifvertrag vom 20. 10. 1966 — gültig ab 1. 7. 1964/1. 4./1. 7. 1965/1. 1./1. 7. 1966 — über die Gewährung von Umzugskostenvergütung und Trennungsentschädigung an die Angestellten.
68. Nr. 2702c—6/199 — Ergänzungstarifvertrag vom 10. 1. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Änderung des Vergütungstarifvertrages Nr. 5 vom 1. 8. 1966 und des BAT (Gehalt, Manteländerung).
69. Nr. 2702c—6/201 — Tarifvertrag vom 1. 3. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Änderung des Tarifvertrages über die Rechtsverhältnisse der Lehrlinge und Anlernlinge vom 10. 4. 1962 (zusätzl. Alters- und Hinterbliebenenversorgung).
- Zu 67. bis 69. betr. Angestellte und Lehrlinge der Landesversicherungsanstalten und ihrer Betriebe in der Bundesrepublik — mit Ausnahmen —.
70. Nr. 2702c—6/200 — Tarifvertrag vom 22. 12. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 — für die Arbeitnehmer des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger und der Landesversicherungsanstalten in der Bundesrepublik — ausgenommen die LVA Berlin, Saarland und Württemberg — zur Übernahme des Tarifvertrages über die Alters- und Hinterbliebenenversorgung (Versorgungs-TV) der Arbeitnehmer des Bundes, der Länder und der Gemeinden vom 4. 11. 1966.
- Zu 67. bis 70. Tarifvertragsparteien:
Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Frankfurt am Main, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.
71. Nr. 2702c—13/144 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 3 zum EKT vom 15. 8. 1966 — gültig ab 1. 1. 1966 — betr. Anlage 8 Beihilfen.
72. Nr. 2702c—13/145 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 5 zum EKT vom 30. 12. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 — betr. Anlage 7 Alters- und Hinterbliebenenversorgung.
- Zu 71. und 72. betr. Arbeitnehmer der Deutschen Angestellten-Krankenkasse in der Bundesrepublik.
- Zu 71. und 2. Tarifvertragsparteien:
Deutsche Angestellten-Krankenkasse, Hamburg 1, Stein-damm 106, und Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hannover, Arnswaldstr. 7.
73. Nr. 2702c—15/161 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 5 zum EKT vom 30. 12. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 — betr. Anlage 7 Alters- und Hinterbliebenenversorgung.
74. Nr. 2702c—15/162 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 3a zum EKT vom 15. 8. 1966 — gültig ab 1. 1. 1966 — zur Ergänzung der Anlage 8 (Beihilfen) des Ergänzungstarifvertrages Nr. 3 vom 22. 4. 1966.
- Zu 73. und 74. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, Theodor-Heuss-Str. 2.
75. Nr. 2702c—15/163 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 5 zum EKT vom 30. 12. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 — betr. Anlage 7 Alters- und Hinterbliebenenversorgung, abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hannover.
- Zu 73. bis 75. betr. Arbeitnehmer der Hamburg-Münchener Ersatzkasse in der Bundesrepublik.
- Zu 73. bis 75. Tarifvertragsparteien:
Hamburg-Münchener Ersatzkasse, Hauptverwaltung, Hamburg 6, Schäferkampsallee 16, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
76. Nr. 2702c—17/108 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 4 zum EKT vom 30. 12. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 — betr. Anlage 5 Tätigkeitsmerkmale.
77. Nr. 2702c—17/109 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 5 zum EKT vom 30. 12. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 — betr. Anlage 7 Alters- und Hinterbliebenenversorgung.
- Zu 76. und 77. betr. Arbeitnehmer der Hanseatischen von 1826 und Merkur Ersatzkasse in der Bundesrepublik.
- Zu 76. und 77. Tarifvertragsparteien:
Hanseatische von 1826 und Merkur Ersatzkasse, Hamburg 71, Bramfelder Chaussee 105, und Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hannover.
78. Nr. 2702c—18/160 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 4 zum EKT vom 23. 1. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — betr. Anlage 5 Tätigkeitsmerkmale.
79. Nr. 2702c—18/161 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 5 zum EKT vom 23. 1. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — betr. Anlage 7 Alters- und Hinterbliebenenversorgung.
- Zu 78. und 79. betr. Arbeitnehmer der Kaufmännischen Krankenkasse Halle in der Bundesrepublik.
- Zu 78. und 79. Tarifvertragsparteien:
Kaufmännische Krankenkasse Halle — Ersatzkasse —, Hannover, Leibnizufer 13/15, und Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hannover.
80. Nr. 2702c—22/63 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 4 zum EKT vom 30. 12. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 — betr. Anlage 5 Tätigkeitsmerkmale.
81. Nr. 2702c—22/64 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 5 zum EKT vom 30. 12. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 — betr. Anlage 7 Alters- und Hinterbliebenenversorgung.
- Zu 80. und 81. betr. Arbeitnehmer der Schwäbisch Gmünder Ersatzkasse in der Bundesrepublik.
- Zu 80. und 81. Tarifvertragsparteien:
Schwäbisch Gmünder Ersatzkasse, Schwäbisch Gmünd, Goethestr. 43, und Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hannover.

82. Nr. 2806a/290 — Manteltarifvertrag (ETV) vom 15. 12. 1966 — gültig ab 1. 3. 1967 — Nebst Anlagen 1—8 (Besoldungsgruppenplan, Gehalts- und Lohn Tabellen, Bestimmungen für Lehrlinge, Dienstanfänger und Anwärter sowie über die Arbeitsverhältnisse der Bediensteten im Kraftverkehr), abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
83. Nr. 2806a/291 — Manteltarifvertrag (ETV) vom 15. 12. 1966 — gültig ab 1. 3. 1967 — nebst Anlagen 1—8 (Besoldungsgruppenplan, Gehalts- und Lohn Tabellen, Bestimmungen für Lehrlinge, Dienstanfänger und Anwärter sowie über die Arbeitsverhältnisse der Bediensteten im Kraftverkehr), abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Hauptvorstand.
84. Nr. 2806a/292 — Manteltarifvertrag (ETV) vom 15. 12. 1966 — gültig ab 1. 3. 1967 — nebst Anlagen 1—8 (Besoldungsgruppenplan, Gehalts- und Lohn Tabellen, Bestimmungen für Lehrlinge, Dienstanfänger und Anwärter sowie über die Arbeitsverhältnisse der Bediensteten im Kraftverkehr).
85. Nr. 2806a/293 — Tarifvertrag Nr. 310 vom 15. 12. 1966 betr. Außerkraftsetzung von Tarifverträgen.
Zu 84. und 85. abgeschlossen mit der Tarifgemeinschaft Gewerkschaft Deutscher Lokomotivbeamten und Anwärter/Christliche Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner/Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamten und Anwärter.
Zu 82. bis 85. betr. Arbeitnehmer der nichtbundeseigenen Eisenbahnen in der Bundesrepublik einschl. West-Berlin.
Zu 82. bis 85. Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Deutscher Eisenbahnen e. V. und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
86. Nr. 2807/53 — Manteltarifvertrag vom 18. 11. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 — für die gewerbl. Arbeitnehmer in den Mineralölvertrieb-Betrieben der ESSO AG in der Bundesrepublik und West-Berlin nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
Tarifvertragsparteien:
ESSO AG, Hamburg, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.
87. Nr. 2808/127 — Tarifvertrag vom 1. 4. 1967 — gültig ab 1. 10. 1965/1. 10. 1966/1. 1. 1967 — zur Änderung und Ergänzung des Tarifvertrages Nr. 7 für das Bordpersonal der Deutschen Lufthansa AG in der Bundesrepublik vom 31. 12. 1965 (Manteländ. u. a. Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Kinderzulage, Verpflegungsgeld).
Tarifvertragsparteien:
Arbeitsrechtliche Vereinigung Hamburg e.V. und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
88. Nr. 3000A/232 — Änderungsvereinbarung Nr. 1 vom 19. 1. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — zum Tarifvertrag vom 16. 12. 1966 (TV AL II) für die Arbeitnehmer bei den Stationierungsstreitkräften in der Bundesrepublik betr. Anhang H — Arbeitnehmer in Beherbergungs- und Gaststättenbetrieben — Teil III (Löhne, Gehälter, Lehrlingsentgelte), Teil IV (Schlußbestimmungen).
Tarifvertragsparteien:
Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister der Finanzen, und Gewerkschaft Nahrungsgenuß-Gaststätten, Hauptverwaltung, Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.
89. Nr. 3001/1286 — Anschlußtarifvertrag vom 16. 1. 1967 zur Übernahme des Tarifvertrages zur Änderung und Ergänzung des BAT und des Vergütungstarifvertrages Nr. 5, beide vom 1. 12. 1966, abgeschlossen mit dem Verband der angestellten Ärzte Deutschlands — Marburger Bund —, Köln.
90. Nr. 3001/1298 — Anschlußtarifvertrag vom 16. 1. 1967 zur Übernahme des Tarifvertrages zur Änderung und Ergänzung des BAT und des Vergütungstarifvertrages Nr. 5, beide vom 1. 12. 1966, abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V., Vorstand, Hannover.
Zu 89. und 90. betr. Angestellte der kommunalen Verwaltungen und Betriebe in der Bundesrepublik.
- Zu 89. und 90. Tarifvertragsparteien:
Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände e. V., Köln-Marienburg, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
91. Nr. 3001/1294 — Tarifvertrag Nr. 215 — Zusatztarifvertrag Nr. II 7 zum BMT-G II — vom 1. 1. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — über die Gewährung von Jubiläumszuwendungen an Arbeiter.
92. Nr. 3001/1295 — Tarifvertrag Nr. 216 — Zusatztarifvertrag Nr. 2 zum BAT — vom 1. 1. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — über die Gewährung von Jubiläumszuwendungen an Angestellte.
93. Nr. 3004/268 — Tarifvertrag Nr. 220 vom 22. 2. 1967 — gültig ab 1. 10. 1966 — zur Änderung des Zusatztarifvertrages Nr. 6 zum BAT (Tarifvertrag Nr. 140) vom 18. 6. 1962 betr. Theaterbetriebszulagen für Angestellte.
Zu 91. bis 93. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen.
94. Nr. 3001/1297 — Tarifvertrag Nr. 216a — Zusatztarifvertrag Nr. 2 zum BAT — vom 1. 1. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — über die Gewährung von Jubiläumszuwendungen an Angestellte, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen.
Zu 91. bis 94. betr. Arbeitnehmer der kommunalen Verwaltungen und Betriebe im Lande Hessen.
Zu 91. bis 94. Tarifvertragsparteien:
Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände e. V. und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
95. Nr. 3001/1292 — Anschlußtarifvertrag vom 6. 3. 1967 für die bei dem Bau und der Unterhaltung von Straßen und Autobahnen einschl. der Nebenbetriebe beschäftigten Arbeiter der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein sowie des Saarlandes zur Übernahme des Änderungstarifvertrages Nr. 7 zum MTL II vom 29. 11. 1966 (Sterbegeld), abgeschlossen mit dem Verband Deutscher Straßenwärter, Bundesvorstand.
96. Nr. 3001/1289 — Anschlußtarifvertrag vom 6. 3. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Übernahme des Änderungstarifvertrages Nr. 7 zum MTL II für die Arbeiter vom 29. 11. 1966 (Sterbegeld), abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Polizei, Gewerkschaftsvorstand.
97. Nr. 3001/1290 — Anschlußtarifvertrag vom 6. 3. 1967 zur Übernahme des Änderungstarifvertrages Nr. 7 zum MTL II für die Arbeiter vom 29. 11. 1966 (Sterbegeld), abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christl. Gewerkschaftsbund Deutschland.
98. Nr. 3001/1291 — Anschlußtarifvertrag vom 6. 3. 1967 zur Übernahme des Änderungstarifvertrages Nr. 7 zum MTL II für die Arbeiter vom 29. 11. 1966 (Sterbegeld).
99. Nr. 3001/1301 — Anschlußtarifvertrag vom 15. 3. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Übernahme des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zulage an Betriebsprüfer und Steuerfahnder der Steuerverwaltung der Länder vom 1. 2. 1967.
Zu 98. und 99. abgeschlossen mit der Gemeinschaft tariffähiger Verbände von Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes.
100. Nr. 3001/1299 — Tarifvertrag vom 1. 2. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — über die Gewährung einer Zulage an Betriebsprüfer und Steuerfahnder der Steuerverwaltungen der Länder, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.
101. Nr. 3001/1296 — Änderungstarifvertrag Nr. 2 vom 4. 11. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Änderung und Ergänzung des Tarifvertrages über die Gewährung von Reisekostenvergütung an die Arbeiter vom 25. 6. 1965.
102. Nr. 3001/1302 — Änderungstarifvertrag Nr. 8 vom 16. 3. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Änderung und Ergänzung der SR 2a Nr. 4a und der Anlage 4 des MTL II für die Arbeiter.

103. **Nr. 3001/1303** — Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 16. 3. 1967 — gültig ab 1. 8. 1966/1. 4. 1967 — zur Änderung und Ergänzung des Tarifvertrages über das Lohngruppenverzeichnis zum MTL II vom 11. 7. 1966 für die Arbeiter. Zu 101. bis 103. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand. Zu 96. bis 103. betr. Arbeiter und Angestellte der Länderverwaltungen und -betriebe in der Bundesrepublik. Zu 95. bis 103. Tarifvertragsparteien: Tarifgemeinschaft deutscher Länder und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
104. **Nr. 3001/1287 — 3001a/891** — Tarifvertrag vom 1. 2. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1a zum BAT (Teil I, Teil II Abschn. J — Eingruppierung der Angestellten in den Steuerverwaltungen —, Inhaltsübersicht Teil III Abschn. E und G), abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.
105. **Nr. 3001/1293 — 3001a/893** — Anschlußtarifvertrag vom 22. 3. 1967 zur Übernahme des Tarifvertrages vom 1. 12. 1966 zur Ergänzung des Vergütungstarifvertrages Nr. 5 vom 1. 7. 1966, abgeschlossen mit dem Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst e. V., Bundesvorstand.
106. **Nr. 3001/1300 — 3001a/900** — Anschlußtarifvertrag vom 15. 3. 1967 zur Übernahme des Tarifvertrages zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1a zum BAT vom 1. 2. 1967 (Teil I, Teil II Abschn. J — Eingruppierung der Angestellten in den Steuerverwaltungen —, Inhaltsübersicht Teil III Abschn. E und G), abgeschlossen mit der Gemeinschaft tariffähiger Verbände von Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes. Zu 104. bis 106. betr. Angestellte des Bundes und der Länder in der Bundesrepublik.
107. **Nr. 3001a/889** — Ergänzungstarifvertrag vom 2. 12. 1966 zum Vergütungstarifvertrag Nr. 5 zum BAT vom 2. 7. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 — für die Angestellten des Bundes in der Bundesrepublik und des Saarlandes, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands, Bundesvorstand. Zu 104. bis 107. Tarifvertragsparteien: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister des Innern, sowie Tarifgemeinschaft deutscher Länder und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
108. **Nr. 3001/1288 — 3001a/892** — Änderungstarifvertrag Nr. 3 vom 1. 2. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — zum Tarifvertrag über die Gewährung von Reisekostenvergütung an die Angestellten des Bundes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr in der Bundesrepublik sowie der Länder und Gemeinden in Bayern, Berlin, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und im Saarland vom 15. 12. 1965. Tarifvertragsparteien: Bundesrepublik Deutschland sowie Bundesanstalt für den Güterfernverkehr, beide vertreten durch den Bundesminister des Innern, Tarifgemeinschaft deutscher Länder sowie Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.
109. **Nr. 3001a/894** — Ergänzungstarifvertrag Nr. 8 vom 17. 3. 1967 — gültig ab 1. 8. 1966/1. 4. 1967 — zur Änderung und Ergänzung des Manteltarifvertrages für die Arbeiter des Bundes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr in der Bundesrepublik (MTB II) vom 27. 2. 1964. Tarifvertragsparteien: Bundesrepublik Deutschland sowie Bundesanstalt für den Güterfernverkehr, beide vertreten durch den Bundesminister des Innern, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
110. **Nr. 3001a/895** — Tarifvertrag vom 17. 3. 1967 für die Angehörigen des fahrenden Personals des Bundesschleppbetriebes, die in die Bundeswasser- und Schiffsverkehrsverwaltung übernommen werden (Gehalts- und Lohnbestimmungen), abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
111. **Nr. 3001a/890** — Tarifvertrag vom 1. 1. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Änderung des Teils II Abschn. C und E der Anlage 1a zum BAT für die Angestellten des Bundes in der Bundesrepublik (Eingruppierung als Luftfahrzeugführer im Bereich des Bundesministers für Verkehr und als techn. Luftfahrzeugführer und fliegendes techn. Personal im Bereich des Bundesministers der Verteidigung), abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.
112. **Nr. 3001a/896** — Tarifvertrag vom 20. 2. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Änderung des Teils III Abschn. B der Anlage 1a zum BAT für die Angestellten des Bundes in der Bundesrepublik (Eingruppierung der Angestellten im nautischen und schiffsmaschinentechnischen Dienst sowie im Funkdienst der Wasser- und Schiffsverkehrsverwaltung und des Deutschen Hydrographischen Instituts).
113. **Nr. 3001a/897** — Tarifvertrag vom 20. 2. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Änderung des Teils III Abschn. G der Anlage 1a zum BAT für die Angestellten des Bundes in der Bundesrepublik (Eingruppierung der Angestellten im nautischen und schiffsmaschinentechnischen Dienst sowie im Funkdienst auf Hilfsschiffen, schwimmenden Geräten und Binnenwasserfahrzeugen sowie nautische Angestellte im Instrumentenprüfdienst oder als Kreuzkartenberichtiger im Bereich des Bundesministers der Verteidigung).
114. **Nr. 3001a/898** — Tarifvertrag vom 20. 2. 1967 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Änderung des Teils III Abschn. C und E der Anlage 1a zum BAT für die Angestellten des Bundes in der Bundesrepublik (Eingruppierung als Luftfahrzeugführer im Bereich des Bundesministers für Verkehr und als techn. Luftfahrzeugführer und fliegendes techn. Personal im Bereich des Bundesministers der Verteidigung). Zu 112. bis 114. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands, Bundesvorstand. Zu 110. bis 114. Tarifvertragsparteien: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister des Innern, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
115. **Nr. 3001a/899** — Tarifvertrag vom 20. 2. 1967 — gültig ab 1. 4. 1967 — zur Änderung und Ergänzung der Anlagen 1a und 1b zum BAT für die Angestellten im Gesundheitswesen des Bundes in der Bundesrepublik, des Saarlandes und der Gemeinden im Saarland (Tätigkeitsmerkmale) und zur Anwendung des Tarifvertrages über die Gewährung von Zulagen gem. § 33 Abs. 1 Buchst. c BAT vom 11. 1. 1962, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands, Bundesvorstand.
116. **Nr. 3002a/222** — Anschlußtarifvertrag vom 23. 3. 1967 zur Übernahme des Tarifvertrages zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflegehilfe und des Tarifvertrages zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Lernschwestern und Lernpfleger in der Krankenpflege oder Kinderkrankenpflege des Bundes, der Länder und der Gemeinden in der Bundesrepublik, beide vom 1. 1. 1967, abgeschlossen mit der Gemeinschaft tariffähiger Verbände von Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes. Zu 115. und 116. Tarifvertragsparteien: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister des Innern, Tarifgemeinschaft deutscher Länder sowie Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
117. **Nr. 3001a—1/171** — Tarifvertrag Nr. 4/66 vom 29. 12. 1966 — gültig ab 1. 1. 1967 — zur Änderung und Ergänzung der Tarifverträge Nr. 2/58 vom 1. 8. 1958, vom 29. 3. 1957 und vom 16. 10. 1957 betr. Versorgung der Arbeitnehmer mit besonderen Versorgungsansprüchen sowie der Tarifverträge Nr. 9/59 und 10/59 vom 16. 11. 1959 betr. Beihilfen.

118. Nr. 3001a—1/172 — Zehnter Tarifvertrag vom 21. 3. 1967 — gültig ab 1. 1./1. 8./1. 11. 1966/1. 1. 1967 — zur Änderung und Ergänzung des Manteltarifvertrages für die Angestellten (u. a. Sterbegeld, zusätzl. Alters- und Hinterbliebenenversorgung, Anlage 1 — Tätigkeitsmerkmale —).

Zu 117. und 118. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand.

119. Nr. 3001a—1/173 — Fünfter Tarifvertrag vom 21. 3. 1967 — gültig ab 1. 1./1. 4. 1967 — zur Änderung und Ergänzung des Manteltarifvertrages für die Arbeiter (u. a. Sterbegeld), abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand. Zu 117. bis 119. betr. Arbeitnehmer der Bundesanstalt für AVAV in der Bundesrepublik.

Zu 117. bis 119. Tarifvertragsparteien: Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung — Vorstand —, Nürnberg, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.

120. Nr. 3002a/223 — Bundesmanteltarifvertrag Nr. 3 vom 20. 11. 1964 — gültig ab 1. 10. 1964 — für die Arbeitnehmer der Privatkrankenanstalten in der Bundesrepublik.

Tarifvertragsparteien:

Bundesverband Deutscher Privatkrankenanstalten e. V. und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.

121. Nr. 3002a/224 — Gehalts- und Lohntarifvertrag vom 5. 4. 1966 — gültig ab 1. 3. 1966 — für die Arbeitnehmer der Privatkrankenanstalten im Lande Hessen.

Tarifvertragsparteien:

Verband der Privatkrankenanstalten in Hessen e. V. und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen.

Bindende Festsetzungen für die Heimarbeit:

122. Nr. H-1200/233 — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten für mechanisch rohgewebte Kammgarn- und Zellwolloberbekleidungsstoffe vom 12. 1. 1967.

123. Nr. H-1200/234 — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten für mechanisch gewebte Schals und Tücher vom 12. 1. 1967.

124. Nr. H-1200/235 — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung von Entgelten für mechanisch buntgewebte Oberbekleidungsstoffe vom 12. 1. 1967.

125. Nr. H-1200/236 — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung der Entgelte für in Heimarbeit mechanisch rohgewebte Streichgarnoberbekleidungsstoffe vom 12. 1. 1967.

126. Nr. H-1200/237 — Bindende Festsetzung der Entgelte für in Heimarbeit mechanisch hergestellte rohe Schaffgewebe vom 12. 1. 1967.

127. Nr. H-1200/238 — Bindende Festsetzung zur Änderung der bindenden Festsetzung der Entgelte für in Heimarbeit mechanisch hergestellte Gardinen- und Dekorationsstoffe (Drehergewebe) vom 12. 1. 1967.

Zu 122. bis 127. veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 41 vom 28. 2. 1967, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für die mechanische Haus- und Lohnweberei.

128. Nr. H-1208/12 — Bindende Festsetzung über den Urlaub für die mit Handstricken (einschl. des Strickens auf Handstrickapparaten) und Handhäkeln in Heimarbeit Beschäftigten vom 17. 2. 1967, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 57 vom 22. 3. 1967, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für die Handstrickerei und Handhäkelei.

Durch die Eintragung der Tarifverträge in das Tarifregister und deren Bekanntmachung im Staatsanzeiger für das Land Hessen wird nicht über die Rechtsgültigkeit der eingetragenen Tarifverträge entschieden.

Tarifexemplare sind nur bei den Vertragsparteien erhältlich.

Wiesbaden, 7. 6. 1967

Der Hessische Minister für Arbeit,
Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen
I A 2 — 2607

StAnz. 27/1967 S. 780

661

Monatlicher Bericht über die anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten in Hessen

Monat: Mai 1967

(30. 4—3. 6. 1967)

(Monat setzt sich aus 5 Wochen zusammen)

Bevölkerungszahl: 5 237 417

Reg.-Bezirk	E — Erkrankungsfall T — Todesfall	Enteritis infectiosa		übertragbare Gehirnentzündung	Übertrag. Kinder- lähmung	Ornithose	Ruhr				Brucellose				Übertr. Hirnhaut- entzündung	Leptospirose				Verletzung durch tollwutkranke oder verdächtige Tiere*)	Toxoplasmose	Tetanus	Malaria	Todesfall an			
		Salmonellose	übrige Formen				insgesamt	davon paralytisch	Psittakose	übrige Formen	Paratyphus A und B	Bakterielle Ruhr	Amöbenruhr	Typhus abdominalis		Diphtherie	Scharlach	Ban'sche Krankheit	Malfieber					übrige Formen	Meningokokken- Meningitis	übrige Formen	Hepatitis infectiosa
Reg.-Bezirk DARMSTADT	E	4	—	—	—	—	—	—	—	2	—	76	1	—	—	2	6	61	—	—	—	—	—	6	—	—	—
	T	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reg.-Bezirk KASSEL	E	4	—	—	—	—	—	—	—	3	—	57	1	—	—	4	4	19	—	—	—	—	(3)	4	—	—	—
	T	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Reg.-Bezirk WIESBADEN	E	—	—	—	—	—	—	—	—	1	1	137	—	—	—	2	3	50	—	—	—	—	—	3	—	—	—
	T	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Land HESSEN	E	8	—	—	—	—	—	—	—	1	4	270	2	—	—	8	13	130	—	—	—	—	(3)	13	—	—	—
	T	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

*) Zahlen in Klammern: Enge Kontakte (Berührungen) mit tollwutkranken bzw. -verdächtigen Tieren.

Wiesbaden, den 15. 6. 1967

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen
— III A 5 —
StAnz. 27/1967 S. 786

662

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

Neue Anschrift des Referats forstliche Betriebsabrechnung (Lochkartenstelle) der hessischen Staatsforstverwaltung

Das Referat forstliche Betriebsabrechnung (Lochkartenstelle) der hessischen Staatsforstverwaltung befindet sich in Wiesbaden, Kranzplatz 5/6 und ist ab sofort unter der Rufnummer 3 92 51 zu erreichen.

Wiesbaden, 9. 6. 1967

Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Forsten
ZB

StAnz. 27/1967 S. 787

663

Anordnung über die Änderung des Molkereieinzugs- und Absatzgebietes der Molkerei Westheim eGmbH in Westheim (Westfalen)

Auf Grund der §§ 1 und 2 des Milch- und Fettgesetzes in der Fassung vom 10. Dezember 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 811), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 28. Juni 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 529), in Verbindung mit dem Erlass betreffend die Hessische Landesstelle für Ernährungswirtschaft vom 14. Juni 1955 (StAnz. S. 644) wird bestimmt:

§ 1

Das Molkereieinzugs- und -absatzgebiet der Molkerei Westheim eGmbH in 3536 Westheim (Westfalen) umfaßt aus dem Land Hessen

aus dem Kreis Waldeck:

Gembeck nur:	Massenhausen
Frederingshausen	Neudorf
Helmighausen	Orpetal
Hesperinghausen	Vasbeck
Kohlgrund	

§ 2

(1) Milcherzeuger, die in den genannten Gemeinden und Gemeindeteilen ihren Betriebssitz haben, sind verpflichtet, Milch und Sahne (Rahm), die sie in den Verkehr bringen, an die Molkerei Westheim eGmbH zu liefern.

(2) Milchhändler, die in den genannten Gemeinden und Gemeindeteilen ihren Betriebssitz haben, sind verpflichtet, Milch, entrahmte Milch, Buttermilch und geschlagene Buttermilch von der Molkerei Westheim eGmbH zu beziehen.

(3) Die Molkerei Westheim eGmbH ist verpflichtet, Milch und Sahne (Rahm), die von Milcherzeugern aus diesen Gemeinden und Gemeindeteilen angeliefert werden, anzunehmen und Milchhändler mit den in Abs. 2 genannten Erzeugnissen zu beliefern.

(4) Die Molkerei Westheim eGmbH ist darüber hinaus berechtigt, Milchhändler und Großverbraucher

in Wrexen, Kreis Waldeck

mit Milch und Buttermilch in verkaufsfertigen Packungen zu beliefern.

§ 3

Zu widerhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Anordnung werden nach § 30 des Milch- und Fettgesetzes gehandelt. Frankfurt (Main), 5. 4. 1967

Hessische Landesstelle
für Ernährungswirtschaft
VI — 87a 06 37/9 — 67
In Vertretung:
gez. Ruck

StAnz. 27/1967 S. 787

664

Anordnung über die Änderung des Molkereieinzugs- und Absatzgebietes der Molkereigenossenschaft Hungen—Ulfa eGmbH in Hungen

Auf Grund der §§ 1 und 2 des Milch- und Fettgesetzes in der Fassung vom 10. Dezember 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 811), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 28. Juni 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 529), in Verbindung mit dem Erlass betreffend die Hessische Landesstelle für Ernährungswirtschaft vom 14. Juni 1955 (StAnz. S. 644) wird bestimmt:

§ 1

Das Molkereieinzugs- und -absatzgebiet der Molkereigenossenschaft Hungen—Ulfa eGmbH in 6303 Hungen umfaßt aus dem Kreis Büdingen:

Berstadt	Oberschmitt
Borsdorf	Stornfels
Eichelsdorf	Ulfa
Harb	Unterschmitt
Kohden	

aus dem Kreis Friedberg:

Wohnbach

aus dem Kreis Gießen:

Arnsburg	Muschenheim ohne:
Bellersheim	Hof Güll
Bettenhausen	Nonnenroth
Birklar	Obbornhofen
Gonterskirchen	Rabertshausen
Hungen	Rodheim a. d. Horloff
Inheiden	Steinheim
Langd	Trais-Horloff
Langsdorf	Utphe
Lich ohne:	Villingen
Albacher Hof	
Fasanerie	
Hof Kolnhäusen	

§ 2

(1) Milcherzeuger, die in den genannten Gemeinden und Gemeindeteilen ihren Betriebssitz haben, sind verpflichtet, Milch und Sahne (Rahm), die sie in den Verkehr bringen, an die Molkereigenossenschaft Hungen—Ulfa eGmbH in Hungen zu liefern.

(2) Milchhändler, die in den genannten Gemeinden und Gemeindeteilen ihren Betriebssitz haben, sind verpflichtet, Milch, entrahmte Milch, Buttermilch und geschlagene Buttermilch von der Molkereigenossenschaft Hungen—Ulfa eGmbH zu beziehen.

(3) Die Molkereigenossenschaft Hungen—Ulfa eGmbH in Hungen ist verpflichtet, Milch und Sahne (Rahm), die von Milcherzeugern aus diesen Gemeinden und Gemeindeteilen angeliefert werden, anzunehmen und Milchhändler mit den in Abs. 2 genannten Erzeugnissen zu beliefern.

(4) Darüber hinaus hat die Molkereigenossenschaft Hungen—Ulfa eGmbH das Milchgeschäft Kettmann & Müller in Nidda mit den Erzeugnissen nach Abs. 2 zu beliefern.

§ 3

Zu widerhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Anordnung werden nach § 30 des Milch- und Fettgesetzes gehandelt. Frankfurt (Main), 17. 4. 1967

Hessische Landesstelle
für Ernährungswirtschaft
VI — 87a 06 37/2 — 67
In Vertretung:
gez. Ruck

StAnz. 27/1967 S. 787

665

Flurbereinigung Wallbach, Krs. Erbach/Odw.

Flurbereinigungsbeschluss

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 591) wird folgender Beschluss erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Wallbach/Krs. Erbach wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet wird die gesamte Gemarkung Wallbach festgestellt. Es hat eine Größe von 351 ha, worin eine Waldfläche von 180 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen orange Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Wallbach“ mit dem Sitz in Wallbach.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb drei Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturrat in Darmstadt, Rheinstraße 25, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturrat die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturrates erforderlich:

- a) Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;
- d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturrat kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturrat Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturrat anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in der Gemeinde Wallbach und den Nachbargemeinden Hummetroth, Brensbach, Höllerbach, Birkert, Böllstein, Nieder-Kinzig, Nieder-Kainsbach, Affhöllerbach, Kilsbach, Ober-Kinzig öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeister in Wallbach und in den o. a. Nachbargemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen Widerspruch beim Landeskulturrat in Wiesbaden, Parkstraße 44, als Obere Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Die Frist beginnt mit dem 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturrat zu erklären.

Wiesbaden, 29. 5. 1967

Landeskulturrat Wiesbaden

Az.: DF 450 — Wallbach — G.Nr.: 11383/67

StAnz. 27/1967 S. 787

666

Verwaltungsänderungen der Hessischen Forstverwaltung

hier: Auflösung der Forstwardi Münster im Hessischen Forstamt Dieburg

Durch Erlaß vom 8. 6. 1967, III B 1 — 1133 — O 32, wurde die Auflösung der Forstwardi Münster zum 1. 7. 1967 angeordnet. Die Waldflächen werden der Revierförsterei Dieburg zugelegt.

Wiesbaden, 13. 6. 1967

Der Hessische Minister

für Landwirtschaft und Forsten

III B 1 — 1133 — O 06

StAnz. 27/1967 S. 788

667

Verwaltungsänderungen der Hessischen Forstverwaltung

hier: Verstaatlichung und Auflösung der Gemeinderevierförsterei Kransberg, Hess. Forstamt Usingen

Mit Erlaß vom 9. 6. 1967, III B 1 — 1144 — O 33/42, wurde dem Antrag des Forstbetriebsverbands Kransberg stattgegeben, die Ausübung des forsttechnischen Betriebs in den Gemeindewaldungen Kransberg, Wernborn und dem Kirchenwald Kransberg mit Wirkung vom 1. 6. 1967 einem staatlichen Forstbetriebsbeamten zu übertragen. Der Gemeinde- und Kirchenwald Kransberg wurde der Hessischen Revierförsterei Usingen, der Gemeindewald Wernborn der Hessischen Revierförsterei Eschborn zugelegt.

Wiesbaden, 13. 6. 1967

Der Hessische Minister

für Landwirtschaft und Forsten

III B 1 — 1144 — O 06

StAnz. 27/1967 S. 788

668

Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Anwärter des gehobenen technischen Dienstes der Wasserwirtschaftsverwaltung vom 8. Juni 1967

Inhaltsübersicht

I. Einstellung

- § 1 Kreis der Bewerber
- § 2 Bewerbungsgesuche
- § 3 Einstellung

II. Ausbildung

- § 4 Ziel des Vorbereitungsdienstes
- § 5 Dauer des Vorbereitungsdienstes
- § 6 Ernennung, Unterhaltszuschuß
- § 7 Ausbildungsbehörde, Ausbildungsleiter
- § 8 Gestaltung des Vorbereitungsdienstes
- § 9 Beschäftigungsnachweis, Befähigungsbericht, Ausbildungsnachweis
- § 10 Bewertung der Leistungen

III. Laufbahnprüfung

- § 11 Zweck und Einteilung der Prüfung
- § 12 Prüfungsausschuß
- § 13 Zulassung zur schriftlichen und mündlichen Prüfung
- § 14 Prüfungsgebiete
- § 15 Schriftliche Prüfung
- § 16 Bewertung der schriftlichen Prüfungsarbeiten
- § 17 Mündliche Prüfung
- § 18 Entscheidung über das Prüfungsergebnis
- § 19 Prüfungszeugnis, Prüfungsniederschrift
- § 20 Täuschungsversuch
- § 21 Erkrankung, Versäumnis
- § 22 Wiederholung der Prüfung

IV. Übergangs- und Schlußbestimmungen

- § 23 Übergangsregelung
- § 24 Inkrafttreten

Auf Grund des § 17 Abs. 2 des Hessischen Beamtengesetzes in der Fassung vom 10. 1. 1967 (GVBl. I S. 10) wird im Einvernehmen mit dem Direktor des Landespersonalamtes und der Landespersonalkommission für die Laufbahn des gehobenen technischen Dienstes der Wasserwirtschaftsverwaltung folgende Ausbildungs- und Prüfungsordnung erlassen:

I. Einstellung

§ 1

Kreis der Bewerber

(1) In den Vorbereitungsdienst für den gehobenen technischen Dienst können Bewerber eingestellt werden, die

- a) die Voraussetzung für die Berufung in das Beamtenverhältnis nach dem Hessischen Beamtengesetz erfüllen,

- b) das Abschlußzeugnis einer öffentlichen oder anerkannten privaten Ingenieurschule oder ein entsprechendes Zeugnis einer anderen öffentlichen oder privaten technischen Lehranstalt in der Fachrichtung Wasserwirtschaft — in Ausnahmefällen in der Fachrichtung Tiefbau — besitzen und
- c) nicht älter als 35 Jahre sind; Ingenieure, die sich mindestens drei Jahre im öffentlichen Dienst im Angestelltenverhältnis bewährt haben, sowie Schwerbeschädigte und Inhaber eines Zulassungsscheines können bis zum vierzigsten Lebensjahr in den Vorbereitungsdienst eingestellt werden.

(2) Behördlich geprüfte Kulturbauingenieure, die sich nach Abschluß ihrer Ausbildung mindestens 6 Jahre im Bereich der Wasserwirtschaftsverwaltung bewährt haben und nach ihrer Persönlichkeit, ihren Fähigkeiten und Leistungen für den gehobenen technischen Dienst geeignet erscheinen, können — in Ausnahmefällen — ohne die Voraussetzung des Abs. 1 Buchstabe b in den Vorbereitungsdienst eingestellt werden.

§ 2

Bewerbung

(1) Der Minister für Landwirtschaft und Forsten bestimmt jährlich die Anzahl der Bewerber, die eingestellt werden sollen.

(2) Die Bewerber richten ihr Gesuch um Einstellung in den Vorbereitungsdienst an den Regierungspräsidenten, in dessen Bezirk sie bei einem Wasserwirtschaftsamt in den Vorbereitungsdienst eintreten wollen. Das Gesuch kann bereits drei Monate vor Beendigung des Besuchs der Ingenieurschule eingereicht werden.

(3) Der Bewerbung sind beizufügen:

- a) ein handgeschriebener Lebenslauf,
 - b) das Schulabgangszeugnis,
 - c) Zeugnisse über Beschäftigungen seit der Schulentlassung,
 - d) das Abschlußzeugnis der Ingenieurschule, ggfs. das Zeugnis aus dem letzten Studiensemester; das Abschlußzeugnis kann nachgereicht werden.
- Bewerber, deren Einstellung in Aussicht genommen ist, haben auf Anforderung ferner vorzulegen:
- e) die Geburtsurkunde,
 - f) ein amtsärztliches Zeugnis über ihre körperliche Tauglichkeit für den technischen Dienst in der Wasserwirtschaftsverwaltung, insbesondere über ausreichendes Seh-, Farbenunterscheidungs- und Hörvermögen.

§ 3

Einstellung

Über die Einstellung der Bewerber in den Vorbereitungsdienst entscheidet der Minister für Landwirtschaft und Forsten.

II. Ausbildung

§ 4

Ziel des Vorbereitungsdienstes

(1) Ziel des Vorbereitungsdienstes ist es, für den gehobenen technischen Dienst der Wasserwirtschaftsverwaltung Beamte heranzubilden, die sich der demokratischen Grundordnung und ihren Aufgaben verpflichtet fühlen und die erforderlichen fachlichen und allgemeinen Kenntnisse besitzen.

(2) Die Ausbildung ist so zu gestalten, daß die Beamten entsprechend den Anforderungen ihrer Laufbahn die anfallenden Dienstgeschäfte erledigen können.

§ 5

Dauer des Vorbereitungsdienstes

(1) Der Vorbereitungsdienst dauert 2 Jahre.

(2) Auf den Vorbereitungsdienst können — bis zu einem Jahr — förderliche Tätigkeiten innerhalb oder außerhalb des öffentlichen Dienstes voll angerechnet werden. Darüber hinaus kann nur die Hälfte der Zeit angerechnet werden, während der der Bewerber im öffentlichen Dienst mit Aufgaben beschäftigt worden ist, die in der Regel von Beamten des gehobenen technischen Dienstes der Wasserwirtschaftsver-

waltung wahrgenommen werden. Der Vorbereitungsdienst soll jedoch mindestens zwölf Monate umfassen.

(3) Der Vorbereitungsdienst kann verlängert werden, wenn der Anwärter das Ausbildungsziel noch nicht erreicht hat oder wenn aus besonderen Gründen eine Verlängerung angebracht erscheint, höchstens jedoch um 2 Jahre.

(4) Die Entscheidungen nach Abs. 2 und 3 trifft der Minister für Landwirtschaft und Forsten.

§ 6

Ernennung, Unterhaltszuschuß

(1) Die Bewerber werden in der Regel zum 1. April oder 1. Oktober eingestellt und unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf zum „Regierungsbauinspektoranwärter“ ernannt.

(2) Die Anwärter erhalten während des Vorbereitungsdienstes einen Unterhaltszuschuß nach den hierfür geltenden Bestimmungen.

§ 7

Ausbildungsbehörde, Ausbildungsleiter

(1) Ausbildungsbehörde ist der Regierungspräsident, in dessen Bezirk der Regierungsbauinspektoranwärter eingestellt wird.

(2) Die Ausbildungsbehörde bestellt einen Beamten zum Ausbildungsleiter; er hat insbesondere die Ausbildung zu überwachen, die Befähigungsberichte auszuwerten und den Ausbildungsnachweis zu führen. Der Ausbildungsleiter hat sich in regelmäßigen Zeitabständen vom Ausbildungsstand der Anwärter zu unterrichten.

§ 8

Gestaltung des Vorbereitungsdienstes

(1) Der Vorbereitungsdienst gliedert sich in die im Ausbildungsplan (Anlage 1) vorgesehenen Ausbildungsabschnitte. Von der Reihenfolge der Ausbildungsabschnitte kann aus dienstlichen Gründen abgewichen werden.

(2) Der Vorbereitungsdienst ist unter Beachtung der im Ausbildungsplan genannten Ausbildungsgebiete so zu gestalten, daß der Anwärter mit allen in seinen späteren Aufgabenbereich fallenden Arbeiten vertraut wird. Der Anwärter soll am Ende der Ausbildungszeit alle Aufgaben im Bereich der Wasserwirtschaftsverwaltung kennengelernt haben und über alle wichtigen Fach- und Verwaltungsfragen unterrichtet sein.

(3) Der Anwärter ist an den laufenden Arbeiten der Ausbildungsdienststelle zu beteiligen; jedoch sollen ihm nur solche Aufgaben übertragen werden, die einer möglichst vielseitigen Ausbildung förderlich sind.

(4) Dem Anwärter sind neben der praktischen Ausbildung wöchentlich mindestens zwei Stunden Unterricht nach einem von der Ausbildungsbehörde aufzustellenden Unterrichtsplan zu erteilen.

(5) Zur Ergänzung der allgemeinen staats- und verwaltungskundlichen Ausbildung wird der Anwärter zu einem Lehrgang abgeordnet. Der Direktor des Landespersonalamtes regelt im Einvernehmen mit dem Minister für Landwirtschaft und Forsten die Durchführung dieses Lehrgangs.

(6) Der Anwärter hat halbjährlich außerhalb des Dienstes eine Übungsaufgabe mit höchstens dreiwöchiger Bearbeitungszeit zu fertigen und außerdem jeden zweiten Monat eine Aufgabe mit zweistündiger Bearbeitungszeit unter Aufsicht zu lösen. Die Ausbildungsbehörde bestimmt jeweils, in welchen Ausbildungsabschnitten die Übungsaufgaben zu fertigen sind. Bei der Auswahl der Aufgaben sind alle Prüfungsfächer zu berücksichtigen. Die Aufgaben werden von der Ausbildungsstelle gestellt, bewertet, mit dem Anwärter durchgesprochen und dem Regierungspräsidenten für die Ausbildungsakte vorgelegt.

§ 9

Beschäftigungsnachweis, Befähigungsbericht, Ausbildungsnachweis

(1) Der Anwärter hat einen Beschäftigungsnachweis (Anlage 2) zu führen, der monatlich dem mit der Ausbildung betrauten Beamten und dem Leiter der Ausbildungsdienststelle sowie vierteljährlich der Ausbildungsbehörde vorzulegen ist.

(2) Am Schluß eines jeden Ausbildungsabschnittes hat die Ausbildungsdienststelle einen Befähigungsbericht (Anlage Nr. 3) abzugeben und der Ausbildungsbehörde vorzulegen. Der Befähigungsbericht muß erkennen lassen, ob der Anwärter das Ziel des Ausbildungsabschnittes erreicht hat; er ist dem Anwärter zur Kenntnis zu geben und sodann zu den Ausbildungsakten zu nehmen.

(3) Die Ausbildungsbehörde hat über den Vorbereitungsdienst des Anwärters einen Ausbildungsnachweis (Anlage Nr. 4) zu führen.

§ 10

Bewertung und Leistungen

Die Leistungen im Vorbereitungsdienst, in der schriftlichen und in der mündlichen Prüfung sind zu bewerten mit:

sehr gut	(1) = eine besonders hervorragende Leistung,
gut	(2) = eine erheblich über dem Durchschnitt liegende Leistung,
befriedigend	(3) = eine über dem Durchschnitt liegende Leistung,
ausreichend	(4) = eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht,
mangelhaft	(5) = eine Leistung mit erheblichen Mängeln,
ungenügend	(6) = eine völlig unbrauchbare Leistung.

Einzelleistungen können mit halben Noten bewertet werden.

III. Laufbahnprüfung

§ 11

Zweck und Einteilung der Prüfung

(1) In der Prüfung soll der Anwärter seine Befähigung für den gehobenen technischen Dienst in der Wasserwirtschaftsverwaltung nachweisen.

(2) Die Prüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil.

§ 12

Prüfungsausschuß

(1) Die Laufbahnprüfung ist vor einem Prüfungsausschuß für den gehobenen technischen Dienst in der Wasserwirtschaftsverwaltung abzulegen. Der Prüfungsausschuß besteht aus einem Beamten des höheren technischen Verwaltungsdienstes der Wasserwirtschaftsverwaltung als Vorsitzendem und vier weiteren Mitgliedern, und zwar

- a) einem Beamten des höheren technischen Verwaltungsdienstes,
- b) zwei Beamten des gehobenen technischen Dienstes,
- c) einem Vertreter der Spitzenorganisation der zuständigen Gewerkschaften, der mindestens Beamter des gehobenen technischen Dienstes der Wasserwirtschaftsverwaltung sein muß.

(2) Der Minister für Landwirtschaft und Forsten beruft die Mitglieder des Prüfungsausschusses im Einvernehmen mit dem Direktor des Landespersonalamtes; der Vertreter der Gewerkschaft wird von der für das Land Hessen zuständigen Spitzenorganisation der zuständigen Gewerkschaft vorgeschlagen.

(3) Für den Vorsitzenden und die weiteren Mitglieder des Prüfungsausschusses sind Stellvertreter zu bestimmen.

(4) Zu der Prüfung können der Direktor des Landespersonalamtes und der Minister für Landwirtschaft und Forsten einen Vertreter entsenden. Der Ausbildungsleiter soll bei der mündlichen Prüfung zugegen sein.

(5) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses leitet die Prüfung; ihm obliegen insbesondere:

- a) die Vorbereitung der Prüfung,
- b) die Festsetzung des Prüfungstermins,
- c) die Vorladung der Prüflinge und die Benachrichtigung der an der Prüfung interessierten Stellen,
- d) die Auswahl der Prüfungsaufgaben,
- e) die Sorge für die vertrauliche Behandlung der Prüfungsaufgaben,

- f) die Überwachung der schriftlichen Prüfung durch beauftragte Aufsichtspersonen,
- g) die Bewertung der schriftlichen Arbeiten bei abweichender Beurteilung.

Dem Prüfungsausschuß obliegen insbesondere:

- a) der Vorschlag der Prüfungsaufgaben, und zwar jedem Mitglied für sein Prüfungsfach,
- b) die Abnahme der mündlichen Prüfung,
- c) die Entscheidung über die Folgen eines Täuschungsversuchs (§ 20),
- d) die Entscheidung über das Ergebnis der Prüfung.

(6) Der Prüfungsausschuß ist beschlußfähig, wenn er mit dem Vorsitzenden und drei weiteren Mitgliedern besetzt ist. Er entscheidet mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

§ 13

Zulassung zur schriftlichen und mündlichen Prüfung

(1) Die schriftliche und die mündliche Prüfung sollen am Ende des Vorbereitungsdienstes abgelegt werden.

(2) Der Regierungspräsident läßt den Anwärter, wenn er das Ausbildungsziel erreicht hat, spätestens zwei Monate vor Beendigung des Vorbereitungsdienstes zur schriftlichen Prüfung zu. Der Anwärter ist von seiner Zulassung zur Prüfung zu unterrichten.

(3) Nach Zulassung zur Prüfung übersendet der Regierungspräsident dem Prüfungsausschuß einen abschließenden Befähigungsbericht, die Personal- und die Ausbildungsakten sowie den Befähigungs- und den Ausbildungsnachweis.

§ 14

Prüfungsgebiete

Die Prüfung erstreckt sich auf folgende Prüfungsgebiete:

1. Staats- und Verfassungsrecht, Verwaltungsrecht
Staats- und Verfassungsrecht, Behördenorganisation, Verwaltungsrecht unter besonderer Berücksichtigung des Wasserrechts und des Wasserverbandsrechts, Grundzüge der Regional- und Raumplanung, Bauleitplanung, Naturschutz und Landschaftspflege, Verdingungswesen.
2. Gewässerkunde und landwirtschaftlicher Wasserbau
Allgemeine Gewässerkunde, Entwurf für Hochwasserrückhaltebecken, Gewässerausbau und Uferbefestigungen, Ent- und Bewässerungen, Beregnungen, Dränungen, Fischteiche, Landbehandlung von Abwasser, Deichanlagen, Pegelanlagen, ländliche Wirtschaftswege, Erläuterungen zu Kostenanschlägen.
3. Trinkwasserversorgung und Abwasserwesen
Planung für kleinere Trinkwasserversorgungsgebiete, Gewinnung von Grund- und Oberflächenwasser, Wasseraufbereitung, Pumpwerke, Druckanlagen, Speicherbehälter, Rohrnetzrechnungen, Wasserbilanzen, Kostenüberschläge, Planung für kleinere Entwässerungsgebiete, Regenentlastungen, Regenrückhalte- und Regenklärbecken, Abwasserpumpwerke, Abwasserbehandlungsanlagen, Berechnung von Entwässerungsnetzen, Kostenüberschläge.
4. Konstruktiver Ingenieurbau
Entwurf von Wasserbauwerken, z. B. für Durchlässe und Brücken in Holz, Stein, Stahl, Beton und Stahlbeton, Stauanlagen, Schöpfwerke, Siele, Düker u. dgl. sowie statische Berechnungen, Erläuterungen und Kostenanschläge.
5. Verwaltungskunde
Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, Gebührenwesen, Beamten-, Besoldungs- und Tarifrecht, Reisekostenrecht.

§ 15

Schriftliche Prüfung

(1) In der schriftlichen Prüfung ist je eine Aufgabe aus den in § 14 genannten Prüfungsgebieten zu bearbeiten.

(2) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses schlagen geeignete Themen aus ihrem Prüfungsfach vor. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses wählt aus den Vorschlägen die Prüfungsaufgaben aus. Er hat für deren Geheimhaltung Sorge zu tragen.

(3) Die schriftlichen Aufgaben sind an drei bis vier aufeinanderfolgenden Tagen zu lösen. Die Bearbeitungszeit für die an einem Tage zu fertigenden Arbeiten soll insgesamt sechs Stunden, die Höchstdauer für eine Arbeit fünf Stunden nicht überschreiten. Die zugelassenen Hilfsmittel sind dem Prüfling anzugeben oder in der Prüfung zur Verfügung zu stellen.

(4) Ein Mitglied des Prüfungsausschusses oder ein anderer Beamter, den der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestimmt, hat die schriftliche Prüfung zu überwachen.

(5) Spätestens nach Ablauf der festgesetzten Bearbeitungsfrist hat der Prüfling die Arbeit dem aufsichtsführenden Beamten abzuliefern. Beizufügen sind alle Entwürfe und Arbeitsbogen einschließlich Nebenrechnungen. Der Aufsichtsbeamte vermerkt auf der Arbeit den Beginn der Bearbeitungsfrist und den Zeitpunkt der Abgabe. Die Prüfungsarbeiten dürfen keine Namensangaben enthalten. Sie sind mit einer Kontrollnummer zu versehen, die täglich wechselt.

§ 16

Bewertung der schriftlichen Prüfungsarbeiten

(1) Die schriftlichen Prüfungsarbeiten sind von zwei Mitgliedern des Prüfungsausschusses unabhängig voneinander zu bewerten. Bei abweichender Bewertung entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses.

(2) Werden drei Arbeiten schlechter als ausreichend bewertet, so wird der Anwärter zur mündlichen Prüfung nicht zugelassen. Die Prüfung gilt als nicht bestanden.

§ 17

Mündliche Prüfung

(1) Die mündliche Prüfung soll nicht später als vier Wochen nach Beendigung der schriftlichen Prüfung stattfinden und je Prüfling etwa eine Stunde dauern. Mehr als sechs Prüflinge sollen nicht gleichzeitig geprüft werden.

(2) Die mündliche Prüfung erstreckt sich auf die in § 14 und in der Anlage 5 angegebenen Prüfungsgebiete.

(3) Die Leistungen in der mündlichen Prüfung sind in den einzelnen Prüfungsfächern auf Grund des Vorschlags des jeweiligen Prüfers vom Prüfungsausschuß zu bewerten.

§ 18

Entscheidung über das Prüfungsergebnis

(1) Der Prüfungsausschuß entscheidet im Anschluß an die mündliche Prüfung mit Stimmenmehrheit über das Gesamtergebnis der Prüfung (schriftliche und mündliche Prüfung). Dabei sollen die Befähigungsberichte über die Leistungen während der Ausbildung, die Beurteilung aus dem staats- und verwaltungskundlichen Lehrgang (§ 8 Abs. 5) sowie das Persönlichkeitsbild berücksichtigt werden. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

(2) Für das Gesamturteil gelten folgende Noten:

- „sehr gut“,
- „gut“,
- „befriedigend“,
- „ausreichend“,
- „nicht bestanden.“

(3) Die Prüfung ist nicht bestanden

a) wenn er nicht zur mündlichen Prüfung zugelassen ist (vgl. § 16 Abs. 2),

b) wenn die Leistungen in der mündlichen Prüfung in zwei Prüfungsgebieten schlechter als ausreichend sind, oder wenn für ein Fach, das in der schriftlichen Prüfung mit mangelhaft oder ungenügend bewertet worden ist, die Leistungen in der mündlichen Prüfung schlechter als ausreichend bewertet worden sind, es sei denn, daß ein technisches Fach in der schriftlichen und mündlichen Prüfung mit gut oder sehr gut bewertet worden ist.

(4) Die Prüfung gilt als nicht bestanden, wenn der Anwärter

- a) ohne triftigen Grund von der schriftlichen oder mündlichen Prüfung fernbleibt oder einen dieser Prüfungsteile unterbricht,
- b) ohne Genehmigung des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses von der Prüfung zurücktritt.

(5) Die Prüfung kann vom Prüfungsausschuß bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 20 Abs. 1 als nicht bestanden erklärt werden.

§ 19

Prüfungszeugnis, Prüfungsniederschrift

(1) Nach Abschluß der Beratungen gibt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses den Prüfungsteilnehmern das Gesamturteil bekannt.

(2) Der Anwärter, der die Prüfung bestanden hat, erhält ein Prüfungszeugnis nach dem Muster der Anlage 6.

(3) Für jeden Prüfling ist eine Prüfungsniederschrift nach dem Muster der Anlage 7 zu fertigen und zu der Personalakte zu nehmen.

(4) Über den Verlauf der Prüfung ist eine Niederschrift anzufertigen und zu den Akten des Prüfungsausschusses zu nehmen.

(5) Die Niederschriften nach Abs. 3 und 4 sind von dem Vorsitzenden und den Mitgliedern des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen.

§ 20

Täuschungsversuch

(1) Versucht ein Anwärter das Ergebnis der Prüfung durch Täuschung oder durch sonstiges ordnungswidriges Verhalten zu beeinflussen, so kann er von dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses von der weiteren Prüfung ausgeschlossen werden. Der Prüfungsausschuß entscheidet, ob — je nach der Schwere der Verfehlung — die Prüfung für nicht bestanden zu erklären ist oder ob einzelne Prüfungsarbeiten zu wiederholen sind.

(2) Wird innerhalb von drei Jahren nach Aushändigung des Prüfungszeugnisses bekannt, daß Verfehlungen nach Abs. 1 vorgelegen hatten, so kann der Prüfungsausschuß die Prüfung nachträglich als nicht bestanden erklären.

§ 21

Erkrankung, Versäumnis

(1) Ist der Anwärter durch Krankheit oder aus sonstigen von ihm nicht zu vertretenden Gründen an der Ablegung der Prüfung oder einzelner Prüfungsabschnitte verhindert, so hat er dies unverzüglich nachzuweisen. In Krankheitsfällen ist ein ärztliches Zeugnis — auf Verlangen das eines Amtsarztes — vorzulegen.

(2) Eine wegen Krankheit abgebrochene oder aus begründetem Anlaß nicht angetretene schriftliche oder mündliche Prüfung gilt als nicht abgelegt; sie ist an einem von dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu bestimmenden Termin nachzuholen. Der Prüfungsausschuß entscheidet, ob und ggf. in welchem Umfang bereits abgelieferte schriftliche Prüfungsarbeiten anzurechnen sind.

§ 22

Wiederholung der Prüfung

(1) Hat der Anwärter die Prüfung nicht bestanden, so tritt er in den Vorbereitungsdienst zurück. Er kann die Prüfung frühestens nach sechs Monaten einmal wiederholen. Der Vorbereitungsdienst wird um die Zeit bis zur Wiederholungsprüfung verlängert. Dauer und Einteilung des zusätzlichen Vorbereitungsdienstes bestimmt der Minister für Landwirtschaft und Forsten auf Vorschlag des Prüfungsausschusses.

(2) Besteht der Anwärter die Wiederholungsprüfung nicht, so ist er aus dem Beamtenverhältnis zu entlassen.

IV. Übergangs- und Schlußbestimmungen

§ 23

Übergangsregelung

Die weitere Ausbildung der bereits im Vorbereitungsdienst befindlichen Anwärter ist, soweit möglich, dieser Ausbildungs- und Prüfungsordnung anzupassen.

§ 24

Inkrafttreten

Diese Ausbildungs- und Prüfungsordnung tritt am 1. Juli 1967 in Kraft.

Zum gleichen Zeitpunkt tritt die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Anwärter des mittleren technischen Dienstes (Inspektorguppe) der Wasserwirtschaftsverwaltung vom 24. 6. 1957 (StAnz. S. 637) außer Kraft.

Wiesbaden, 8. 6. 1967

**Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Forsten**
gez. Dr. Dr. h. c. Tröscher
StAnz. 27/1967 S. 788

*

Anlage 1 (zu § 8 Abs. 1)

**Ausbildungsplan
für Regierungsbauinspektoranwärter in der
Wasserwirtschaftsverwaltung**

Aus- bildungs- abschnitt	Dienst- stelle	Dauer — Monate	Ausbildungsgebiete
I	Wasser- wirt- schafts- amt	3	a) Aufgaben der Wasserwirtschaftsverwaltung b) Grundzüge der Gesetzgebung auf dem Gebiet des Wasserrechts c) Einführung in das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, Bewirtschaftung der Haushaltsmittel, Führung der Überwachungslisten, Kassenanweisungen, Rechnungsbelege d) Einführung in das Beamten- und Besoldungsrecht e) Einführung in das Tarifrecht (BAT u. MTL) f) Einführung in das Reisekostenrecht g) Schriftgutverwaltung, Aktenplan, Überblick über die zu führenden Verzeichnisse und Karteien h) Formen des behördlichen Schriftverkehrs i) einschlägige DIN-Vorschriften, Verdichtungswesen und Unfallverhütungsvorschriften
II	Wasser- wirt- schafts- amt	10 1/2	a) Gewässerkunde, Pegelwesen, Abflußmessungen, Wasserstandsbeobachtungen, Auswertung der Meßergebnisse Vorarbeiten für die Aufstellung von Entwürfen für wasserwirtschaftliche und landeskulturelle Maßnahmen einschl. Bodenuntersuchungen und Baugrunduntersuchungen b) Aufstellung kleinerer Entwürfe nebst Massenberechnungen und Kostenanschlägen, insbesondere für Maßnahmen des Gewässerausbaues einschließlich Hochwasserrückhaltung, Ent- und Bewässerungen, Stauanlagen, Brücken, Trinkwasserversorgungen und Abwasseranlagen, c) Ausführung von Bauvorhaben auf den Gebieten der Wasserwirtschaft einschließlich der damit im Zusammenhang stehenden Arbeiten, insbesondere Finanzierung und Ausschreibung, Prüfung der Angebote, Verdingungsverhandlungen, Zuschlagserteilung, d) Örtliche Bauleitung, Baupläne, Absteckung, Baustoffe, Aufmessung, Abrechnung, Schriftwechsel im Zusammenhang mit der Bauleitung, Bauüberwachung, Bauabnahme, Bestandspläne, e) Unterhaltung der wasserwirtschaftlichen und landeskulturellen Anlagen, f) Gründung von Wasser- und Bodenverbänden. Durchführung von Wasserrechtsverfahren, Naturschutz u. Landschaftspflege, Landesplanung, Prüfung kleinerer Entwürfe, neue Baustoffe, neue Bauarten, Baumaschinen, Baugeräte, Pumpen, g) Mitwirkung beim Durchführen und Auswerten von Pumpversuchen und Quellmessungen, h) Mitwirkung beim Durchführen und Auswerten von Trinkwasser-, Abwasser- und Vorfluteruntersuchungen, Teilnahme beim Festlegen von Wasserschutzgebieten und bei der Überwachung von genehmigungspflichtigen Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen, i) Mitwirkung bei wasserwirtschaftlichen Begutachtungen für Bauleitplanungen, j) Verfahren der Abwasserreinigung und ihre Anwendung, Abwasserverwertung.
III	Hess. Landesamt f. Gewässerkunde u. wasserwirtschaftl. Planung	1	Organisation und Aufgaben des Landesamtes insbesondere hydrologische und wasserwirtschaftliche Grundlagen, Wasserhaushalt und wasserwirtschaftliche Rahmen-, General- u. Sonderplanungen.
IV	Landratsamt und Kreisverwaltung	I	a) Wasserrecht b) Naturschutz und Landschaftspflege c) Baurecht, Bauaufsicht, Bauleitplanung

Aus- bildungs- abschnitt	Dienst- stelle	Dauer — Monate	Ausbildungsgebiete
V	Katasteramt	1/2	a) Grundzüge des Liegenschaftsrechts b) Einrichtung und Fortführung des Liegenschaftskatasters c) Gebührenordnung
VI	Kulturamt	1	a) Technische Durchführung der Flurbereinigung und Siedlung b) Wasserwirtschaftliche und Kulturbau-technische Maßnahmen in Flurbereinigungs- und Siedlungsverfahren
VII	Verwaltungsseminar	1 1/2	Grundzüge der Staats- und Verwaltungskunde
VIII	Staatskasse	1/2	a) Allgemeine Kassengeschäfte b) Zusammenarbeit zwischen Staatskasse und Wasserwirtschaftsamt
IX	Regierungspräsident	5	a) Vertiefung der Kenntnisse in den in den Ausbildungsabschnitten I und II bezeichneten Ausbildungsgebieten, Prüfung und Genehmigung von Entwürfen für wasserwirtschaftliche Bauvorhaben, Prüfung von Finanzierungsanträgen, Reinhalten der Gewässer, Verwendungsnachweise, fachtechnische Prüfung von Anträgen nach dem Hessischen Wassergesetz. b) Wasserrecht, Wasserbuch, Durchführung von Erlaubnis- und Bewilligungsverfahren, Festsetzung von Wasserschutzgebieten. c) Baurecht, Bauaufsicht, Bauleitplanung, Landesplanung, Regional- und Raumplanung. d) Kommunalaufsicht.

*

Anlage 2 (zu § 9 Abs. 1)

Beschäftigungsnachweis

des Regierungsbauinspektoranwärters

Ausbildungs- dienststelle	von bis	Darstellung der Beschäftigung	Sicht-*) vermerk

*) der Beschäftigungsnachweis ist monatlich dem ausbildenden Beamten und dem Leiter der Ausbildungsdienststelle sowie vierteljährlich dem Ausbildungsleiter vorzulegen.

*

Anlage 3 (zu § 9 Abs. 2)

..... den

(Ausbildungsdienststelle)

Befähigungsbericht

für den Regierungsbauinspektoranwärter

für die Zeit seiner Ausbildung bei

vom bis

Dienstversäumnis (Krankheit, Urlaub, sonstige Gründe)

vom bis Grund:

1. Leistungsbild

- Auffassungsgabe
- Urteilsfähigkeit
- Ausdrucksfähigkeit, mündlich
- Ausdrucksfähigkeit, schriftlich
- Organisationsfähigkeit
- Initiative
- Arbeitsorgfalt
- Arbeitstempo
- Umfang der Fachkenntnisse
- Berufliches Interesse
- Allgem. Bildungstreben

2. Persönlichkeitsbild

- Pflichtbewußtsein
- Bereitschaft zur Verantwortung
- Führung, dienstlich
- Führung, außerdienstlich

3. Ist das Ziel des Ausbildungsabschnittes erreicht?

Falls nein, Angabe der Gründe und Mängel.
Es bestehen noch folgende Lücken in der Ausbildung:

4. Besondere Umstände, die bei der Gesamtbeurteilung zu berücksichtigen sind:

5. Zusammenfassendes Urteil
(ggf. besondere Befähigung oder Mängel, bemerkenswerte Wesenseigenschaften)

(Unterschrift)

*

Anlage 4 (zu § 9 Abs. 3)

Ausbildungsnachweis über den Vorbereitungsdienst

des Regierungsbauinspektoranwärters

(Vor- und Zuname)

geboren am in

Beschäftigung seit der Schulentlassung bis zum Beginn des Vorbereitungsdienstes:

Tag der Einstellung als Regierungsbauinspektoranwärter:

Beschäftigung im Vorbereitungsdienst

Kurze Darstellung der Beschäftigung (Auszug aus dem Beschäftigungsnachweis)

Beurteilung (in Übereinstimmung mit dem Befähigungsbericht) der Leistungen und der Persönlichkeit:

Ausbildungsabschnitt I

Wasserwirtschaftsamt

vom bis (..... Monate)

Ausbildungsabschnitt II
bis XI

Gesamtbeurteilung (am Schluß des Vorbereitungsdienstes)

den
Der Regierungspräsident

*

Anlage 5 (zu § 17 Abs. 2)

Prüfstoffverzeichnis zur mündlichen Prüfung:

Die mündliche Prüfung soll sich innerhalb der in § 14 genannten Prüfungsgebiete insbesondere auf folgende Gebiete erstrecken: Gewinnung, Herstellung, Verwendung und wesentlichste Eigenschaften der wichtigsten Baustoffe,

Mörtel, Beton, Stahlbeton,
Ausführung der Vorarbeiten für Entwürfe,
Bodenuntersuchungen, Bodenbeschaffenheit,
Baustoffpreise, Veranschlagung von Bauleistungen,
Finanzierung der Bauvorhaben,
Bauleitung, Bauaufsicht, Bauabnahme,
Unfallverhütungsvorschriften,
Abrechnung, Bestandspläne,
Gründungen, Pfahlroste, Fangedämme, Spundwände, Baumaschinen, Baggeräte, Pumpen,

Grundsätze für das Entwerfen und die Ausführung von Hochwasser-rückhaltebecken, Gewässerregelungen und Uferbefestigungen, Entwässerungen, Bewässerungen, Maßnahmen der landwirtschaftlichen Verwertung von Abwasser, Viehweideanlagen, Ödlandkultivierungen Deichen, Sielen, Schöpfwerken, Stauanlagen, Brücken, Wirtschaftswegen, Trinkwasserversorgungsanlagen und Abwasseranlagen,

Wasserhaushalt, Gewässerkunde, Pegelwesen, Abflußmessungen, wasserwirtschaftliche Rahmen-, General- und Sonderpläne,

Aufstellen der Wasserbilanzen für Trinkwasserversorgungsanlagen, Durchführen und Auswerten von Quellmessungen und Pumpversuchen,

Gewinnung von Grund- und Oberflächenwasser,

Beurteilung von Trinkwasser,

Ausrüstung von Pump- und Druckanlagen, Entwerfen, Gestalten und Bemessen von Bauwerken der Wasserversorgungsanlagen (Hochbehälter, Tiefbehälter, Sammelschächte, Brunnenschächte, Druckunterbrechungsschächte, Wasserzählerschächte),

Betriebskostenberechnung und Wirtschaftlichkeitsfragen, Wasserschutzgebiete,

Betrieb, Unterhaltung und Überwachung von Wasserversorgungsanlagen,

Grundsätzliche Gesichtspunkte für Orts- und Gebührensatzungen bei Trinkwasserversorgungsanlagen,

Ermittlung des Schmutz- und Regenwasserabflusses,

Bauwerke in Kanalisationsanlagen,

Beschaffenheit und Beurteilung des Abwassers,

Beurteilung der Gewässer im Hinblick auf die Abwassereinleitungen (Reinhalteordnungen),

Verfahren der Abwasserbehandlung und ihre Anwendung, Behandlung von industriellem und gewerblichem Abwasser,

Abwasserverwertung,

Beschaffenheit, Behandlung, Beseitigung und Verwertung des Abwasserschlammes,

Kleinkläranlagen,

Planen und Bemessen von Abwasserbehandlungsanlagen,

Ausrüstung von Abwasserbehandlungsanlagen und Abwasserpumpwerken,

Betriebskostenberechnungen,

Betrieb, Unterhaltung und Überwachung von Abwasseranlagen, grundsätzliche Gesichtspunkte für Orts- und Gebührensatzungen der Abwasseranlagen.

*

Anlage 6 (zu § 19 Abs. 2)

Prüfungszeugnis

Herr Regierungsbauinspektoranwärter

geb. am in

hat am

die Laufbahnprüfung für den gehobenen technischen Dienst in der Wasserwirtschaftsverwaltung

nach der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Anwärter des gehobenen technischen Dienstes in der Wasserwirtschaftsverwaltung

vom (StAnz.)

mit dem Gesamtergebnis

bestanden.

Wiesbaden, den

Der Hessische Minister
für
Landwirtschaft und Forsten

Der Vorsitzende
des
Prüfungsausschusses

(Dienstsiegel)

*

Anlage 7 (zu § 19 Abs. 3)

Prüfungsniederschrift

Prüfung für den gehobenen technischen Dienst in der Wasserwirtschaftsverwaltung

Anwesend:

1. als Vorsitzender

2. als Prüfer

3. als Prüfer

4. als Prüfer

5. als Prüfer, zugl.
als Vertreter der
Gewerkschaft

6. Regierungsbauinspektoranwärter
als Prüfling

Der Regierungsbauinspektoranwärter
wurde heute nach der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die
Anwärter des gehobenen technischen Dienstes in der Wasserwirtschaftsverwaltung vom mündlich geprüft.

Die schriftliche Prüfung hat er in der Zeit vom
bis abgelegt.

A. Prüfungsergebnisse im einzelnen:

Prüfungsfach	I. Schriftliche Prüfung	II. Mündliche Prüfung
1.		
2.		
3.		
4.		
5.		

B. Gesamturteil

..... bestanden

Beim Bestehen der Prüfung:

Das Ergebnis ist dem Anwärter durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses mitgeteilt worden.

Beim erstmaligen Nichtbestehen der Prüfung:

Dem Anwärter ist durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses mitgeteilt worden, daß er die Prüfung nicht bestanden und vor Wiederholung der Prüfung einen zusätzlichen Vorbereitungsdienst abzuleisten hat.

....., den

Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses:

Mitglied des Prüfungsausschusses:

*

669**Zinsbeihilfen für Gemeinden und private Waldbesitzer zur Aufbereitung der Sturmholzanfälle vom Februar/März 1967**

Nachstehende Richtlinien sind im Einvernehmen mit dem Herrn Hess. Minister der Finanzen ergangen und durch meinen Erlaß vom 5. Juni 1967 — III A 2 3841 F 36 — rückwirkend ab 1. Juni 1967 in Kraft gesetzt worden. Mit den Richtlinien ist ein Antragsmuster abgedruckt.

Wiesbaden, 12. 6. 1967

**Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Forsten**
III A 2 — 3845 — F 36
StAnz. 27/1967 S. 794

*

Richtlinien

**des Hess. Ministers für Landwirtschaft und Forsten
für Gewährung von Zinsbeihilfen an Gemeinden und private
Waldbesitzer bei Kreditaufnahme zur Aufarbeitung
von Windfallholz 1967**

Vorbemerkung über Zweck und Ziel der Beihilfe

Die Sturmkatastrophe von Februar/März 1967 hat in den Wäldern Hessens verheerende Schäden angerichtet und eine schwere Krise am Holzmarkt verursacht.

Mit der staatlichen Zinsbeihilfe soll

die Aufnahme von Betriebskrediten für die rechtzeitige und ordnungsgemäße Aufarbeitung, Lagerung sowie den Schutz des Windfallholzes erleichtert werden, der Massenvermehrung und Ausbreitung von Forstschädlingen auf stehende Baumbestände vorgebeugt werden,

der Unterstützte in die Lage versetzt werden, sein Holz mit Bedacht zu angemessenen Preisen und Bedingungen ohne Störung des Holzmarktes zu verwerten.

Somit liegt diese Hilfsmaßnahme nicht allein im Interesse der Geschädigten, sondern dient der Forst- und Holzwirtschaft allgemein, die mehr als zuvor auf einen stabilen Holz-

markt angewiesen ist. Der Schutz des Waldes vor Folgeschäden (z. B. Insektenkalamitäten) und die Existenzsicherung der kommunalen und privaten Forstbetriebe liegen im öffentlichen Interesse.

Richtlinien**1. Beihilfeberechtigte**

Zinsbeihilfen können gewährt werden an Gemeinden, Gemeinschaften und private Waldbesitzer für Kredite, die sie zwecks Aufarbeitung, Lagerung und Schutz von Sturmholz aufnehmen müssen, das im Februar/März 1967 in ihren Wäldern im Bereich des Landes Hessen angefallen ist.

2. Ausmaß der Zinsbeihilfe

Die Zinsbeihilfe beträgt jährlich 4% und wird längstens 12 Monate gewährt. Alle darüber hinaus gehenden Zinsen und Kosten des Kredits trägt der Kreditnehmer. Zinsbeihilfefähig sind Kredite bis höchstens 25,— DM an Aufbereitungskosten je im Windfallholz, soweit es zur Zeit der Antragstellung entweder noch unverkauft ist oder verkauft aber noch nicht bezahlt worden ist.

Kredite unter 3 000,— DM werden nicht berücksichtigt.

3. Zahlung der Zinsbeihilfe

Die Zinsbeihilfe wird vom zuständigen Regierungspräsidenten — Forstabteilung — in Darmstadt, Kassel oder Wiesbaden unmittelbar an das anfordernde Kreditinstitut überwiesen. Das Kreditinstitut wird vom Antragsteller ausgewählt. Jedes inländische Kreditinstitut kommt in Betracht.

4. Verfahren

Der nach anliegendem Muster vom Kreditinteressenten gestellte Antrag wird in dreifacher Ausfertigung zuerst dem zuständigen Forstamt übersandt. Das Forstamt schickt den geprüften und bestätigten Antrag zweifach ausgefertigt an das angegebene Kreditinstitut zur weiteren Bearbeitung.

Waldbesitzer mit eigenen Forstverwaltungsbeamten oder -angestellten stellen die Anträge beim zuständigen Regierungspräsidenten — Forstabteilung —. Dieser beauftragt einen örtlichen staatlichen Forstamtsleiter schriftlich mit der Antragsprüfung und -bestätigung.

Letzter Vorlagetermin für die Anträge bei den Forstbehörden ist der 30. 9. 1967.

Das Kreditinstitut fordert den Zinszuschuß (Beihilfe des Kreditnehmers) unter Beifügung einer Ausfertigung des Antrages sowie einer der Mehrfertigungen des Kreditvertrages bei dem zuständigen Regierungspräsidenten — Forstabteilung — jeweils zum Quartalsende (30. 9., 31. 12., 31. 3., 30. 6.) an.

5. Sonstige Bestimmungen

Auf die Zinsbeihilfe besteht kein Rechtsanspruch.

Soweit vorstehend nichts anderes bestimmt ist, gelten für die Bewilligung und Gewährung der Zinsbeihilfen die Landesrichtlinien zu § 64 a RHO (StAnz. 1954 S. 134 ff.).

Der Kreditnehmer verpflichtet sich, der Hessischen Staatsforstverwaltung und dem Rechnungshof des Landes Hessen das Prüfungsrecht gemäß den Allgemeinen Bewilligungsbedingungen (StAnz. 1954 S. 144 ff.) einzuräumen. Die staatliche Forstbehörde ist berechtigt, den Fortgang und die ordnungsgemäße Durchführung der unterstützten Betriebsmaßnahmen zu überwachen.

Die Zinsbeihilfen sind verzinst vom Tage der Überweisung mit Zinsen von 3% über dem jeweiligen Diskontsatz (Deutsche Bundesbank) zurückzuzahlen, sofern

die Beihilfe aufgrund unrichtiger Angaben erlangt worden ist,

der Kredit zweckfremd verwendet wird oder die eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllt werden.

6. Inkrafttreten

Diese Richtlinien treten ab 1. 6. 1967 in Kraft.

**Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Forsten**

*

Muster

An das

Hess. Forstamt

in

Antrag

auf Gewährung von Zinsbeihilfe aufgrund der Richtlinien des Hess. Ministers für Landwirtschaft und Forsten
vom 5. Juni 1967 — III A 2 3841 F 36

I. Antragsteller

1. Name: Vorname:
bzw. Bezeichnung
(bei jur. Pers.):
2. Wohnort: Kreis:
Straße, Haus-Nr.:

II. Vorhaben des Antragstellers

1. Aufarbeitung (*), Lagerung (*), Schutz *) von Sturmholz, angefallen im Febr./Mrz. 1967
2. Gemarkung:
Revierförsterei/Forstwartel:
3. Unverkauftes sowie noch nicht bezahltes Sturmholz
vermessen fm oR
geschätzt fm oR
zusammen fm oR
4. Höhe des Darlehens: DM
(höchstens 25,— DM je fm)
5. Kreditinstitut:

*) Zutreffendes unterstreichen

III. Verpflichtungen des Antragstellers

1. Ich verpflichte mich
a) das Windfallholz 1967 rechtzeitig und ordnungsgemäß aufzuarbeiten, zu lagern und zu schützen,

- b) den Fortgang und die sachgemäße Durchführung der Holzaufbereitung durch das zuständige staatliche Forstamt überwachen zu lassen,
c) der Staatsforstverwaltung und dem Rechnungshof des Landes Hessen das Prüfungsrecht nach den Allgemeinen Bewilligungsbedingungen (StAnz. 1954 S. 144 ff.) einzuräumen.

2. Es ist mir bekannt, daß die Zinsbeihilfe zuzüglich Zinsen von 3/4 über dem jeweiligen Diskontsatz von mir zurückzuzahlen ist, wenn

- a) vorstehende Verpflichtungen nicht eingehalten werden,
b) der Kredit nicht zweckentsprechend verwendet wird oder
c) die Beihilfe aufgrund unrichtiger Angaben erlangt wurde.

....., den
(Ort) (Datum) Unterschrift

*

Stellungnahme des Forstamtes

Es wird bestätigt, daß in den Wäldern des Antragstellers auf

der Gemarkung in der

Revierförsterei/Forstwartel

im Febr./Mrz. 1967 Sturmholz in folgenden Mengen angefallen ist

vermessen fm oR
geschätzt fm oR
zusammen fm oR

....., den
(Ort) (Datum) (Unterschrift)

*

An
(Kreditinstitut, Ziff. II.5)

Mit der Bitte um weitere Bearbeitung zugeleitet.

670

Personalnachrichten

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

a) Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt

zum Polizeikommissar Polizeiobermeister (BaL) Heinrich Braun (24. 2.);

b) Hessische Bereitschaftspolizei

ernannt

zu Polizeiobermeistern die Polizeimeister (BaL) Bernhard Langer (27. 2.); Hans-Joachim Kemnade (28. 2.); Walther Sturm (28. 2.);

zum Polizeiobermeister (BaL) der Polizeimeister (BaP) Stefan Kleer (11. 2.);

zu Polizeiobermeistern die Polizeimeister (BaP) Peter Hedrich, Heinrich Kohnen, Peter Siebold (sämtlich 28. 2.);

zu Polizeimeistern die Polizeihauptwachmeister (BaP) Hartmut Hanke (17. 2.); Ottomar Henrion (20. 2.); Manfred Burger (28. 2.);

zu Polizeiwachmeistern (BaP) Kurt Albert, Günter Albrecht, Wilfried Apel, Detlef Baßler, Klaus Bastian, Ewald Bay, Lothar Birke, Eberhard Bode, Helmut Bollerhey, Friedrich Braun, Hans-Günther Damm, Roland Diehl, Helmut Döring, Michael Ellmerich, Wilfried Ernst, Manfred Fay, Horst Franzen, Detlef Fürbeth, Jürgen Genge, Klaus Gille, Friedrich Götte, Gerhard Gröticke, Reinhold Haag, Jürgen Helbing, Lothar Henke, Günter Heppner, Michael Hess, Norbert Hess, Achim Hiller, Willi Höhler, Dieter Hofmann, Manfred Holzappel, Gerhard Hoyer, Ernst Hübsch, Werner Jacoby, Adam Georg Jarl, Otto Junck, Gerhard Kaufmann, Hartmut Kiesser, Helmut Kirchgeßner, Karlheinz Klos, Heinz Klügl, Karl Freidrich Kniest, Heinz-Dieter Knöbel, Detlef Koch, Reiner Koch, Günter Kohlhepp, Herwig Konze, Manfred Kossack, Leonhard Kral, Gerhard Kraus, Werner Krebs, Jürgen Lemp, Alfred Liebeherr, Wilfried Lies, Roland Maiwald, Wilhelm Menne, Michael Messer, Dieter Meuser, Franz Werner Möse, Wilfried Müller, Willi Dieter Nebel, Erich Nothacker, Wilfried Palcei, Harald Peter, Lutz Pollack, Hans-Georg Rüffer, Edgar Sangmeister, Lothar

Schelberg, Peter Schleich, Konrad Schneider, Reinhold Schneider, Roger Schneider, Thomas Scholl, Walter Seitz, Detlev Sommerfeldt, Martin Stei, Freidhelm Stumpf, Hans Dieter Tatulinski, Frank Thiele, Hans-Jochen Tonn, Peter Vierhaus, Günter Vogl, Erich Wagner, Hans Günter Waldmann, Wolfgang Weber, Franz-Josef Wolf, Rainer Wolf, Udo Wurzer, Karl-Heinz Zimmer (sämtl. 22. 2.); Theodor Abel, Jürgen Altenburg, Rolf-Dieter Baer, Ewald Bäuml, Reinhard Bätzing, Hans Werner Becker, Kurt Becker, Paul Becker, Gerd-Kurt Benkwitz, Karl-Heinz Benthien, Bernhard Bittner, Hans-Robert Blank, Harold Blum, Reinhard Böhm, Wilfried Böttner, Norbert Bork, Werner Born, Wilhard Boucsein, Karl Brandau, Karl-Heinrich Braun, Hans-Dieter Brübach, Joachim Brück, Rainer Buchert, Friedrich Büchler, Rolf Dausend, Hans-Helmut Debelius, Peter Dickel, Gerhard Diefenbach, Herbert Diel, Eberhard Doll, Martin Einicke, Reimund Epple, Maximilian Felbinger, Heinz Fischer, Roland Fischer, Jürgen Franke, Egon Franz, Günter Friedrich, Roland Fritz, Dieter Gleisner, Guido Götz, Franz Grenzebach, Wolfgang Gruber, Manfred Grün, Dieter Haldorn, Peter Hatzmann, Joachim Heinke, Siegfried Heintze, Hans-Peter Heintzel, Hans-Dieter Henke, Jochen Henkel, Heinz-Dieter Henze, Gerd Herrmann, Peter Herrmann, Günter Hiemisch, Peter Hihler, Günther Hindenach, Peter Hoffmann, Wolfgang Hoffmann, Bernd Hofmann, Dieter Hofmann, Werner Hofmann, Walter Holzhaus, Dieter Hoss, Helmut Hüther, Josef Huf, Gert Hulboy, Heinrich Inerle, Klaus Iwanow, Wilfried Jahnke, Harald Janzen, Otmar Jestädt, Hans-Joachim Jöst, Gerhard Jordan, Rolf-Dieter Jung, Kurt Junk, Peter Kadel, Erich Kaiser, Heinz Kaiser, Günter Keiner, Robert Kirschenbauer, Peter Klein, Winfried Knauff, Rolf Knierim, Werner Knierim, Werner Koberle, Karl Friedrich Kopf, Bernd Korschel, Kurt Kräuter, Rainer Kraft, Alexander Krampe, Robert Krause, Peter Krausgrill, Lorenz Krauß, Michael Krauß, Heinz Krenzer, Uwe Küster, Rudolf Kugel, Jochen Kullmann, Wolfgang Lampe, Horst Landmann, Günther Langer, Herwig Lasnitschka, Helmut Legies, Walter Lehmann, Erich Liebrau, Hartmut Liebig, Eberhard Löffler, Siegfried Löser, Bodo Luther, Otto Lux, Harald Mäde, Reinhard Manschitz, Gerhard May, Hartmut Medenbach, Heiko Meißner, Gerhard Meyer, Herbert Meyer, Günter Möller, Eugen

Müller, Siegfried Müller, Günther Nickel, Rainer Nölge, Harald Nolte, Edwin Ohm, Paul Olejniczak, Walter Omonsky, Wolf-Rüdiger Panzer, Norbert Paul, Jürgen Perdelwitz, Wolfgang Peters, Kurt Pfeifferling, Helmut Pfenning, Wolfgang Puschmann, Peter Reetz, Georg Reichwein, Gunter Reinhardt, Wolfgang Reitz, Gerhard Rettig, Reinhold Reuther, Manfred Rieck, Bernd Rieß, Manfred Rinkenberger, Lutz Röttelbach, Wolfgang Rohm, Wolfgang Rosenkranz, Klaus-Peter Sachse, Karl-Heinz Saloch, Eckhardt Sauer, Hans Joachim Schaefer, Horst Schäfer, Karl-Heinz Scheib, Werner Scheid, Karl-Heinz Schenk, Konrad Scheurmann, Hans Dieter Schmidt, Reinhard Schmidt, Wolfgang Schmidt, Klaus Schmitt, Volker Schmitz, Albert Schmoll, Wolfgang Schneider, Helmut Schöneck, Hartmut Schreiber, Winfried Schreiber, Günther Schröder, Dagobert Schulz, Josef Seiler, Christian Strautz, Horst Lorenz Stahl, Werner Stahl, Albert Stein, Klaus-Jürgen Steiner, Robert Steiner, Peter Stöckigt, Gerd Ströhl, Roland Strohschnitter, Joachim Thiemann, Bruno Titz, Manfred Uffelman, Peter Ulrich, Günter Unverzagt, Horst Versen, Hellmut Voigt, Wolfgang Voigt, Jörg Wacker, Ernst-Günther Walter, Bernd Wichart, Siegfried Wiegand, Helmut Wille, Alfred Winkler, Walter Wörtche, Horst Wrobel, Arno Ziegenhain (sämtlich 23. 2.);

berufen

in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Polizeikommissar (BaP) Wilfried Koppmann (17. 2.); die Polizeimeister (BaP) Heinrich Wicke (10. 2.); Reiner Sohl (11. 2.); Polizeihauptwachtmeister (BaP) Peter Thiele (13. 2.);

entlassen

die Polizeioberwachtmeister (BaP) Franz Josef Wolf (10. 2.); Walter Loll (28. 2.); die Polizeiwachtmeister (BaP) Horst Friebertshäuser (15. 2.); Karl-Heinz Aresin, Erhard Christl, Günter Dietrich, Claus-Peter Faß, Norbert Fink, Helmut Fries, Wolfgang Kraft (sämtlich 28. 2.); Klaus Timmermann, Helmut Wagner, Volkmar Weber (sämtl. 28. 2.);

Hessische Polizeischule

ernannt

zu **Polizeihauptmeistern** die Polizeiobermeister (BaL) Aloysius Rehm (8. 2.); Heinz Becker (28. 2.);

zu **Polizeiwachtmeistern (BaP)** Klaus Barnikau, Wolfgang Bott, Eckhard Christ, Wilfried Conrad, Gregor Dannewitz, Ewald Eifert, Ernst Dieter Falk, Werner Finsterscifer, Jürgen Freudenberger, Heinz Furchner, Josef Gaab, Kurt Gans, Walter Gerlach, Friedhelm Gillsch, Hans Hofmann, Horst Horch, Bernd Heidersdorf, Helmut Hüttel, Lothar Huhn, Dieter Janz, Heinz Jodeit, Gerhard Keitzer, Klaus Kempel, Wolfhard Kielmann, Arno Klingelhöfer, Gerd Köhn, Reinhard Kupich, Klaus Liepach, Udo Lohr, Karl-Heinz Ludolph, Hans-Joachim Marquardt, Walter Meuser, Heinz Dieter Nolte, Emil Ochs, Gert Oestreich, Horst Plefka, Helmuth Pohl, Günther Polzer, Edgar Rech, Wolfgang Rieger, Friedel Ritter (sämtlich 21. 2.); Wilhelm Rödig, Hans Helmut Rupp, Herbert Schleufe, Wilfried Schneider, Gerhard Schönborn, Walter Schreiber, Manfred Segieth, Wolfgang Stenger, Alfred Stieler, Detlev Thielke, Rainer Vogt, Manfred Zecha, Fred Zehe, Bernhard Zentgraf (sämtlich 21. 2.);

berufen

in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Polizeimeister (BaP) Erich Bamesberger (23. 2.);

Hessisches Landeskriminalamt

ernannt

zum **Kriminalbezirkskommissar** Kriminalhauptkommissar (BaL) Kurt Franz (28. 2.);

Hess. Wasserschutzpolizeiamt

berufen

in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Polizeimeister (BaL) Heinrich Lotz (18. 2.);

Wirtschaftsverwaltungsamt der Hessischen Polizei

ernannt

zum **Regierungsüberinspektor** Regierungsinspektor (BaL) Heinrich Kuhl (22. 2.);

in den Ruhestand versetzt

Regierungsamtmann (BaL) Karl Schröder (28. 2.);

Wiesbaden, 9. 6. 1967

Der Hessische Minister des Innern
III B 34 — 7 d 14

StAnz. 27/1967 S. 795

b) Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt

zum **Regierungsüberinspektor** Regierungsinspektor (BaL) Karl Schnellbacher (28. 4. 67);

berufen

in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Regierungsüberinspektor (BaP) Franz Plobner (28. 4. 1967), Landratsamt Friedberg.

Darmstadt, 13. 6. 1967

Der Regierungspräsident

P 2 — 7 1 02 07 (E)

StAnz. 27/1967 S. 796

h) Verwaltungsgericht Frankfurt/Main

ernannt

zum **Verwaltungsgerichtsrat** unter Berufung in das Richteramtverhältnis auf Lebenszeit Walter Wernersbach (12. 4. 67).

Frankfurt am Main, 8. 6. 1967

Der Verwaltungsgerichtspräsident

Az.: 8 b 06

StAnz. 27/1967 S. 796

c) Regierungspräsident in Kassel

ernannt

zum **Regierungsrat (BaL)** Regierungsassessor Friedrich Oetzel (3. 4. 1967);

zur **Regierungsinspektorin** Regierungshauptsekretärin Elisabeth Becker (6. 4. 1967); Regierungshauptsekretärin Berta Geiger (6. 4. 1967);

zum **Regierungsinspektor** Regierungshauptsekretär August Seiler (6. 4. 1967); Regierungshauptsekretär Kurt Stämmeler (6. 4. 1967);

zur **Regierungsinspektorin z. A. (BaP)** Regierungsinspektorin Barbara Gräbner (27. 4. 1967);

zu **Regierungsinspektoren z. A. (BaP)** die Reg.-Inspektor-Anwärter Wilhelm Appel, Hans Becker, Hermann Brand, Friedrich-Wilhelm Droste, Franz-Otto Eichenberg, Jürgen Englert, Hans-Dieter Herdt, Günter Jacob, Leonhard Karger, Wilfried Klaus, Manfred Makrocki, Helmut Müller, Gerhard Poesch, Günter Schäfer, Karl-Heinz Schäfer, Dieter Schlutz, Theodor Schöps, Heinz-Udo Teiner (sämtlich 27. 4. 1967);

zur **Regierungsinspektorin** (BaW) Verwaltungspraktikantin Bärbel Arends (8. 4. 1967); Verwaltungspraktikantin Gerda Sperling (21. 4. 1967);

zur **Regierungssekretärin** (BaW) Verwaltungspraktikantin Elke Donnert (26. 4. 1967);

entlassen auf eigenen Antrag

Regierungsdirektor Gerhard Wiegand (mit Ablauf des 5. 4. 1967).

ernannt

zum **Regierungsüberamtmann** Regierungsamtmann Karl-Heinz Mengel, LA Kassel (23. 5. 1967);

zum **Regierungsüberinspektor** Regierungsinspektor Wilhelm Seybert, LA Bad Hersfeld (29. 5. 1967); Regierungsinspektor Heinrich Apel, LA Bad Hersfeld (29. 5. 1967);

zum **Regierungsinspektor (BaL)** Regierungsinspektor z. A. Erich Scholz, LA Korbach (5. 5. 1967);

zum **Hauptamtsgehilfen (BaL)** Hauptamtsgehilfe z. A. Robert Sauer — LA Fulda (9. 5. 1967);

versetzt zum Kreisausschuß des Landkreises Fritzlar-Homburg

Regierungsübersekretär Albert Stieglitz, LA Fritzlar (1. 6. 1967);

bei der staatlichen Schutzpolizei

in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit berufen

die Polizeimeister (BaP) Wolfgang Müller, Landrat Eschwege, Pol.-Stat. Eschwege (26. 5. 1967); Werner Wolf, Landrat PK Rotenburg (10. 5. 1967); Werner Geitz, Landrat PK Wolfhagen (30. 5. 1967); Horst Hollstein, PVB Bad Hersfeld (11. 5. 1967);

bei der Landeskriminalpolizei**ernannt**

zum **Kriminalhauptmeister** Kriminalobermeister Friedrich Wolf, Staatl. Kriminalabteilung Bad Hersfeld (30. 5. 1967);
zur **Kriminalmeisterin** unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe Fräulein Ingeborg Hohl, Staatl. Kriminalkommissariat Marburg a. d. L. (1. 4. 1967);

in den Ruhestand versetzt

Kriminalhauptmeister Alfred Diehr, Staatl. Kriminalkommissariat Korbach (1. 4. 1967); Kriminalhauptmeister Heinrich Seegel, Staatl. Kriminalkommissariat Kassel (1. 4. 1967).

Kassel, 14. 6. 1967

Der Regierungspräsident
P/2 Az. 7 o 16/03 B
StAnz. 27/1967 S. 796

d) Regierungspräsident Wiesbaden**ernannt**

zum **Kriminalobermeister** Kriminalmeister Ludwig Münzberger, Kriminalinspektion Wiesbaden (1. 5. 1967).

Wiesbaden, 12. 6. 1967

Der Regierungspräsident
I 3 — (1) — 7 o
StAnz. 27/1967 S. 797

d) Regierungspräsident in Wiesbaden**ernannt**

zum **Polizeiobermeister** Polizeimeister (BaL) Walter Schulteis, PK Gelnhausen (10. 5. 1967);

zu **Polizeimeistern** die Polizeihauptwachmeister (BaL) Klemens Veit, PK Limburg (18. 5. 1967); Franz Wagner, PK Limburg (18. 5. 1967); Hermann Tragl, PVB Wiesbaden (18. 5. 1967); Josef Ohlenschlager, PK Biedenkopf (24. 5. 1967);

in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit berufen

Polizeimeister Dieter Creß, PK Bad Homburg v. d. H. (19. 5. 1967); Polizeihauptwachmeister Hans-Georg Maurer, PK Bad Homburg v. d. H. (22. 5. 1967); Polizeimeister Wilfried Heck, PK Dillenburg (26. 5. 1967); Polizeimeister Helmut Gohr, PK Hanau (30. 5. 1967);

in den Ruhestand versetzt

Polizeiobermeister Hans Eisenbach, PK Bad Homburg vor der Höhe (31. 5. 1967); Polizeimeister Walter Wenzel, PK Hanau (31. 5. 1967).

Wiesbaden, 8. 6. 1967

Der Regierungspräsident
Dezernat I 3 S
StAnz. 27/1967 S. 797

f) Hessischer Verwaltungsgerichtshof Kassel**ernannt**

zum **Obverwaltungsgerichtsrat** Verwaltungsgewichtsrat (RaL) Werner Götz (13. 6. 1967).

Kassel, 16. 6. 1967

Der Präsident des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs
Az.: 8 b 06 03 — 493/67

StAnz. 27/1967 S. 797

g) Hessische Brandversicherungskammer Darmstadt**ernannt**

zum **Regierungsamtmann** Regierungsoberinspektor (BaL) Gerhard Löschmann (14. 6. 1967);

zum **Brandinspektor** Brandmeister (BaL) Horst Stadler (15. 6. 1967);

in den Ruhestand versetzt

Regierungsamtmann Leonhard Lohnes (1. 3. 1967).

Darmstadt, 15. 6. 1967

Hessische Brandversicherungskammer Darmstadt
2 b — 24/1/2

StAnz. 27/1967 S. 797

F. im Bereich des Hessischen Kultusministers**Volks-, Real- und Sonderschulen im Reg.-Bez. Darmstadt****ernannt**

zu **apl. Fachlehrern/innen unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf**: die Lehramtsbewerber/innen: Hans Georg Dittgen, Groß-Karben (17. 12. 1966); Monika Sticher, Obertshausen (24. 1. 1967); Helga Krebs, Laubach (1. 12. 1966); Christa Richter, Langen (24. 2. 1967);

zu **apl. Lehrern/innen unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf**: die Lehramtsbewerber/innen: Gerhard Strack, Altenstadt (30. 1. 1967); Elke Thiergärtner, Offenbach (1. 2. 1967); Rolf-Dieter Wenkel, Homberg (5. 12. 1966); Christiane Hausmann, Darmstadt (1. 12. 1966); Doris Weinmann, Groß-Felda (1. 2. 1967); Sigrid Stäger, geb. Haas, Rüsselsheim (15. 2. 1967); Adelheid Windus, Mülheim (1. 2. 1967); Günter Baier, Offenbach (1. 12. 1966); Heide Paeschke, geb. Stiefken, Lämmerspiel (16. 1. 1967); Ilsetraut Schirmer, Dornheim (10. 2. 1967); Heinz-Jürgen Karner, Gadernheim (1. 12. 1966); Rosemarie Wolf, Zeppelinheim (1. 12. 1966); Matha Gröger, Heldenbergen (9. 2. 1967); Diethard Weishäupl, Alsfeld (1. 3. 1967); Christa Spandöck, Ober-Ramstadt (2. 3. 1967); Heidrun Schluge, Babenhausen (1. 3. 1967); Theodor Schimmer, Grebenhain (19. 12. 1966); Hans Sparmann, Brauerschwend (1. 3. 1967); Gerd Spahn, Alsfeld (6. 3. 1967); Detlef Römer, Bensheim (16. 12. 1966); Marlies Imlauf, Astheim (1. 2. 1967); Heidrun Altmeier, Oberkleen (1. 3. 1967); Günter Lindner, Altenstadt (4. 4. 1967); Renate Frank, Mittel-Gründau (10. 4. 1967); Lilli Zirkelbach, Gustavsburg (14. 4. 1967); Sabine Hahne, Ilbenstadt (26. 4. 1967);

die Hauptlehrerinnen z. A. Gerda Fuchs, Offenbach (1. 4. 1967); Antje Brooks, Bensheim (28. 4. 1967);

die Lehrerin z. A. Doris Kimmel, Bensheim (21. 3. 1967);

die Lehrerin i. A. Ingrid Gäth, Rüsselsheim (1. 12. 1966);

die ehemalige apl. Lehrerin Gertraud Weinelt, Neckarssteinach (16. 1. 1967);

die ehemalige Lehrerin z. A. Wiltrud Schade, Rüsselsheim (2. 5. 1967);

zu **Lehrern/innen unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit** die apl. Lehrer/innen (BaP) Christine Kloß, Lampertheim (16. 1. 1967); Dorothea Ruschke, Hainhausen (24. 2. 1967); Ekkewart Hamel, Bad Vilbel (19. 1. 1967); Sigrid Rost, Babenhausen (14. 2. 1967); Helene Hartmann, Dudenhofen (10. 2. 1967); Ernst Bach, Friedberg (12. 1. 1967); Ernst Wade, Mülheim (10. 2. 1967); Gertrud Strube, Rüsselsheim (28. 1. 1967); Ursula Kusche, Darmstadt (1. 3. 1967); Rosemarie Keil, Darmstadt (1. 3. 1967); Erich Pullmann, Bischofsheim (13. 10. 1966); Helmut Henze, Offenbach (1. 3. 1967); Edith Gottwald, Obertshausen (1. 3. 1967); Katharine Neff, Froschhausen (10. 2. 1967); Franz Roland Philipp Mann, Obertshausen (24. 2. 1967); Charlotte Rothamel, Darmstadt (28. 2. 1967); Edeltrud Grompe, Jügesheim (1. 3. 1967); Marie Seidenfaden, Gießen (1. 3. 1967); Erdwin Reuber, Rüsselsheim (8. 2. 1967); Georg Karl Schollmeier, Gernsheim (2. 3. 1967); Franz Kroh, Ober-Erlenbach (6. 3. 1967); Horst Kreutz, Wölfersheim (8. 3. 1967); Hannelore Hennig, Bischofsheim (1. 3. 1967); Gertrud Trost, Gießen (17. 3. 1967); Rudolf Rummer, Offenbach (22. 2. 1967); Friedrich Schmidt, Gießen (15. 3. 1967); Gertrud Weck, Rodheim (3. 3. 1967); Jutta Körner, Darmstadt (16. 3. 1967); Anne-Lore Heber, Darmstadt (15. 3. 1967); Christine Kraft, Darmstadt (16. 2. 1967); Karin Luer, Offenbach (4. 4. 1967); Rutz Schätzler, Bensheim (29. 3. 1967); Karl-Friedrich Voss, Schuldorf Bergstraße (16. 3. 1967); Else Faber, Darmstadt (15. 3. 1967); Eva Charlotte Davidson, Heppenheim (28. 3. 1967); Karla Römer, Klein-Auheim (7. 3. 1967); Margit Rauch, Gießen (3. 4. 1967); Rotraud Nold, Offenbach (8. 4. 1967); Hans Specht, Erbach (14. 3. 1967); Walter Striebeck, Langen (5. 4. 1967); Christa Schlicht-Schmetter, Großen-Buseck (29. 3. 1967); Werner Sydow, Fürth i. O. (23. 3. 1967); Marzellinus Spahn, Seligenstadt (13. 3. 1967); Werner Jung, Altenstadt (28. 3. 1967); Ute Jung, Rodenbach (28. 3. 1967); Johann Heim, Mitlechtern (23. 3. 1967); Elisabeth Szelecz, Darmstadt (6. 4. 1967); Edelgard Haupt, Ginsheim (4. 4. 1967); Anton Ditzinger, Orleshausen (12. 4. 1967); Anita Thiel, Offenbach (7. 4. 1967); Helga Sigrid Bues, Selters (12. 4. 1967); Walter Bauer, Keifenrod (12. 4. 1967); Gerhard Sawitzky, Langen (13. 4. 1967); Annegret Werner, Darmstadt (5. 4. 1967); Rosemarie Helleis, Bensheim (29. 3. 1967); Hans-Joachim Bonitz, Offenbach

(7. 4. 1967); Franz Rudolf Stingl, Ginsheim (4. 4. 1967); Annemarie Stein, Gießen (12. 4. 1967); Erich Brill, Heusenstamm (13. 4. 1967); Gisela Röhr, Neu-Isenburg (5. 4. 1967); Helmut Balzke, Langen (6. 4. 1967); Isolde Frisch, Beersfelden (12. 4. 1967); Theo Wurzel, Klein-Krotzenburg (4. 4. 1967); Imelda Baller, Viernheim (14. 4. 1967); Katharina Diehl, Lampertheim (7. 4. 1967); Rudolf Utschig, Fehlbach (13. 4. 1967); Günther Klepper, Egelsbach (17. 12. 1966); Hans Baumunk, Neckarsteinach (23. 3. 1967); Kurt Berger, Hoch-Weisel (24. 4. 1967); Irene Ban, Rüsselsheim (14. 4. 1967); Lucie Wenner, Raunheim (14. 4. 1967); Joachim Keysser, Altenhain (18. 4. 1967); Peter Warnke, Melbach (27. 4. 1967); Günter Metzger, Butzbach (26. 4. 1967); Karl Zarniko, Grünungen (17. 4. 1967); Erika Schneider, Gießen (5. 5. 1967); Irma Siebenhüner, Trebur (25. 4. 1967); Eilika Ule, Lindheim (6. 5. 1967); Ilse Joecks, Seligenstadt (25. 4. 1967); Ingemarie Warnke, Rüsselsheim (19. 4. 1967); Herbert Wambold, Rüsselsheim (20. 4. 1967); Ernst-Jörg Kiefer, Obertshausen (8. 5. 1967); Werner Döring, Gleimshain (9. 11. 1966); Josef Beilich, Alsfeld (3. 5. 1967); Günter Golka, Groß-Felda (3. 5. 1967); Werner Hostmann, Götzenhain (9. 5. 1967); Erika Elisabeth Heil, Klein-Krotzenburg (9. 5. 1967); Sigrid Otto, Offenbach (26. 5. 1967); Ingrid Höhn, Seeheim (23. 5. 1967); Manfred Reetz, Darmstadt (19. 5. 1967); Henny Ahlgrimm, Hausen (29. 11. 1966); Ursel Eichholtz, Nieder-Erlenbach (18. 5. 1967); Johannes Günther, Trösel (26. 5. 1967); Arnold Hein, Lampertheim (24. 5. 1967); Franz Höfer, Steinheim (29. 4. 1967); Margot Schuler, Urberach (30. 5. 1967);

der ehemalige Lehrer Günter Eichler, Mörfelden (4. 4. 1967);

zu **Hauptlehrern** (—) die Lehrer (BaL) Heinrich Graf, Walderstädten (18. 5. 1967); Rudolf Lutz, Garbenteich (24. 5. 1967);

zur **apl. Sonderschullehrerin** (—) die apl. Lehrerin (BaW) Heide Borck, Lampertheim (29. 3. 1967);

zum **Sonderschullehrer** (—) der Lehrer (BaL) Gottfried Sandmann, Nidda (4. 3. 1967);

zu **Sonderschullehrern/innen unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit** die apl. Sonderschullehrerinnen (BaP) Erika Pfeiffer, Großen-Linden (7. 4. 1967); Irene Wamser, Bensheim (7. 4. 1967); Gisela Marczinowski, Darmstadt (11. 5. 1967); Hannelore Löttsch, Darmstadt (28. 2. 1967); der apl. Lehrer (BaP) Otto Werner May, Rüsselsheim (28. 4. 1967);

zu **Realschullehrern/innen** (—) die Lehrer/innen (BaL) Erhard Goering, Sprendlingen (30. 1. 1967); Otto Molter, Gernsheim (17. 2. 1967); Justinus Feser, Mühlheim (25. 2. 1967); Walter Zimbrich, Dreieichenhain (31. 1. 1967); Richard Schliermann, Darmstadt (16. 3. 1967); Kurt Henes, Altenstadt (28. 3. 1967); Wilhelm Regnitz, Heppenheim (30. 3. 1967); Elfriede Eichler, Darmstadt (13. 4. 1967);

zum/zur **apl. Realschullehrer/in** (—) der/die apl. Lehrer/in (BaP) Sigrid Brahmke, Büdingen (10. 3. 1967); Helmut Rausch, Gießen (18. 5. 1967);

zu **Realschullehrern/innen unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit** die apl. Lehrer/innen (BaP) Helga Rühl, Nidda (15. 2. 1967); Erika Illig, Alsfeld (7. 4. 1967); Robert Reitz, Nieder-Ohmen (2. 5. 1967); Gerd Wege, Gießen (18. 5. 1967);

die apl. Realschullehrer/innen (BaP) Alfred Adam Zinn, Rüsselsheim (23. 1. 1967); Mechthild Sahm, Jügesheim (24. 2. 1967); Helmut Lill, Jügesheim (24. 2. 1967); Christiane Rosenow, Goddelau (14. 2. 1967); Manfred Schlosser, Schöten (4. 3. 1967); Manfred Klein, Neu-Isenburg (4. 4. 1967); Werner Heilmann, Langen (6. 4. 1967); Adolf Rudolf Purkert, Trebur (5. 4. 1967);

zu/zur **Konrektoren/in** (—) die Lehrer/in (BaL) Heinz Schneidmüller, Altenstadt (21. 12. 1966); Christoph Just, Echzell (16. 2. 1967); Philipp Kimpel, Rodheim v. d. H. (28. 4. 1967); Gertrud Lehmann, Heldenbergen (28. 4. 1967); Adolf Heißt, Darmstadt (12. 5. 1967); Helmut Springer, Offenbach (22. 5. 1967); Theodor Schneider, Offenbach (19. 5. 1967);

zu/zur **Volks- und Realschulkonrektoren/in** (—) die Lehrer/in (BaL) Joachim Hölzel, Ober-Ramstadt (27. 2. 1967); Friedrich Reeg, Höchst (18. 3. 1967); Minni Kratzsch, Friedberg (28. 4. 1967);

der Realschullehrer (BaL) Gerald Lohwasser, Allendorf a. d. Lumda (28. 2. 1967);

die Konrektoren (BaL) Richard Albert, Gießen (31. 3. 1967); Wilhelm Schneider, Gießen (7. 4. 1967);

zu **Rektoren** (—) die Hauptlehrer (BaL) Kurt Müller, Nieder-Erlenbach (21. 3. 1967); Karl-Friedrich Böhm, Groß-Bieberau (27. 2. 1967);

die Realschullehrer (BaL) Hans-Joachim Radny, Ober-Rosbach (17. 3. 1967); Kurt Müller, Nieder-Erlenbach (21. 3. 1967);

der Konrektor (BaL) August-Karl Callenberg, Rüsselsheim (22. 2. 1967);

zu **Rektoren einer Volksschule** (—) die Lehrer (BaL) Max Helmut Weber, Grebenhain (30. 12. 1966); Fritz Weber, Groß-Bieberau (31. 3. 1967);

der Konrektor (BaL) Jakob Rudolf, Darmstadt (22. 2. 1967);

zum **Rektor einer Sonderschule** (—) der Sonderschullehrer (BaL) Karl Warner, Ober-Ramstadt (17. 2. 1967);

zu **Volks- und Realschulrektoren** (—) die Rektoren (BaL) Günter Zierz, Jügesheim (28. 2. 1967); Josef Seuffert, Hausen (28. 2. 1967);

die Volks- und Realschulkonrektorin (BaL) Anna Elisabeth Volkenfeld, Viernheim (24. 2. 1967);

der Realschullehrer (BaL) Heinz Bunese, Groß-Gerau (26. 4. 1967);

der Lehrer (BaL) Wilhelm Funk, Gedern (26. 5. 1967);

in das Beamtenverhältnis auf Probe berufen

die apl. Lehrer/innen (BaW) Elke Eimer, Allendorf l.d.a. (17. 2. 1967); Gertraud Müller, Wixhausen (1. 3. 1967); Horst Balzter, Steinfurth (22. 2. 1967); Lydia Schäfer, Offenthal (20. 2. 1967); Horst Schulze, Ober-Ramstadt (22. 2. 1967); Gisela Schnellbacher, Darmstadt (22. 2. 1967); Hubert Schledt, Dieburg (21. 2. 1967); Wilfried Melchior, Bensheim (25. 1. 1967); Hans-Dieter Mori, Bad Vilbel (27. 2. 1967); Gerhard Muth, Maar (15. 2. 1967); Brigitte Hafenreffer, Darmstadt (1. 3. 1967); Karin Spöhrer, Rüdtingshausen (23. 2. 1967); Hildburg Giegerich, Darmstadt (1. 3. 1967); Brigitte Heinbrodt, Offenbach (27. 2. 1967); Eckhard Schorr, Hoch-Weisel (22. 2. 1967); Doris Martens, Weiterstadt (1. 3. 1967); Rotraut Enders, Gießen-Stadt (2. 3. 1967); Helmut Kuhn, Ginsheim (16. 1. 1967); Sieglinde Rammonat, Rüsselsheim-Königstädten (16. 1. 1967); Ursula Borner, Harheim (1. 3. 1967); Horst Hablick, Wölfersheim (1. 3. 1967); Monika Euler, Lauterbach (6. 3. 1967); Helmut Bergmann, Groß-Gerau (3. 3. 1967); Bärbel Loos, Offenbach (23. 2. 1967); Traute Kohl, Lollar (16. 2. 1967); Monika Güttner, Mühlheim (27. 2. 1967); Winfried Siegler, Darmstadt-Arheilgen (28. 2. 1967); Hildegard Rolly, Darmstadt (1. 3. 1967); Barbara Mattern, Steinbach (6. 3. 1967); Lothar Groß, Gambach (8. 3. 1967); Horst Neumann, Gambach (8. 3. 1967); Franz Klein, Lützel-Wiebelbach (1. 3. 1967); Herbert Nette, Falken-Gesäß (22. 2. 1967); Sieglinde Kunisch, Weiterstadt (13. 3. 1967); Klaus Hamel, Gelnhaar (17. 3. 1967); Helmut Zach, Rimbach, Kreis Lauterbach (20. 3. 1967); Anna Fesch, Lauterbach (20. 3. 1967); Waltraud Faltz, Grebenhain (15. 3. 1967); Ida Adele Neudeck, Groß-Karben (13. 3. 1967); Heinrich Hundertmark, Rüsselsheim (7. 3. 1967); Anneliese Elsner, Offenbach (4. 4. 1967); Norbert Haberkorn, Brauerschwend (14. 3. 1967); Erika Sauer, Pfungstadt (10. 3. 1967); Helmut Sauer, Pfungstadt (10. 3. 1967); Waltraud Lorenz, Birkenau (31. 3. 1967); Ursula Müller, Heppenheim (29. 3. 1967); Gisela Heinz, Ober-Abtsteinach (29. 3. 1967); Barbara Peter, Heppenheim (30. 3. 1967); Karlheinz Rühl, Angersbach (4. 4. 1967); Hildegunde Korthaus, Waldmichelbach (29. 3. 1967); Lothar Franz, Eppertshausen (11. 4. 1967); Helga Bernhardt, Sprendlingen (4. 4. 1967); Hans-Peter König, Rai-Breitenbach (4. 4. 1967); Ingeburg Eberhard, Sonderbach (28. 3. 1967); Rita Götz, Heppenheim (30. 3. 1967); Joachim Hoffmann, Michelbach (4. 4. 1967); Ursula Joneleit, Nieder-Roden (18. 4. 1967); Karin Wolf, Ginsheim (4. 4. 1967); Gernot Gintner, Holzheim (7. 3. 1967); Roswitha Köhler, Ober-Ohmen (6. 4. 1967); Ulrike Högy, Ockstadt (10. 4. 1967); Heike May, Treis (17. 4. 1967); Bernd Lohmann, Heidelberg (13. 4. 1967); Wolfgang Fritz, Watzemborn-Steinberg (17. 4. 1967); Karin Nehrbaß, Gießen (12. 4. 1967); Ingeburg Colmar, Klein-Umstadt (11. 4. 1967); Irmgard Kalberlah, Langen (6. 4. 1967); Karl-Heinz Reimer, Neu-Isenburg (4. 4. 1967); Anneliese Knauer, Lang-Göns (10. 4. 1967); Wilfried Zeiler, Bobenhausen (12. 4. 1967); Karl-Martin Hedrich, Ober-Gleen (11. 4. 1967); Ingrid Hohl, Groß-Gerau (14. 4. 1967); Hedwig Kahl, Pfungstadt (18. 4. 1967); Hannelore Rohmig, Pfungstadt (18. 4. 1967); Heinrich Herbst, Bobstadt (4. 4. 1967); Elisabeth Breitwieser, Bürstadt (14. 4. 1967); Waltraud Grewenig, Hofheim (28. 3. 1967); Sigrid Sollmann, Bensheim (22. 3. 1967); Edith Hoffmann, Wixhausen (19. 4. 1967); Peter Hanschke, Wölfersheim (5. 4. 1967);

1967); Hans-Günter Kilberth, Klein-Umstadt (20. 4. 1967); Margot Daub, Klein-Umstadt (19. 4. 1967); Heide Blüm, Schaaheim (24. 4. 1967); Joachim Emmerich, Nieder-Roden (24. 4. 1967); Reinhold Luft, Altenstadt (12. 4. 1967); Aurora Weingarte, Heppenheim (4. 4. 1967); Elsbeth Rückert, Homberg (21. 4. 1967); Karlheinz Lichau, Arnshain (25. 4. 1967); Dietmar Bublitz, Romrod (25. 4. 1967); Heide Koller, Offenbach (7. 5. 1967); Herbert-Heinz Schwarz, Schaaheim (24. 4. 1967); Irmgard Kolb, Groß-Zimmern (18. 4. 1967); Karl Fischer, Ober-Ramstadt (15. 4. 1967); Eveline Hrabě, Angenrod (24. 4. 1967); Christa Riedel, Dieburg (25. 4. 1967); Ute Otten, Offenbach (29. 4. 1967); Birgit Neumann, Langen (28. 4. 1967); Alfred Heinzmann, Reinheim (3. 5. 1967); Heidi Bökel, Neu-Isenburg (15. 4. 1967); Uta Pohl, Urberach (28. 4. 1967); Heinz Stockert, Rüsselsheim (18. 4. 1967); Cornelia Spengler, Rai-Breitenbach (5. 5. 1967); Wilhelm Vettel, Viernheim (28. 4. 1967); Erwin Kuna, Dietzenbach (6. 5. 1967); Friedrich Kilian, Bürstadt (14. 4. 1967); Maria-Helena Dantscher, Unter-Abtsteinach (15. 4. 1967); Heinrich Daum, Rimbach (8. 4. 1967); Manfred Schmidt, Strebendorf (2. 5. 1967); Dieter Velten, Lang-Göns (28. 4. 1967); Hans-Dieter Blau-rock, Friesheim (17. 8. 1967); Mechthild Kirchner, Nieder-Ramstadt (17. 5. 1967); Hans Peter Sehring, Langen (17. 5. 1967); Erdmute Heinrich, Groß-Bieberau (26. 5. 1967); Helmut Klink, Groß-Gerau (27. 5. 1967);

in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit berufen

die Lehrer/innen (BaP) Renate Korte, Bensheim (30. 3. 1967); Helmut Weiß, Einartshausen (4. 4. 1967); Hildegard Kneißl, Echzell (31. 3. 1967); Siegwart Rocholt, Büdingen (12. 4. 1967); Günter Schwing, Schwickartshausen (12. 4. 1967); Waltraud Wirth, Nidda (7. 4. 1967); Ilse Helms, Wal-lernhausen (31. 3. 1967); Günter Erle, Wenings (12. 4. 1967); Ulrich Kleinstück, Lumda (26. 4. 1967); Konrad Wendt, Spremlingen (3. 5. 1967); Horst Garbe, Neckarsteinach (14. 4. 1967); Werner Dörsam, Ober-Ohmen (22. 5. 1967);

in den Ruhestand versetzt (mit Ablauf des Monats)

die Lehrer/innen (BaL) Herta Bauer, Höchst (Mai 1967); Anton Issel, Schwabenrod (Febr. 1967); Herbert Stabenau, Groß-Felda (März 1967); Kurt Weichert, Homberg (April 1967); Margarete Elisabeth Schmidt, Bauschheim (März 1967); Günter Ehmke, Darmstadt (Mai 1967); Bertel Schmidt, Wersau (Mai 1967);

die Realschullehrerin (BaL) Herta Rudolf, Goddelau (Mai 1967);

die Sonderschullehrerin (BaL) Käthe Noerenberg, Arnshain (Nov. 1966);

der Hauptlehrer (BaL) Martin Frank, Kirschhausen (März 1967);

entlassen (mit Ablauf des Monats)

die apl. Lehrerinnen (BaW) Trude Gremm, Pfungstadt (März 1967); Barbara Schmeier, Fehlheim (15. 4. 1967); Hedwig Groß, Heusenstamm (April 1967); Elisabeth Klein, Langenbergheim (März 1967); Maria Margarete Dach, Fürth (28. 5. 1967);

die apl. Lehrer/innen (BaP) Anna Luise Rödl, Gustavs-burg (Febr. 1967); Ingrid Weber, Lampertheim (19. 1. 1967); Renate Ullmann, Pfungstadt (15. 1. 1967); Hildegard Mor-weiser, Bensheim (Febr. 1967); Ingeborg Schindler, Pfungstadt (15. 2. 1967); Helmut Georg Schütz, Rüsselsheim (April 1967); Friederike Wiesmeier, Ruttershausen (März 1967); Marianne Dietrich, Biebesheim (24. 5. 1967);

die Sonderschullehrerin (BaL) Hildegard Schmidt, Offenbach (Dez. 1966);

die Lehrerin (BaL) Käthe Specht, Hiltersklungen (Febr. 1967);

die apl. Realschullehrerin (BaW) Erika Bratfisch, Ober-Ramstadt (Febr. 1967);

die apl. Realschullehrerin (BaP) Inge Nick, Darmstadt (März 1967);

der Oberregierungsschulrat (BaL) Ernst Türk, Darmstadt (4. 5. 1967).

Höhere Schulen

ernannt

zu Studienassessoren/innen unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe die Assessoren/innen im Lehramt (BaW) Anna Martha Boetius, Langen (22. 12. 1966); Herbert Pauschardt, Bad-Nauheim (16. 1. 1967); Helmut Heide, Friedberg (16. 1. 1967); Dieter Breidenbach, Büdingen (19. 12. 1966); Manfred Hofmann, Hungen (9. 1. 1967); Magdalene

Heintz, Gießen (16. 1. 1967); Gerhard Grein, Gießen (17. 1. 1967); Mechthild Ahlborn, Friedberg (16. 1. 1967); Gertraude Mayer, Darmstadt (21. 12. 1966); Erich Karl Weber, Alsfeld (28. 1. 1967); Kira Pawlowsky, Friedberg (16. 1. 1967); Christine Marschall, Friedberg (16. 1. 1967); Dr. Manfred Groß, Rüsselsheim (25. 11. 1966); Hanne Müller-Arnke, Spremlingen (16. 1. 1967); Gerd Egloff, Darmstadt (5. 4. 1967); Wiebke Egarter, Friedberg (31. 3. 1967); Johann Schwanzer, Rüsselsheim (4. 4. 1967); Wilhelm Schwarz, Friedberg (4. 4. 1967); Dieter Kühn, Butzbach (4. 4. 1967); Ursula Hornung, Offenbach (31. 3. 1967); Klara Neeb, Gießen (19. 4. 1967); Ingeborg Koester, Darmstadt (12. 4. 1967); Jürgen Hornung, Mühlheim/Main (6. 4. 1967); Hans Ramge, Darmstadt (4. 4. 1967); Gerhard Espenner, Viernheim (21. 4. 1967); Klemens Borkowski, Spremlingen (10. 4. 1967); Elisabeth Bratner, Rüsselsheim (7. 4. 1967); Erika Bredella, Neu-Isenburg (5. 4. 1967); Horst Kuhlmann, Gießen (13. 4. 1967); Karl-Otto Spruck, Gießen (19. 4. 1967); Heinz-Günter Neumann, Büdingen (25. 4. 1967); Christine Müller, Friedberg (25. 4. 1967); Ursula Liegener, Groß-Gerau (19. 4. 1967); Paul Krüger, Gießen (25. 4. 1967); Gerhard Krüger, Langen (20. 4. 1967); Dr. Gerhard Eisel, Gießen (13. 4. 1967); Heinrich Droste, Spremlingen (10. 4. 1967); Dr. Wolfgang Geiger, Friedberg (31. 3. 1967); Gerd Haus, Rüsselsheim (31. 3. 1967); Karl-Heinz Debusmann, Rüsselsheim (31. 3. 1967); Anna-Margarete Wolf, Friedberg (20. 4. 1967); Ingrid Altmann, Gießen (4. 4. 1967); Margret Hemmer, Neu-Isenburg (7. 4. 1967); Lilly Benz, Darmstadt (17. 1. 1967); Eva Schimmelpfeng, Groß-Gerau (10. 4. 1967); Albrecht Schmidt, Rüsselsheim (1. 4. 1967); Wilfried Schwenk, Rüsselsheim (4. 4. 1967); Manfred Schmitt, Darmstadt (4. 4. 1967); Dr. Volkmar Stein, Büdingen (4. 4. 1967); Hildegard Fischer, Büdingen (4. 4. 1967); Kurt Heyne, Gießen (4. 4. 1967); Ingeborg Wetzel, Friedberg (13. 4. 1967); Gottfried Zimmer, Bad-Nauheim (20. 4. 1967); Peter Schwarz, Lauterbach (26. 4. 1967); Gerhard Sperling, Butzbach (13. 4. 1967); Paul Schäfer, Rüsselsheim (13. 4. 1967); Martin Hilgenfeld, Darmstadt (6. 4. 1967); Brockmeier, Margitta, Darmstadt (4. 4. 1967); Maria Elisabeth Metternich, Gernsheim (25. 4. 1967); Oskar Bauer, Darmstadt (12. 4. 1967); Walter Kostron, Friedberg (11. 4. 1967); Hannelore Greschat, Dieburg (12. 4. 1967); Manfred Ossig, Rüsselsheim (4. 4. 1967); Ingrid Ludewig, Gießen (4. 4. 1967); Gerhard Rau, Butzbach (4. 4. 1967); Hans-Jochen Wittich, Neu-Isenburg (7. 4. 1967); Gagel, Ute, Gießen (4. 4. 1967); Wolfgang Breitwieser, Michelstadt (19. 4. 1967); Marie Elisabeth Schupp, Heppenheim (26. 4. 1967); Edelgard Hohmann, Mühlheim (19. 4. 1967); Gudrun Neumann, Rüsselsheim (5. 4. 1967); Wilhelm Riedel, Darmstadt (11. 4. 1967); Hermann Ingebrand, Heusenstamm (21. 4. 1967); Rudolf Nold, Offenbach/Main (25. 4. 1967); Elmar Felber, Gießen (15. 4. 1967); Klaus Hillingshäuser, Offenbach/Main (20. 4. 1967); Günter Schäfer, Darmstadt (8. 4. 1967); Artur Prosig, Offenbach/Main (26. 4. 1967); Peter Rüttimann, Seligenstadt (25. 4. 1967); Wittich Rosenow, Rüsselsheim (26. 4. 1967); Rudolf Richter, Gießen (13. 4. 1967); Günter Sternal, Mühlheim/Main (24. 4. 1967); Rudolf Ritz, Spremlingen (4. 4. 1967); Blißger Stock, Mühlheim/Main (24. 4. 1967); Baldur Gabriel, Groß-Gerau (19. 4. 1967); Siegfried Josupeit, Gernsheim (19. 4. 1967); Ilse Rosenow, Rüsselsheim (25. 4. 1967); Klaus Ochs, Gießen (25. 4. 1967); Annegrete Fornoff, Darmstadt (18. 4. 1967); Hans-Joachim Walter, Offenbach/Main (26. 4. 1967); Gisela Plötz, Rüsselsheim (26. 4. 1967); Günter Baumann, Groß-Gerau (19. 4. 1967); Horst Wild, Heusenstamm (22. 4. 1967); Hans-Jürgen Welge, Groß-Gerau (19. 4. 1967); Roland Thrän, Gießen (13. 4. 1967); Giso Sonntag, Darmstadt (8. 4. 1967); Klaus-Gerd Dennhardt, Bensheim (5. 5. 1967); Armin Ebbing, Offenbach/Main (20. 4. 1967); Helmut Weis, Gernsheim (19. 4. 1967); Hansjörg Friedrich, Langen (19. 4. 1967); Sieglinde Droste, Langen (19. 4. 1967); Dieter Allgaier, Bad Vilbel (20. 4. 1967); Gerd-Jochen Walgarth, Langen (24. 4. 1967); Gisela Welge, Groß-Gerau (28. 4. 1967); Edith Brecht, Beerfelden (19. 4. 1967);

zur Oberschullehrerin unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit die apl. Oberschullehrerin (BaP) Hildegard Jaenichen, Groß-Gerau (6. 5. 1967);

zu Studienräten/rätinnen unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit die Studienassessoren/innen (BaP) Hartmut Harreß, Offenbach/Main (22. 2. 1967); Paul Lutz, Gernsheim (22. 2. 1967); Margareta Träger, Offenbach/Main (2. 1. 1967); Theodor Foß, Nidda (17. 2. 1967);

Eva Bogon, Offenbach/Main (22. 2. 1967); Otto Bickel, Friedberg (23. 3. 1967); Werner Bücken, Friedberg (29. 3. 1967); Annemarie Heß, Waldmichelbach/Odw. (18. 2. 1967); Friedrich Lindemann, Gießen (21. 2. 1967); Günter Lehmann, Schotten (18. 2. 1967); Robert Maushagen, Grünberg (21. 2. 1967); Hans Kurt Luh, Butzbach (21. 2. 1967); Wolfgang Friedrich, Offenbach/Main (22. 2. 1967); Helmut Wegner, Gernsheim/Rh. (22. 2. 1967); Harald Walter, Gernsheim/Rh. (22. 2. 1967); Rudolf Fontagnier, Viernheim (27. 2. 1967); Roswitha Ehrhardt, Waldmichelbach/Odw. (18. 2. 1967); Uta Clarius, Gießen (24. 2. 1967); Horst Wassel, Gießen (22. 2. 1967); Günter Schwarz, Darmstadt (4. 4. 1967); Gerhard Schiener, Seligenstadt (25. 3. 1967); Johannes Wulff, Butzbach (22. 2. 1967); Ursula Lindworsky, Heppenheim (4. 4. 1967); Gerhard Myers, Groß-Bieberau (28. 3. 1967); Karl Heinz Mayer, Neu-Isenburg (31. 3. 1967); Rainer Högy, Gießen (23. 2. 1967); Hans-Joachim Müller, Butzbach (23. 2. 1967); Reinhard Ostwald, Büdingen (18. 4. 1967); Friedrich Wilhelm Weiß, Bensheim (4. 4. 1967); Günther Knetisch, Seligenstadt (25. 3. 1967); Jutta Köhn, Darmstadt (30. 3. 1967); Johann Gölzhäuser, Rüsselsheim (19. 4. 1967); Michael Dörr, Heppenheim (4. 4. 1967); Georg Storch, Darmstadt (22. 4. 1967); Willi Fischer, Darmstadt (4. 4. 1967); Klaus Hagenstein, Offenbach/Main (23. 3. 1967); Hans-Jürgen Schäfer, Darmstadt (4. 4. 1967); Friedrich Schickedanz, Sprendlingen (4. 4. 1967); Karl-Heinz Pfeiffer, Sprendlingen (4. 4. 1967); Karl Steinacker, Friedberg (5. 5. 1967); Manfred Fischer, Laubach (23. 2. 1967); Wolfram Liepelt, Darmstadt (1. 4. 1967); Martin Hahn, Darmstadt (30. 3. 1967); Rudolf Müller, Darmstadt (4. 4. 1967); Ferdinand Bornemann, Dieburg (23. 3. 1967); Erika Clemens, Seligenstadt (25. 3. 1967); Werner Klepzig, Büdingen (18. 4. 1967); Wolfgang Kümmel, Gießen (4. 4. 1967); Siegfried Markwart, Seeheim (22. 4. 1967); Ekkehard Haben, Seeheim (22. 4. 1967); Alfons Hoffmeister, Seligenstadt (25. 3. 1967); Franz Huber, Groß-Umstadt (22. 4. 1967); Dr. Rudolf Becker, Darmstadt (19. 4. 1967); Claus Rühl, Bensheim (4. 4. 1967); Gerhard Czermak, Offenbach (28. 3. 1967); Hermann Degenhardt, Lauterbach (3. 4. 1967); Bärbel Herr, Gießen (20. 4. 1967); Armin Vonderheid, Gießen (24. 4. 1967); Hansjörg Bühler, Darmstadt (3. 4. 1967); Wilhelm Kühler, Gießen (3. 4. 1967); Günter Scheerer, Heppenheim (24. 5. 1967); Lothar Walgarth, Darmstadt (21. 4. 1967); Josef Hach, Groß-Bieberau (28. 3. 1967);

zur Studienrätin (—) Die Oberschullehrerin (BaL) Dorothea Malkow, Büdingen (24. 1. 1967);

zu Oberstudienräten/rätinnen (—) Die Studienräte/rätinnen (BaL) Hans Besthorn, Nidda (31. 8. 1966); Dr. Wolfgang Wittkowski, z. Z. Auslandsschuldienst Ohio/USA (12. 12. 1966); Dr. Wolfgang Griegel, Laubach (27. 2. 1967); Elfriede Ahbe, Bensheim (25. 2. 1967); Renate Schmidt, Darmstadt (29. 10. 1967); Rudolf Knittel, Offenbach (23. 3. 1967); Horst Lochhaas, Darmstadt (21. 4. 1967); Dr. Herwig Ströher, Gießen (30. 3. 1967); Gerhard Neeb, z. Z. Auslandsschuldienst Kairo (28. 11. 1966); Luise König, Darmstadt (26. 8. 1966); Horst Braun, Darmstadt (4. 4. 1967);

zum Studiendirektor (—) der Oberstudienrat (BaL) Helmut Freudel, Sprendlingen (13. 2. 1967);

in den Ruhestand versetzt (mit Ablauf des Monats) die Oberstudienrätin (BaL) Anna Schütte, Gernsheim (Januar 1967);

entlassen (mit Ablauf des Monats)

der/die Studienassessor/innen (BaP) Ingrid Schiffler, Mühlheim/M. (Februar 1967); Inge Niggeling, Rüsselsheim (März 1967); Marianne Heise, Gießen (21. 4. 1967); Ingrid Dieterle, Offenbach/M. (April 1967); Maria Elisabeth Kalz, Gießen (Mai 1967); Doris Heuer, Gießen (Juli 1967); Dietrich Heuer, Gießen (Juli 1967);

die Studienrätinnen (BaL) Ursula Kroth, Offenbach/M. März 1967; Doris Lindenberger, Bensheim (16. 5. 1967);

Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen

ernannt

zum Regierungsinspektor (—) der Regierungshauptsekretär (BaL) Friedrich Keitzer, Lauterbach (29. 11. 1966);

zu Lehrwerkmeistern zur Anstellung unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe die Lehrwerkmeister im Angestelltenverhältnis Harald Nissen, Darmstadt (17. 3. 1967); Fritz Becken, Darmstadt (17. 3. 1967); Hans-Jürgen Römer, Gießen (1. 3. 1967);

zu Studienassessoren/innen unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe die Assessoren/innen im Lehramt (BaP) Siegfried Babion, Darmstadt (16. 1. 1967); Heike Karin Leskow, Darmstadt (2. 3. 1967); Anneliese Geiß, Büdingen (3. 3. 1967); Wolfgang Müller, Butzbach (17. 3. 1967); Franz Kiermeier, Rüsselsheim (14. 3. 1967); Ulrich Beutenmüller, Darmstadt (2. 3. 1967); Hildegard Huppert, Hausen (17. 3. 1967); Walter Fuchs, Sprendlingen (17. 3. 1967); Gisela Schulze, Darmstadt (10. 3. 1967); Adolf Lang, Alsfeld (31. 3. 1967); Werner Frank, Offenbach (4. 4. 1967); Heide Lasi, Nidda (4. 4. 1967); Harald Schuler, Darmstadt (14. 3. 1967); Hermann Schoppe, Offenbach (4. 4. 1967); Hans Schaub, Büdingen (16. 3. 1967);

zu Studienräten/rätinnen unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit die Studienassessor/innen (BaP) Gisela Ohlgründer, Darmstadt (16. 1. 1967); Horst Sauer, Bensheim (24. 2. 1967); Christa Döge, Darmstadt (24. 4. 1967); Fritz Grimminger, Butzbach (10. 3. 1967); Karl-Werner Fuhrmann, Offenbach (2. 3. 1967); Otto Heinz Gerhard, Gießen (23. 2. 1967); Manfred Grüner, Lauterbach (21. 2. 1967); Heinrich Roth, Dieburg (10. 3. 1967); Heinz Seibert, Darmstadt (5. 4. 1967); Lothar Koschig, Darmstadt (7. 4. 1967);

zur Studienrätin (—) die Fachschuloberlehrerin (BaL) Irmgard Gutfreund, Darmstadt (27. 4. 1967);

zu Oberstudienräten/rätinnen (—) die Studienräte/rätinnen (BaL) Heinz Jung, Darmstadt (14. 3. 1967); Wilhelm Voelcker, Darmstadt (16. 1. 1967); Wolfgang Scriba Büdingen (21. 2. 1967); Egon Thormann, Groß-Gerau (10. 3. 1967); Erna Freibisch, Gießen (19. 4. 1967); Edith Krüger, Gießen (28. 4. 1967);

zu Oberstudiendirektoren (—) der Oberstudienrat (BaL) Lothar Surkau, Gießen (28. 4. 1967); der Studienrat (BaL) Rolf Großmann, Groß-Gerau (12. 4. 1967);

in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit berufen die Fachlehrerin (BaP) Sophie Müller, Groß-Gerau (6. 2. 1967);

in den Ruhestand versetzt (mit Ablauf des Monats) die Fachschuloberlehrerin (BaL) Elisabeth Klingenberg, Darmstadt (März 1967);

die Fachlehrerin (BaL) Julia Uwe, Offenbach (Dez. 1966); der/die Oberstudienrat/rätinnen (BaL) Helene Weiß, Gießen (Juli 1967); Hertha Bursian, Offenbach (Febr. 1967); Heinz Kaiser, Bad-Nauheim (Juli 1967); Dr. Marie Klee, Darmstadt (Juli 1967).

Darmstadt, 16. 6. 1967

Der Regierungspräsident

II 1a — 71 07 (1)

StAnz. 27/1967 S. 797

im Grund-, Haupt- und Realschuldienst des Reg.-Bez. Kassel ernannt

zum Volks- und Realschullehrer Realschullehrer Gerhard Hagedorn, Homberg (26. 5. 1967);

zum Rektor Hauptlehrer Hubert Mahr, Mittelkalbach, LK Fulda (29. 4. 1967);

zur Rektorin Lehrerin Margarete Kristl, Borken, LK Fritzlar-Homberg (22. 5. 1967);

zur Realschulkonrektorin Realschullehrerin Gertrud Christ, Kirchhain, LK Marburg (27. 4. 1967);

zum Konrektor die Lehrer Karl Welteke, Adorf, LK Waldeck (18. 5. 1967); Friedrich Trost, Zierenberg, Landkrs. Wolfhagen (23. 5. 1967);

zum Realschullehrer die Lehrer Woldemar Conradi, Marburg a. d. L. (28. 4. 1967); Hans Müller, Baunatal, LK Kassel (12. 5. 1967);

zum Realschullehrer (BaL) apl. Realschullehrer Uwe Schmidt, Ziegenhain (24. 5. 1967);

zum apl. Sonderschullehrer (BaP) apl. Lehrer Helmut Schmidt, Fulda (11. 5. 1967);

zum apl. Sonderschullehrer die apl. Lehrer (BaW) Ernst Heide, Kassel (3. 5. 1967); Harmut Grünwald, Rotenburg a. d. F. (11. 5. 1967); Herbert Danz, Sontra, Landkrs. Rotenburg (17. 5. 1967);

zur apl. Realschullehrerin (BaP) Hilde Naglik, Kassel (20. 4. 1967);

zum apl. Realschullehrer bzw. zur apl. Realschullehrerin (BaW) Doris Meyer, Stadt Allendorf, LK Marburg (24. 4. 1967); Petra Hassiepen, Spangenberg, LK Melsungen (17. 4. 1967); Herbert Bonn, Kassel (8. 5. 1967);

zum **apl. Lehrer bzw. zur apl. Lehrerin (BaW)** Rosemarie Krakowsky, Eschenstruth, LK Kassel (24. 4. 1967); Ralf Löber, Guxhagen, LK Melsungen (29. 4. 1967); Hansjörg Albrecht, Frankenberg/E. (28. 3. 1967); Heidi Meyer, Großfelden, LK Marburg (7. 3. 1967);

zum **Lehrer bzw. zur Lehrerin (BaL)** die apl. Lehrer(innen) Fritz Wilhelm Strack, Gensungen, LK Melsungen (3. 5. 1967); Irmtraud Geldbach, Röddenau, LK Frankenberg (27. 4. 1967); Armgart von Usler-Gleichen, Kassel (28. 4. 1967); Sigrid Most, Kassel (3. 5. 1967); Irmhild Brunst, Kassel (3. 5. 1967); Hannelore Brandau, Orferode, LK Witzenhausen (5. 5. 1967); Herbert Schäfer, Kassel (3. 5. 1967); Dorothea Ricken, Lütter, LK Fulda (25. 4. 1967); Karl Thomas, Korbach (26. 4. 1967); Pia Filke, Niederaula, LK Hersfeld (8. 5. 1967); Hannelore Raßner, Wernswig, LK Fritzlar-Homburg (25. 4. 1967); Gerda Tschampel, Fürstenhagen, Landkrs. Witzenhausen (1. 6. 1967); Oskar Nau, Kleinlöder, Landkrs. Fulda (11. 5. 1967); Theresia Schüller, Homburg (17. 5. 1967); Roswitha Sausmikat-Leonhardt, Wetzlos, LK Hünfeld (18. 5. 1967); Maria Menzel, Wüstensachsen, LK Fulda (17. 5. 1967); Manfred Weißgerber, Oedelsheim, LK Hofgeismar (22. 5. 1967); Horst Müller, Vaake, LK Hofgeismar (22. 5. 1967); Paul Wolff, Obervorschütz, LK Fritzlar-Homburg (24. 5. 1967); Christa Weiß, Wölfershausen, LK Hersfeld (26. 5. 1967);

in das Beamtenverhältnis auf Probe berufen

die apl. Lehrer(innen) Helmut Schreier, Landefeld, LK Melsungen (26. 4. 1967); Waltraud Lacher, Eschwege (3. 5. 1967); Johanna Rehwald, Netra, LK Eschwege (27. 4. 1967); Ursula Schwarz, Eschwege (3. 5. 1967); Günther Schmidt, Nentershausen, LK Rotenburg (5. 5. 1967); Sabine Schmalenberg, Calden, LK Hofgeismar (28. 4. 1967); Horst Schädla, Naumburg, LK Wolfhagen (3. 5. 1967); Karl-Heinz Richter, Flieden, LK Fulda (27. 4. 1967); Helmut Kördel, Niederkaufungen, LK Kassel (8. 5. 1967); Hans-Joachim Siegl, Wattenbach, LK Kassel (8. 5. 1967); Edith Haase, Bebra, LK Rotenburg (5. 5. 1967); Ilse Orthwein, Petersberg, LK Fulda (28. 4. 1967); Monika Eckelmann, Wellerode, LK Kassel (11. 5. 1967); Ingeborg Dippel, Baunatal, LK Kassel (11. 5. 1967); Rosemarie Althans, Sandershausen, LK Kassel (11. 5. 1967); Karl-Willi Dietz, Battenberg, LK Frankenberg (10. 5. 1967); Wolfgang Kistner, Hess. Lichtenau, LK Witzenhausen (18. 5. 1967); Brigitte Klink, Wendershausen, LK Witzenhausen (17. 5. 1967); Norbert Decker, Bronnzell, LK Fulda (11. 5. 1967); Heidrun Reisse, Ihringshausen, LK Kassel (18. 5. 1967); Maria-Theresia Tippelt, Baunatal, LK Kassel (18. 5. 1967); Wilfried Zimmermann, Oberkaufungen, LK Kassel (11. 5. 1967); Sieglinde Werner, Holzhausen, LK Hofgeismar (22. 5. 1967); Christel Krombholz, Schweinsberg, LK Marburg (22. 5. 1967); Karin Dahler, Moisch, LK Marburg (22. 5. 1967); Hildburg Kindl, Ronshausen, LK Rotenburg (22. 5. 1967); Karl-Heinz Völke, Eschwege (22. 5. 1967); Gertrudis Mostert, Homburg (23. 5. 1967); Heike Lehmann, Ramsbach, LK Hersfeld (24. 5. 1967); Gerda Arnold, Kirchheim, LK Hersfeld (23. 5. 1967); Wilfried Stahl, Frebershausen, LK Waldeck (19. 5. 1967); Christa Okrent, Battenberg, LK Frankenberg (20. 5. 1967); Heinrich Kruse, Weidenhausen, LK Eschwege (26. 5. 1967); Joachim Hepp, Battenberg, LK Frankenberg (20. 5. 1967); Margret Desselberger, Battenberg, LK Frankenberg (22. 5. 1967); Günther Lehmann, Bergfreiheit, LK Waldeck (19. 5. 1967); Volker Wimmer, Philippsthal, LK Hersfeld (24. 5. 1967); die apl. Sonderschullehrerin Eleonore Meyer, Fulda (26. 5. 1967);

in den Ruhestand versetzt

Lehrer Wilhelm Mühlhausen, Wermertshausen, LK Marburg (1. 6. 1967);

entlassen

die apl. Lehrerinnen Ursula Mikosch, Heskem, LK Marburg (1. 6. 1967); Ursula Winckler, Roda, LK Frankenberg (30. 4. 1967); Gisela Kyrieles, Bad Wildungen, LK Waldeck (1. 6. 1967); Ingeborg Borschel, Witzenhausen (20. 6. 1967); Inge Wimmer, Philippsthal, LK Hersfeld (15. 5. 1967); Helga Bulke, Mardorf, LK Marburg (14. 6. 1967); die Lehrerin Margot Groth, Kassel (1. 6. 1967); apl. Lehrer Arno Rost, Korbach (1. 6. 1967);

im höheren Schuldienst

ernannt

zum Studienrat bzw. zur Studienrätin (BaL) die Stud.-Assess. Otto Richardt, Kassel (6. 5. 1967); Kurt Holdinghausen, Marburg a. d. L. (8. 5. 1967); Johannes Hennesen,

Hünfeld (27. 5. 1967); Walter Heeres, Rotenburg a. d. F. (26. 5. 1967); Hans-Joachim Gutsche, Bad Hersfeld (26. 5. 1967); Walther Frisch, Fulda (26. 5. 1967); Erika Dietzel, Kassel (27. 5. 1967); Dieter Euteneuer, Oberuff (26. 5. 1967); Hans Hölk, Arolsen (26. 5. 1967); Horst Hauschild, Homburg (29. 5. 1967); Diether Paar, Homburg (30. 5. 1967); Burkard Tuschling, Marburg a. d. L. (5. 5. 1967); Karl Horst, Korbach (27. 5. 1967);

zum Studienassessor bzw. zur Studienassessorin (BaP) die Assessoren(innen) im Lehramt Hans Jürgen Wepler, Hofgeismar (29. 4. 1967); Dieter Hampel, Melsungen (24. 5. 1967); Ludwig Lachmann, Treysa (26. 5. 1967); Barbara Krüger, Steinatal (27. 5. 1967); Wilhelm May, Treysa (27. 5. 1967); Armin Wipprecht, Kassel (29. 5. 1967); Wiltrud Dettmering, Kirchhain (29. 5. 1967); Werner Arnold, Treysa (30. 5. 1967); Berthold Daut, Treysa (30. 5. 1967); Otto Gerecht, Hofgeismar (27. 5. 1967); Christel Jarecki, Treysa (30. 5. 1967); Renate Meyer-Olbersleben, Bad Wildungen (29. 5. 1967); Irene Pilger, Korbach (30. 5. 1967); Eleonore Rigel, Korbach (30. 5. 1967); Rudi Steinbrecher, Hofgeismar (27. 5. 1967); Michael Wiskemann, Kassel (30. 5. 1967); Dieter Wohlenberg, Treysa (30. 5. 1967); Christa Berger, Korbach (30. 5. 1967);

im Berufs-, Berufsfach- und Fachschuldienst

ernannt

zur Oberstudienrätin die Studienrätin Hildegard Schürmann, Kassel (22. 5. 1967);

zum Studienreferendar (BaW) die Dipl.-Volkswirte Horst Haberland, Eschwege (1. 6. 1967); Roland Pilz, Kassel (1. 6. 1967);

zum Assessor im Lehramt (BaW) Dipl.-Handelslehrer Wolfgang Polzer, Fritzlar (26. 5. 1967);

zum Studienassessor (BaP) die Assess. im Lehramt Paul Wilhelm Grauel, Frankenberg/E. (29. 5. 1967); Heinrich Wiederhold, Frankenberg/E. (30. 5. 1967);

zum Studienrat (BaL) Stud.-Assess. Ulrich Blum, Melsungen (6. 5. 1967);

im Grund-, Haupt- und Realschuldienst des Reg.-Bez. Kassel

ernannt

zum Rektor Lehrer Eduard Fischer, Volkmarsen, LK Wolfhagen (13. 4. 1967);

zum Hauptlehrer Lehrer Wolfgang Pitz, Niederweimar, LK Marburg (17. 4. 1967);

zum Realschullehrer die Lehrer Eberhard Schakowski, Fulda (4. 4. 1967); Erwin Möller, Fulda (25. 4. 1967);

zum apl. Realschullehrer apl. Lehrer (BaP) Wolfgang Strunz, Fulda (6. 4. 1967);

zum Lehrer bzw. zur Lehrerin (BaL) die apl. Lehrer(innen) Eberhard Greinert, Großlöder, LK Fulda (30. 3. 1967); Walter Schmidt, Fulda (4. 4. 1967); Gisela Bindmann, Obermeiser, LK Hofgeismar (22. 3. 1967); Werner Bindmann, Obermeiser, LK Hofgeismar (6. 4. 1967); Margot Höffler, Rhoden, LK Waldeck (5. 4. 1967); Gertrud Bähr, Gemünden, LK Frankenberg (10. 4. 1967); Manfred Landgrebe, Trendelburg, LK Hofgeismar (12. 4. 1967); Ingrid Junghans, Zweiten, LK Fritzlar-Homburg (21. 4. 1967);

zum apl. Lehrer bzw. zur apl. Lehrerin (BaW) Gerhard Lerch, Reichensachsen, LK Eschwege (23. 2. 1967); Helga Thiele, Weidenhausen, LK Eschwege (13. 3. 1967); Reinhard Wagner, Friedlos, LK Hersfeld (8. 2. 1967); Eduard Schmid, Battenberg, LK Frankenberg (17. 4. 1967); Walter Wittka, Heringen, LK Hersfeld (27. 9. 1966);

zum apl. Fachlehrer bzw. zur apl. Fachlehrerin (BaW) Werner Krombholz, Pilgerzell, LK Fulda (15. 3. 1967); Doris Lill, Stadt Allendorf, LK Marburg (5. 4. 1967);

in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit berufen

Realschullehrerin Irmtraud Drescher, Melsungen (28. 4. 1967);

in das Beamtenverhältnis auf Probe berufen

die apl. Lehrer(innen) Wilhelm Haupt, Heskem, LK Marburg (7. 4. 1967); Christa Wagner, Wölfershausen, LK Hersfeld (10. 4. 1967); Roswitha Wege, Kassel (6. 4. 1967); Reinhard Oswald, Calden, LK Hofgeismar (12. 4. 1967); Karin Kunze, Frielendorf, LK Ziegenhain (12. 4. 1967); Georg Kindl, Ronshausen, LK Rotenburg (14. 4. 1967); Lydia Duncan, Kassel (26. 4. 1967); Renate Lüdemann, Müs, LK Fulda (25. 4. 1967); Elmar Frank, Fulda (25. 4. 1967); Gud-

run Keßler, Treysa, LK Ziegenhain (20. 4. 1967); Agnes Rapp, Kassel (26. 4. 1967); Wolfgang Heddrich, Laudenbach, LK Witzenhausen (27. 4. 1967); Heidi Eilers, Frielendorf, LK Ziegenhain (24. 4. 1967); Heribert Schmitt, Hosenfeld, LK Fulda (25. 4. 1967); Brunhild Strehlow, Kassel (26. 4. 1967); Helmut Bolz, Datterode, LK Eschwege (24. 4. 1967); Sigrid Leuschner, Sontra, LK Rotenburg (24. 4. 1967); Monika Kaiser, Philippsthal, LK Hersfeld (2. 2. 1967); Hiltraud Reckmann, Grifte, LK Fritzlar-Homberg (27. 4. 1967); Herbert Ziegler, Niederjossa, LK Hersfeld (27. 4. 1967); Albert Lomb, Oberbimbach, LK Fulda (4. 4. 1967); Hildegund Schmitt, Fulda (4. 4. 1967); Annemarie Weber, Mahlerts, LK Fulda (31. 3. 1967); Horst Miltner, Mansbach, LK Hünfeld (6. 4. 1967); Ute Weihe, Mansbach, LK Hünfeld (6. 4. 1967); Manfred Ammer, Mengerlinghausen, LK Waldeck (5. 4. 1967);

in den Ruhestand versetzt

Lehrerin Maria Trusheim, Ziegenhain (1. 5. 1967); die Lehrer Karl Achberger, Kassel (1. 5. 1967); Franz Albrecht, Niederklein, LK Marburg (1. 5. 1967); Harald Helbing, Elgershausen, LK Kassel (1. 6. 1967);

entlassen

die Lehrerinnen Renate Beinhauer, Malsfeld, LK Melsungen (1. 5. 1967); Marie-Luise Hiestermann, Schemmern, LK Eschwege (16. 4. 1967);

die apl. Lehrerinnen Doris Molsen, Witzenhausen (1. 5. 1967); Renate Schaefer, Goßfelden, LK Marburg (1. 5. 1967); Ursula Kober, Homberg (1. 12. 1967); Eva Islei, Unterriden, LK Witzenhausen (18. 4. 1967); Ingeborg Kovács, Kerspenhausen, LK Hersfeld (1. 5. 1967)

die apl. Fachlehrerin Krista Rösel, Rotenburg a. d. F. (15. 4. 1967);

die Lehrkräfte im Angest.-Verh. Ruth Fähnrich, Kassel (1. 5. 1967); Luise Kropf, Wrexen, LK Waldeck (1. 8. 1967);

im höheren Schuldienst

ernannt

zum Oberstudienrat bzw. zur Oberstudienrätin die Studienräte(innen) Dieter Tauthus, Wolfhagen (14. 4. 1967); Georg Koch, Hess. Lichtenau (27. 4. 1967); Dr. Charlotte Tschinbel, Hilders (27. 4. 1967); Karl-Heinz Kestler, Kassel (28. 4. 1967); Emilie Hohmann, Marburg a. d. L. (27. 4. 1967); Gertrud Podelhl, Korbach (29. 4. 1967);

zum Studienrat (BaL) die Stud.-Assessoren Heinrich Groß, Marburg a. d. L. (17. 4. 1967); Dr. Ernst Günther Buchmann, Marburg a. d. L. (24. 4. 1967); Gerhard Söhngen, Marburg a. d. L. (24. 4. 1967); Hans-Georg Kirhlies, Marburg a. d. L. (22. 4. 1967); Ludwig Hochgeschreuder, Hofgeismar (6. 4. 1967); Diethard Wagner, Kassel (7. 4. 1967); Eckhard Verbeek, Marburg a. d. L. (4. 4. 1967); Christian Iffert, Bad Sooden-Allendorf (22. 4. 1967);

zum Studienassessor bzw. zur Studienassessorin (BaP) die Assessoren(innen) im Lehramt Alke Schrader, Fritzlar (10. 4. 1967); Helmut Wilke, Frankenberg (10. 4. 1967); Margrit Lindenborn, Melsungen (11. 4. 1967); Edith Hanke, Kassel (8. 4. 1967); Oskar Goebel, Fulda (7. 4. 1967); Hans-Jürgen Storch, Kassel (10. 4. 1967); Helga Pritsch, Bad Hersfeld (10. 4. 1967); Doris Diegelmann, Bad Hersfeld (10. 4. 1967); Rosemarie Haase, Bad Hersfeld (10. 4. 1967); Ingo Döring, Rotenburg a. d. F. (8. 4. 1967); Klaus Würzner, Rotenburg a. d. F. (6. 4. 1967); Hans-Peter Wagner, Arolsen (8. 4. 1967); Peter Worm, Eschwege (6. 4. 1967); Reinhold Schäfer, Fulda (6. 4. 1967); Ernst Schlochow, Frankenberg/E. (7. 4. 1967); Ludwig Weber, Fulda (8. 4. 1967); Alfred Schulz, Rotenburg a. d. F. (8. 4. 1967); Horst Pühra, Hilders (8. 4. 1967); Erika Hundhausen, Kassel (10. 4. 1967); Jürgen Renner, Melsungen (8. 4. 1967); Manfred Grund, Bad Hersfeld (8. 4. 1967); Günter Smailus, Heringen (8. 4. 1967); Hanneliese Zwecker, Marburg a. d. L. (18. 4. 1967); Karin Stora, Melsungen (18. 4. 1967); Hans-Joachim Schmidt, Melsungen (18. 4. 1967); Hartmut Reiß, Kassel (18. 4. 1967); Klaus Hengst, Kassel (18. 4. 1967); Christian Drösler, Bad Sooden-Allendorf (18. 4. 1967); Reinhard Döring, Melsungen (18. 4. 1967); Dieter Dietzel, Kassel (18. 4. 1967); Ernst André, Hünfeld (18. 4. 1967); Günter Degenhardt, Bad Hersfeld (18. 4. 1967); Rainer Chrosziel, Kassel (18. 4. 1967); Sigrid Harbich, Fritzlar (19. 4. 1967); Herybert Leitner, Hünfeld (20. 4. 1967); Dr. Sigrid Seidel, Cappel (21. 4. 1967); Otto-Walter Steinke, Steinatal (20. 4.

1967); Siegrid Stroeder, Fulda (18. 4. 1967); Heinrich Triebstein, Kassel (20. 4. 1967); Günter Wagner, Kassel (20. 4. 1967); Heinz-Georg Ruhrmann, Bad Hersfeld (6. 4. 1967); Winfried Rübsam, Amöneburg (6. 4. 1967); Horst Klinkow, Kassel (26. 4. 1967); Helmut Röhrig, Fulda (22. 4. 1967); Horst Lorenz, Fulda (7. 4. 1967); Renate Biemer, Marburg a. d. L. (18. 4. 1967); Joachim Stockhausen, Fulda (7. 4. 1967); Heinrich Slirinski, Bad Sooden-Allendorf (20. 4. 1967); Lotmar Zündel, Kassel (29. 4. 1967);

im Berufs-, Berufsfach- und Fachschuldienst

ernannt

zum Assessor im Lehramt (BaW) Dipl.-Handelslehrer Hermann von Rhein, Fulda (4. 4. 1967); Stud.-Ref. Rolf Fritzsche, Kassel (28. 4. 1967);

zur Studienrätin Realschullehrerin Dr. Gertraud Wilke, Kassel (19. 4. 1967);

zum Studienrat (BaL) die Stud.-Ass. Gerhard Paul, Kassel (19. 4. 1967); Rainer Olten, Kassel (18. 4. 1967);

in den Ruhestand versetzt

Oberstudienrat Hartmann Baumgardt, Kassel (1. 4. 1967).

Kassel, 14. 6. 1967

Der Regierungspräsident

P/1 — Az.: 7 o 16/03 B

StAnz. 27/1967 S. 800

d) Volks-, Real- und Sonderschuldienst des Regierungsbezirks Wiesbaden

ernannt

zum Rektor als Ausbildungsleiter an einem Päd. Seminar der Lehrer Rudolf Kern, Dillenburg (6. 4. 67);

zu Realschulrektoren der Hptl. (BaL) Dr. Waldemar Schmidt, Idstein/Unt. (22. 2. 67); die Realsch. L. (BaL) Hans-Josef Merkel, Wiesbaden (23. 2. 67); Joh. Christian Fellner, Bad Homburg (9. 3. 67);

zum Rektor als Leiter einer Sonderschule der Sondersch. L. (BaL) Fritz Müller, Hommertshausen/Bied. (16. 3. 67);

zum Konrektor an einer Sonderschule die Sondersch. Ltn. (BaL) Marg. Suffner, Wiesbaden (27. 2. 67);

zu Rektoren die Hptl. (BaL) Wilhelm Schnorr, Dohrn/Limb. (24. 2. 67); Horst Giese, Hochelheim/Wetzlar (20. 2. 67); der Lehrer (BaL) Erwin Junker, Dutenhofen/Wetzlar (27. 2. 1967);

zu Volks- und Realschulkonrektoren der Konr. (BaL) Werner Glöser, Großbauheim/Hanau (10. 3. 67); der Lehrer (BaL) Karl Mohrherr, Biedenkopf (15. 2. 67);

zum Konrektor der Lehrer (BaL) Karl Hellwig, Steinau/Schlücht. (4. 3. 67);

zum Hauptlehrer die Lehrer (BaL) Anton Fries, Ahlbach/Limb. (16. 2. 67); Hans Nixdorf, Dietenbergen/Mts. (28. 2. 1967); Günther Valley, Kirberg/Limb. (23. 3. 67);

zu Realschullehrern bzw. Realschullehrerinnen die Lehrer (-innen) (BaL) Karl Rudolph, Rüdningen-Langendiebach/Hanau (20. 2. 67); Franz Konrad, Biedenkopf (21. 2. 67); Friedrich Sauer, Bruchköbel/Hanau (9. 2. 67); Rudolf Mettschan, Gelnhausen (28. 3. 67); Wolfram Ahner, Kelkheim/Mts. (1. 3. 67); Viktor Hahn, Frankfurt/M. (4. 4. 67); Helmar Stoppelkamm, Wiesbaden (6. 4. 67); Wilhelm Eppel, Frankfurt/M. (8. 4. 67); Emmi Winter, Rüdningen-Langendiebach/Hanau (20. 2. 67); Gertrud Boeder, Wetzlar (9. 2. 67);

zu Realschullehrern bzw. Realschullehrerinnen (BaL) die apl. Realsch.-L. u. Lehrerinnen (BaP) Fritz Walther, Wächtersbach/Gelnh. (15. 3. 67); Adam Syha, Limburg (4. 4. 67); Monika Jigalin, Frankfurt/M. (4. 4. 67); Sybille Uhlemann, Frankfurt/M. (4. 4. 67); die apl. Lehrerin (BaP) Dorothea Zick, Eltville/Rhg. (10. 4. 67);

zu Lehrern bzw. Lehrerinnen (BaL) die apl. Lehrer(innen) (BaP) Werner Gigling, Altengronau Schlü. (20. 2. 67); Gerhard Maaß, Weisenbach/Bied. (24. 2. 67); Karl Reinhardt, Heringen/Limb. (28. 2. 67); Walter Kurth, Frankfurt/M. (3. 10. 66); Hans-Jürgen Ortmann, Beilstein/Dillkreis (6. 3. 1967); Manfred Barth, Nauborn/Wetzlar (7. 3. 67); Helmut Schmidt, Nauborn/Wetzlar (16. 3. 67); Dieter Zimmerer, Lieblos/Gelnhausen (16. 3. 67); Burghard Pitz, Oberbiel/Wetzlar (20. 2. 67); Herbert Schmidt, Wetzlar (7. 4. 67); Arno Wiesheit, Stockhausen/Wetzlar (16. 3. 67); Hans-Jürgen Dethloff, Hanau (4. 4. 67); Linus Salg, Großbauheim/Hanau

(4. 4. 67); Wolfgang Fritsch, Weilmünster/Oberl. (23. 3. 67); Hans Specht, Frankfurt am Main (29. 3. 1967); Helmut Weinelt, Frankfurt am Main (14. 4. 67); Walter Mächts, Frankfurt am Main (14. 4. 1967); Willibald Schröpfer, Katzenfurt/Wetzlar (20. 4. 67); Klaus-Dieter Drechsel, Friedrichsdorf/Taunus (21. 4. 67); Friedrich Schäfer, Birstein/Gelnhausen (21. 4. 1967); Winfried Schell, Aßmannshausen/Rhg. (14. 4. 67); Klaus Nickel, Herbornseelbach/Dillkreis (18. 4. 67); Karin Wiethardt, Schlüchtern (16. 2. 67); Gertrud Kothe, Rüdesheim/Rhg. (13. 2. 67); Gertrud Arnold, Erbach/Limb. (15. 11. 67); Maria Schmitt, Frankfurt/M. (17. 2. 67); Bärbel Seitz, Frankfurt/M. (18. 2. 67); Hildegard Schaaf, Bicken Dillkreis (27. 2. 67); Erna Schneider, Eschborn/Mts. (11. 3. 67); Waltraut Freienstein, Ulmbach Schlüchtern (30. 3. 67); Christa Holler, Offenbach/Dillkreis (17. 3. 67); Waltraud Ochs, Wallau/Bied. (4. 4. 67); Marianne Ebert, Schloßborn/Mts. (17. 3. 67); Christa Bankowski, Kolkheim Mts. (15. 3. 67); Helga Martin, Steindorf Wetzlar (6. 4. 67); Gertrud Schlüter, Frankfurt/M. (4. 4. 67); Adelheid Tröscher, Frankfurt/M. (4. 4. 67); Hannchen Hoffmann, Großauheim/Hanau (4. 4. 67); Erna Gahler, Hanau (18. 4. 67); Elisabeth Eckert, Bad Orb/Gelnh. (4. 4. 67); Margit Dubrowsky, Neuenschmidten/Gelnh. (13. 4. 67); Erika Nickel, Herbornseelbach/Dillkreis (18. 4. 67); Iris Freundorfer, Frankfurt/M. (14. 4. 67);

zur **Lehrkraft im Angestelltenverhältnis** Friedrich Sinn, Frankfurt/M. (10. 3. 67); Gertrud Lewalter, Gelnhausen (19. 4. 67);

zu **apl. Realschullehrern** die apl. Lehrer (BaP) Klaus Lotz, Hanau (21. 2. 67); Edmund Wild, Hermannstein Wetzlar (30. 3. 67);

zu **apl. Lehrern bzw. apl. Lehrerinnen (BaP)** die Lehrerinnen z. A. Bln. Marianne Molzahn, Frankfurt (1. 3. 67); die Lehrkr. i. Ang.-Verh. Else Heyne, Wehrheim/Usingen (15. 3. 67); Anni Braun, Würges/Limb. (14. 4. 67);

zu **apl. Lehrerinnen (BaW)** Angela Chandra, Frankfurt/M. (22. 2. 67); Gerda Heinrich, Frankfurt/M. (16. 1. 67); Renate Jahnke, Frankfurt/M. (16. 1. 67); Karin Ischebeck, Offheim/Limb. (10. 3. 67);

zur **apl. Fachlehrerin (BaW)** die Lehrkr. i. Ang.-Verh. Erika Pfeiffer, Bad Schwalbach Unt. (28. 2. 67);

berufen

in das **Beamtenverhältnis auf Probe** die apl. Lehrer bzw. apl. Lehrerinnen Dietrich Krummel, Villmar/Oberl. (16. 2. 1967); Klaus Matzack, Sülzbach/Mts. (24. 2. 67); Horst Ebel, Villmar/Oberl. (18. 2. 67); Reinhold Vetter, Frankfurt/M. (16. 2. 67); Günter Zils, Hofheim/Mts. (16. 2. 67); Hans-Joachim Becker, Haigerseelbach/Dillkreis (23. 2. 67); Herwig Schwarz, Hintermeilingen/Lbg. (20. 2. 67); Walter Schäfer, Dauborn/Limb. (20. 2. 67); Dieter Weber, Heringen/Limb. (21. 2. 67); Heinz Dilling, Bottenhorn/Bied. (21. 2. 67); Dieter Bretz, Eisenbach/Limb. (24. 2. 67); Bernhard Brommer, Eisenbach/Limb. (24. 2. 67); Franz Denfeld, Bergen-Enkheim/Hanau (22. 2. 67); Georg Preller, Altweilnau/Usingen (1. 3. 67); Martin Hoene, Horbach/Gelnhausen (22. 2. 1967); Gerhard Wege, Niedereisenhausen/Bied. (21. 2. 67); Dieter Vogl, Okriftel Mts. (17. 3. 67); Gerhard Keiger, Bremthal/Mts. (18. 3. 67); Gerhard Knauf, Kriftel/Mts. (20. 4. 1967); Wilhelm Reese, Frankfurt/M. (28. 2. 67); Rolf Heumann, Oberscheld/Dillkrs. (10. 3. 67); Werner Birlenbach, Staffel/Limb. (15. 2. 67); Ernst Schönauer, Weidenhausen (16. 3. 67); Erich Graff, Hartenrod/Bied. (23. 3. 67); Helmut Schmidt, Biedenkopf (20. 3. 67); Heinz Noack, Niedermittlau/Gelnh. (25. 3. 67); Gottfried Wachenfeld, Wallroth/Schlücht. (23. 3. 67); Ernst-Armin Lotz, Groß-Rechtenbach/Wetz. (3. 4. 67); Paul Speiser, Waldgirmes/Wetzlar (3. 4. 67); Gerd Leinweber, Biedenkopf (29. 3. 67); Willi Damm, Biedenkopf (25. 3. 67); Dieter Wild, Hartenrod/Bied. (6. 4. 67); Peter Roßmann, Hofheim/Mts. (6. 4. 67); Siegfried Lohrey, Usingen (6. 4. 67); Jürgen Brunschwitz, Idstein/Unt. (30. 3. 67); Romuald Laby, Frankfurt/M. (7. 4. 67); Rigobert Falk, Wiesbaden (5. 4. 67); Anton Diwischek, Birstein (12. 4. 67); Klaus Staeves, Birstein/Gelnh. (12. 4. 67); Volker Tschöke, Bad Orb/Gelnh. (12. 4. 67); Gottfried Sedlaczek, Frankfurt/M. (14. 4. 67); Gernot Bohlender, Udenhain/Gelnh. (11. 4. 67); Johannes Beck, Lohrhaupten/Gelnh. (14. 4. 67); Konrad Witt, Buchenau/Bied. (17. 4. 67); Jochen Heumann, Weilburg/Oberl. (26. 4. 67); Ursula Laux, Hadamar/Limb. (15. 2. 67); Sabine Häselbarth, Eschborn/Mts. (28. 2. 67); Brigitte Kubisch, Frankfurt/M. (15. 2. 67); Monika Luley, Frankfurt/M. (14. 2. 1967); Uta Priese, Frankfurt/M. (16. 2. 67); Erika Ohly, Heft- rich/Untert. (14. 2. 67); Ute Neumann, Wetzlar (15. 2. 67);

Annemarie Gründel, Erbach/Limb. (16. 2. 67); Ingrid Engel, Niederbrechen/Limb. (15. 2. 67); Marianne Adam, Niederbrechen/Limb. (15. 2. 67); Renate Bender, Frankfurt/M. (14. 2. 67); Helga Schneider, Frankfurt/M. (14. 2. 67); Walpurga Hoffmann, Oberursel/Obert. (20. 2. 67); Oda Cebulla, Bad Soden/Schlücht. (22. 2. 67); Erika Erny, Frankfurt/M. (23. 2. 67); Gisela Lotz, Dornholzhausen/Obert. (22. 2. 67); Anneliese Haas, Frankfurt/M. (20. 2. 67); Barbara Paulsohn, Frankfurt/M. (22. 2. 67); Lieselotte Braun, Frankfurt/M. (18. 2. 67); Ellen-Eitz-Goethe, Neuses/Gelnh. (22. 2. 67); Wolfrun Dimolades, Neuses/Gelnh. (22. 2. 67); Karin Schwenk, Idstein/Untert. (2. 3. 67); Heide Röttges, Eppstein-Vockenhäusen/Mts. (20. 3. 67); Irmtraud Rätz, Nordenstadt/Mts. (18. 3. 67); Edda Stephan, Kelkheim/Mts. (13. 4. 67); Kristine Hielscher, Flörsheim/Mts. (18. 3. 67); Roswitha Müller, Frankfurt/M. (18. 2. 67); Sieglinde Neitzel, Bergen-Enkheim/Hanau (27. 2. 67); Ellen Reeb, Katzenfurt/Wetzlar (2. 3. 67); Hildegard Gerhardt, Neuenschmidten/Gelnh. (16. 3. 67); Inge Boeder, Hermannstein/Wetzlar (23. 3. 67); Barbara Schröder, Hofheim/Mts. (14. 3. 67); Ute Streb, Ehlhalten/Mts. (28. 2. 67); Erika Kretzschmar, Flörsheim/Mts. (17. 3. 67); Uta Bersch, Frankfurt/M. (14. 3. 67); Elisabeth Staupe, Wallau/Bied. (4. 4. 67); Folke Schürmann, Kriftel (Mts) (28. 2. 67); Marion Ebeling, Diedenbergen/Mts. (5. 4. 1967); Helga Bernhard, Eddersheim/Mts. (6. 4. 67); Hannelore Hamann, Sulzbach/Mts. (6. 3. 67); Inge Pippig, Eidenesäß/Gelnh. (4. 4. 67); Elfriede Bender, Erbach/Rhg. (6. 4. 1967); Silvia-Monika Lukas, Aßlar/Wetzl. (10. 4. 67); Ursula Keiner, Neunheim/Wetzl. (10. 4. 67); Hildegund Heger, Wetzlar (10. 4. 67); Elke Fritz, Wißmar/Wetzlar (10. 4. 67); Heide Bockenheimer, Offenbach/Dillkrs. (10. 4. 67); Gisela Hopke, Frankfurt/M. (4. 4. 67); Ursula Weckler, Frankfurt/M. (4. 4. 1967); Sigrid Klein, Frankfurt/M. (4. 4. 67); Renate Schüler, Frankfurt/M. (4. 4. 67); Brigitte Konzen, Martinthal/Rhg. (4. 4. 67); Maria Wielpütz, Burg/Dillkrs. (10. 4. 67); Monika Bürgel, Hallgarten/Rhg. (12. 4. 67); Christel Twele, Wind- ecken/Hanau (13. 4. 67); Anneliese Spahn, Hanau (14. 4. 67); Doris Tschöke, Aufenau/Gelnh. (13. 4. 67); Helga Malik, Höchst/Gelnh. (15. 4. 67); Gudrun Neumann, Hochell'm (Wetzlar) (21. 4. 67); Brigitte Dösch, Frankfurt/M. (14. 4. 67); Waltraud Tworke, Wallau/Bied. (15. 4. 67); Marlies Weber, Hermannstein/Wetzlar (24. 4. 67); Doris Becker, Wiesbaden (10. 4. 67); Brigitte Zwick, Oberndorf/Gelnh. (13. 4. 67); Adelheid Weigand, Niederdorfelden/Hanau (15. 4. 67); Karin Niemeyer, Frankfurt/M. (17. 4. 67);

berufen:

in das **Beamtenverhältnis auf Lebenszeit** die Lehrerinnen Gertrud Madeisky, Frankfurt/M. (6. 1. 67); Johanna Hewera, Frankfurt/M. (6. 1. 67); Erika Kastner, Frankfurt/M. (17. 2. 67); Brigitte Ockel, Frankfurt/M. (17. 2. 67); Irene Schumacher, Frankfurt/M. (18. 2. 67); Sabine Gilles, Frankfurt/M. (8. 3. 67); Paula Palzer, Rüdesheim/Rhg. (5. 4. 67); Hedwig Sonderhof, Frankfurt/M. (10. 4. 67); Anita Rein- schmidt, Frankfurt/M. (14. 4. 67); Klara Siebert, Frankfurt am Main (14. 4. 67); Renate Kaiser, Frankfurt/M. (17. 4. 67); Dorith Krebs, Leisenwald/Gelnh. (21. 4. 67); Mechthild Vogt, Mernes/Gelnh. (14. 4. 67); Hedda Zeidler, Wächtersbach (Gelnh.) (12. 4. 67);

in den Ruhestand versetzt:

die L'in Marta Preuß, Schwalbach/Mts. (1. 5. 67); d. Real- schul.L'in Henriette Görner, Dillenburg (1. 6. 67);

entlassen:

die L'in Marianne Michalsen, Frankfurt/M. (5. 4. 67); d. apl. Realschul. L'in Lieselotte Schmidkunz, Frankfurt/M. (1. 4. 1967);

die apl. L'innen Elsbeth Kronberg, Oberkalbach/Schlücht. (1. 3. 67); Almut Kullmer, Frankfurt/M. (1. 4. 67); Monika Rothenburger, Frankfurt/M. (28. 3. 67); Erika Reimann, Nie- derhofheim/Mts. (1. 4. 67); Ursula Holzapfel, Frankfurt/M. (1. 5. 67); Irmgard Hänsel, Langensfeld/Hanau (1. 4. 67); Margarete Hoenig, Wiesbaden (1. 5. 67); Ingrid Gerner, Frankfurt/M. (11. 4. 67); Waltraud Tanau, Mornshausen (Bied.) (1. 5. 67); Waltraud Bienefeld, Bad-Schwalbach/Unt. (1. 5. 67); Johanna Brüggemann, Hochheim/Mts. (16. 3. 67).

Wiesbaden, 8. 6. 1967

Der Regierungspräsident

II 2 a — 59

StAnz. 27/1967 S. 802

H. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

b) Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt

zu **Gewerberäten (BaL)** die Gewerberäte z. A. (BaP) Karl Ewen (5. 5. 1967); Wolfgang Föst (19. 5. 1967); Technisches Überwachungsamt Darmstadt;
zum **Gewerbeinspektor z. A. (BaP)** Handelskontrolleur Albert Wenzel (11. 4. 1967) Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Offenbach;
zum **Gewerbeseekretär (BaL)** Gewerbeseekretär z. A. (BaP) Manfred Großhans (10. 5. 1967) Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Gießen.

Darmstadt, 13. 6. 1967

Der Regierungspräsident
P 2 — 7 1 02/07 (E)
StAnz. 27/1967 S. 804

c) Regierungspräsident in Kassel

ernannt

zum **Gewerberat (BaL)** Gewerberat z. A. Dipl.-Ing. Ralf Klusmann, Techn. Überwachungsamt Kassel (23. 5. 1967); Gewerberat z. A. Georg Röber, Techn. Überwachungsamt Kassel (24. 5. 1967);

zum **Gewerbeseekretär (BaL)** Gewerbeseekretär z. A. Hans-Joachim Goldmann, Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Kassel (22. 5. 1967);

versetzt zum Landesversorgungsamt Hessen
Regierungsinspektor Peter Seipp, Staatl. Medizinaluntersuchungsamt Fulda (1. 3. 1967).

Kassel, 14. 6. 1967

Der Regierungspräsident
P 1 Az.: 7 o 16/03 B
StAnz. 27/1967 S. 804

671

DARMSTADT

Regierungspräsidenten

Auflösung des Sanitätsvereins Offenthal

Der Sanitätsverein Offenthal hat durch seine Mitgliederversammlung am 10. 1. 1967 die Auflösung mit Wirkung vom Tage der Bekanntmachung beschlossen. Hierzu habe ich die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt.

Darmstadt, 5. 6. 1967

Der Regierungspräsident
I/1 a — 39 f 16/01
StAnz. 27/1967 S. 804

672

Bekanntmachung über die beabsichtigte Bestellung des Jagdberaters und dessen Stellvertreters bei dem Regierungspräsidenten in Darmstadt

Nach § 34 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Bundesjagdgesetz vom 5. 4. 1962 (GVBl. I S. 233) in der ergänzten Fassung vom 1. 6. 1962 (GVBl. I S. 295) werden bei den oberen und den unteren Jagdbehörden nach Anhörung der Jägerschaft und des Jagdbeirats ehrenamtliche Jagdberater für die Dauer von vier Jahren bestellt. Sie sollen die Jagdbehörden beraten und die Behandlung jagdfachlicher und jagdwirtschaftlicher Angelegenheiten vorbereiten. Nach § 25 Abs. 2 und 3 der Durchführungsverordnung zum Hessischen Ausführungsgesetz zum Bundesjagdgesetz vom 23. 5. 1962 (GVBl. I S. 301) werden die Jagdberater und deren Stellvertreter von den Leitern der Jagdbehörden bestellt.

Die Amtszeit des Jagdberaters und dessen Stellvertreters für meinen Regierungsbezirk ist durch Zeitablauf beendet.

Ich beabsichtige daher,

Herrn Ludwig Rothmann, Landforstmeister, Darmstadt, Heinrich-Wingerts-Weg 32, erneut für die Dauer von vier Jahren zu meinem Jagdberater und

Herrn Karl Böttiger, Fabrikant, Biebesheim am Rhein, Gernsheimer Str. 80, zu dessen Stellvertreter zu bestellen.

Einwendungen gegen diese Absicht können innerhalb einer Frist von zwei Wochen ab dem Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung beim Regierungspräsidenten in Darmstadt, Luisenplatz 2, erhoben werden.

Darmstadt, 30. 5. 1967

Der Regierungspräsident
III/7 a — 88 d 12
StAnz. 27/1967 S. 804

673

Bildung des Jagdbeirates für den Regierungsbezirk Darmstadt

Der nach § 37 Abs. 1 des Bundesjagdgesetzes in der Fassung vom 30. 3. 1961 (BGBl. I S. 304) in Verbindung mit § 37 Abs. 3 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Bundesjagdgesetz in der ergänzten Fassung vom 1. 6. 1962 (GVBl. I S. 295) und § 28 der Durchführungsverordnung zum Hessischen Ausführungsgesetz zum Bundesjagdgesetz vom 23. 5. 1962 (GVBl. I S. 301) zu bildende Jagdbeirat für den Regierungsbezirk Darmstadt setzt sich wie folgt zusammen:

1. Vorsitzender:

Herr Karl Hensel, Landwirt, Dortelweil über Bad Vilbel, Chausseehaus;

Stellvertretender Vorsitzender:

Herr Heinrich Kraft, Landwirt, Hahn bei Pfungstadt, Hof Gräbenbruch;

2. Vertreter der Jägerschaft:

Herr Walter Balser, Verkehrsunternehmer, Büdingen, An der Saline 16, als Beisitzer;

Herr Günter Spazier, Oberregierungsrat, Gernsheim, Ringstraße 2, als stellvertretender Beisitzer;

3. Vertreter der Landwirtschaft:

Herr Jakob Siefert, Landwirt, Reichelsheim, Gut Fronhof, als Beisitzer;

Herr Fritz Müller, Gutspächter, Darmstadt, Roemheldweg 15, als stellvertretender Beisitzer;

4. Vertreter der Forstwirtschaft:

Herr Otto Graf zu Solms-Laubach, Laubach, als Beisitzer;

Herr Franz Schwieder, Forstdirektor, Erbach Odw., als stellvertretender Beisitzer;

5. Vertreter der Jagdgenossenschaften:

Herr Hans Mandel, Bürgermeister, Viernheim, als Beisitzer;

Herr Georg Schäfer, Bürgermeister, Gernsheim, als stellvertretender Beisitzer.

Einer Wahlhandlung zur Wahl des Vorsitzenden des Jagdbeirates und dessen Stellvertreters bedurfte es nicht, da von den Wahlberechtigten nur übereinstimmende Wahlvorschläge für Herrn Karl Hensel als Vorsitzenden und Herrn Heinrich Kraft als stellvertretenden Vorsitzenden des Jagdbeirates eingebracht wurden.

Der Wahlausschuß hat diese Wahlvorschläge geprüft und zugelassen. Gemäß § 9 der Verordnung über die Wahl der Vorsitzenden der Jagdbeiräte vom 16. 3. 1951 (GVBl. S. 17 u. 62) gelten die genannten Personen als gewählt.

Die unter Ziffer 2 bis 5 genannten Mitglieder sind von mir auf Vorschlag der beteiligten Verbände bestellt worden.

Die Amtszeit des Vorsitzenden des Jagdbeirates und dessen Stellvertreters sowie die der Beisitzer und deren Stellvertreter endet am 20. April 1971.

Darmstadt, 21. 4. 1967

Der Regierungspräsident
III/7 a — 88 d 12
StAnz. 27/1967 S. 804

674

Auflösung des Pferdeversicherungsvereins a.G. Kefenrod

Der Pferdeversicherungsverein a.G. Kefenrod hat durch seine Mitgliederversammlung am 22. 4. 1967 die Auflösung mit Wirkung vom Tage der Bekanntmachung beschlossen.

Hierzu habe ich die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt.

Darmstadt, 5. 6. 1967

Der Regierungspräsident
I/1 a — 39 i 20/01
StAnz. 27/1967 S. 804

675**Genehmigung der Auflösung der Allgemeinen Pferdeversicherung zu Kirch-Göns**

Die Allgemeine Pferdeversicherung zu Kirch-Göns hat durch ihre ordentliche Mitgliederversammlung am 18. 2. 1967 die Auflösung mit Wirkung vom 1. März 1967 beschlossen.

Hierzu habe ich die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt.

Darmstadt, 19. 6. 1967

Der Regierungspräsident
I/1a — 39 i 02/01
StAnz. 27/1967 S. 805

676**Verlust von Fleischbeschaustempeln**

Folgende Fleischbeschaustempel aus Metall für den Beschaubezirk Bad Vilbel 2 sind in Verlust geraten und werden für ungültig erklärt:

1. ein runder Stempel
2. ein quadratischer Stempel
3. ein quadratischer Stempel mit Innenkreis
4. ein dreieckiger Stempel
alle jeweils mit der Aufschrift „Vilbel 2 T.U.“
5. ein rechteckiger Stempel
mit der Aufschrift „Trichinenfrei Vilbel 2 T.U.“
6. ein rechteckiger Stempel
7. ein quadratischer Stempel mit Innenkreis
8. ein quadratischer Stempel und
9. ein dreieckiger Stempel
alle jeweils mit der Aufschrift „Pferd Vilbel 2 T.U.“

Jede weitere Benutzung der für ungültig erklärten Stempel wird strafrechtlich verfolgt.

Die neuen Fleischbeschaustempel mit gleicher Aufschrift sind zur Unterscheidung mit einem * (Sternchen) versehen.
Darmstadt, 13. 6. 1967

Der Regierungspräsident
I/7 — 19 a 12/09 (2)
StAnz. 27/1967 S. 805

677 KASSEL**Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs in der Stadt Baunatal**

Dem Unternehmen Kleinbahn Kassel—Naumburg AG in Kassel habe ich heute die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG in der Stadt Baunatal bis zum 31. 3. 1975 erteilt.

Kassel, 2. 5. 1967

Der Regierungspräsident
III/4 Az.: 66 f 02-07 B
StAnz. 27/1967 S. 805

678**Anordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage der Gemeinde Dammersbach, Krs. Hünfeld**

I.

Auf Antrag und zugunsten der Gemeinde Dammersbach, Krs. Hünfeld, wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten und geprüften Unterlagen (Anlagen 1—11) für deren Trinkwassergewinnungsanlage gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1110 ff) in Verbindung mit § 25 des Hess. Wassergesetzes vom 6. 7. 1960 (GVBl. S. 69 ff) ein in Zonen unterteiltes Wasserschutzgebiet festgesetzt, das

- a) als Fassungsbereich (Zone I)
das Grundstück Gemarkung Dammersbach, Flur 6, Flurstück 38 teilw.
- b) als engere Schutzzone (Zone II)
die Grundstücke Gemarkung Dammersbach, Flur 6, Flurstücke 34—37, 38 teilw., 39—41, 111—113, 114 teilw., 115, 127 teilw., Flur 7, Flurstück 7 teilw. und
- c) als weitere Schutzzone (Zone III)
die Grundstücksfläche umfaßt, die auf der topographischen Übersichtskarte (M 1:10 000) und dem Gesamtübersichtslageplan (M 1:2000) gelb umrandet ist.

Die topographische Übersichtskarte (M 1:10 000) sowie der Gesamtübersichtslageplan (M 1:2000) in dem die Zone I rot, die Zone II blau und die Zone III gelb abgegrenzt ist, sind Bestandteil dieser Anordnung. Sie sind in ihrer maßgeblichen Ausfertigung beim Regierungspräsidenten in Kassel — Wasserbuchbehörde — niedergelegt; weitere Ausfertigungen derselben befinden sich beim Landrat in Hünfeld, beim Kreisausschuß des Landkreises — Kreisbauamt — in Hünfeld, beim Wasserwirtschaftsamt in Fulda, beim Hess. Landesamt für Bodenforschung in Wiesbaden und beim Bürgermeister in Dammersbach.

Die Anordnung gilt ab 1. Juni 1967.

II.

Innerhalb der Schutzzone sind alle Handlungen verboten, durch die das Grundwasser verunreinigt oder sonst in seiner Eigenschaft nachteilig verändert werden kann.

Im einzelnen gelten folgende Schutzvorschriften:

a) Im Fassungsgebiet

sind folgende Handlungen verboten:

1. das Betreten des Fassungsgebietes durch Unbefugte;
2. jegliche Nutzung des Fassungsgebietes insbesondere Beweidung derselben; eine etwaige Heuwerbung ist zulässig, jedoch dürfen Zugtiere hierbei die Fläche nicht betreten;
3. jegliche Anwendung von natürlichem Dünger und stickstoffhaltigen Düngemitteln;
4. die Verwendung von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen und Aufwuchs.

Im übrigen gelten auch die Verbote, die bei b) und c) aufgeführt sind.

b) In der engeren Schutzzone

sind folgende Handlungen verboten:

1. Eingriffe unter die Erdoberfläche, wie z. B. die Anlage von Kies-, Ton- und Sandgruben und Steinbrüchen, durch die die belebte Bodenzone verletzt und die Deckschicht vermindert wird, sowie Abgrabungen mit aufgedeckter Grundwasseroberfläche;
2. jegliche Bebauung
3. die Ablagerung von Schutt und Abfallstoffen;
4. das Vergraben von Tierleichen;
5. die Anlage von Gärfermenten;
6. die Anlage von Zelt-, Lager- und Sportplätzen;
7. die Anlage von Treibstoff- und Öllagern;
8. das Waschen von Kraftfahrzeugen;
9. die Durchleitung von Abwasser durch die engere Schutzzone, es sei denn, daß die Abwasserleitungen aus Steinzeugrohren oder Schleuderbetonrohren bestehen, die nach DIN 4038 an den Verbindungsstellen gedichtet worden sind;
10. die animalische Düngung, sofern die Düngstoffe nach der Anfuhr nicht sofort verteilt werden oder die Gefahr ihrer oberirdischen Abschwemmung in den Fassungsgebiet besteht;
11. die unsachgemäße Verwendung von Jauche, Kunstdünger und Schädlingsbekämpfungsmitteln;
12. die Neuanlage von befestigten für Kraftfahrzeuge zugelassenen Wegen und Straßen, wenn nicht sicher gestellt worden ist, daß das auf ihnen anfallende Wasser mittels dichter Seitengraben und Kanäle aus der engeren Schutzzone abgeführt wird.

Im übrigen gelten auch die Verbote, die unter c) aufgeführt sind.

c) In der weiteren Schutzzone

sind folgende Handlungen verboten:

1. die Anlage von Abwasserklärungs- und Verrieselungsanlagen, von Kläranlagen und Sickergruben, Müllkippen und Halden mit auslaugbaren Bestandteilen;
2. das Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr;
3. die Ablagerung von Öl, Teer, Phenolen, Giften und Schädlingsbekämpfungsmitteln in offenen und nicht sorgfältig gedichteten Gruben;
4. das Verlegen von Treibstoff- und Ölleitungen;
5. das Lagern von Heizöl- und Treibstoff in Behältern von mehr als 40 m³ Inhalt. Sofern keine zusätzlichen Kontrollgeräte zur selbsttätigen Anzeige von Undichtigkeiten und keine Auffangräume, die den Fassungsvermögen der Behälter entsprechend vorhanden sind, dürfen auch Behälter bis zu 40 m³ nicht aufgestellt werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich;

6. größere Erdaufschlüsse ohne ausreichende Sicherung;
7. die Anlage von Siedlungen ohne einwandfreie Kanalisation oder Wohnbauten ohne wasserdichte Gruben aus Stahlbeton und
8. die Anlage neuer Friedhöfe.

III.

Über Ausnahmen von den Schutzbestimmungen entscheidet auf Antrag die obere Wasserbehörde. Soweit andere gesetzliche Zuständigkeiten nicht gegeben sind, hat die untere Wasserbehörde die Durchsetzung der Anordnung zu überwachen.

IV.

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung können gemäß § 41 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushaltes vom 27. 7. 1957, wenn sie vorsätzlich begangen werden, mit einer Geldbuße bis zu 10 000,— DM, wenn sie fahrlässig begangen werden, mit einer Geldbuße bis zu 5000,— DM geahndet werden.

Kassel, 28. 4. 1967

Der Regierungspräsident

III/5 Az.: 79b 06/15 (Nr. 141)

gez. Schneider

StAnz. 27/1967 S. 805

679

Anordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage der Gemeinde Burghaun, Krs. Hünfeld

I.

Auf Antrag und zugunsten der Gemeinde Burghaun wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten und geprüften Unterlagen (Anlagen 1—23) für deren Trinkwassergewinnungsanlage gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushaltes vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1110 ff) in Verbindung mit § 25 des Hess. Wassergesetzes vom 6. 7. 1960 (GVBl. S. 69 ff) ein in Zonen unterteiltes Wasserschutzgebiet festgesetzt, das

a) als Fassungsgebiet (Zone I)

das Grundstück Gemarkung Burghaun, Flur 14, Flurstück 49 teilw.,

b) als engere Schutzzone (Zone II)

die Grundstücke Gemarkung Burghaun, Flur 14, Flurstücke 30 teilw., 34 teilw., 41—44, 45 teilw., 46 teilw., 47, 48, 49 teilw., 60 teilw., 62 teilw., 63 teilw., 64 teilw., 65 teilw., 66—70, 71 teilw., 72—74, 112 teilw., 113 teilw., 114 teilw., 115, 116, 117 teilw., 118—121; Gemarkung Hünhan, Flur 3, Flurstücke 97 teilw., 98 teilw., 99 teilw., 100—103, 122—124 und 136 und

c) als weitere Schutzzone (Zone III)

die Grundstücksfläche umfaßt, die auf der topographischen Übersichtskarte (M 1:10 000) sowie dem Übersichtsplan (M 1:3000) gelb umgrenzt ist.

Die topographische Übersichtskarte (M 1:10 000) sowie der Übersichtsplan (M 1:3000) in dem die Zone I rot, die Zone II blau und die Zone III gelb abgegrenzt ist, sind Bestandteil dieser Anordnung. Sie sind in ihrer maßgeblichen Ausfertigung beim Regierungspräsidenten in Kassel — Wasserbuchbehörde — niedergelegt; weitere Ausfertigungen derselben befinden sich beim Landrat in Hünfeld, beim Kreisausschuß des Landkreises — Kreisbauamt — in Hünfeld, beim Wasserwirtschaftsamt in Fulda, beim Hess. Landesamt für Bodenforschung in Wiesbaden und beim Bürgermeister in Burghaun.

II.

Innerhalb der Schutzzonen sind alle Handlungen verboten, durch die das Grundwasser verunreinigt oder sonst in seiner Eigenschaft nachteilig verändert werden kann.

Im einzelnen gelten folgende Schutzvorschriften:

a) Im Fassungsgebiet

sind folgende Handlungen verboten:

1. das Betreten des Fassungsgebietes durch Unbefugte;
2. jegliche Nutzung des Fassungsgebietes insbesondere Beweidung derselben; eine etwaige Heuwerbung ist zulässig; jedoch dürfen Zugtiere hierbei die Fläche nicht betreten;

3. jegliche Anwendung von natürlichem Dünger und stickstoffhaltigen Düngemitteln;
4. die Verwendung von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen und Aufwuchs.

Der Eigentümer und Nutzungsberechtigte des im Fassungsgebiet liegenden Flurstücks 49, Flur 14, Gemark. Burghaun wird verpflichtet zu dulden, daß dieses soweit es im Fassungsgebiet liegt eingezäunt mit einer zusammenhängenden Grasdecke versehen stets sorgfältig gepflegt wird, an der Umzäunung Verbotsschilder aufgestellt werden und an der Hangseite entlang der Grenze des Fassungsgebietes ein Randgraben zur Aufnahme des Oberflächenwassers angelegt wird.

Im übrigen gelten auch die Verbote, die bei b) und c) aufgeführt sind.

b) In der engeren Schutzzone

sind folgende Handlungen verboten:

1. Eingriffe unter die Erdoberfläche, wie z. B. die Anlage von Kies-, Ton- und Sandgruben und Steinbrüchen, durch die die belebte Bodenschicht verletzt und die Deckschicht vermindert wird, sowie Abgrabungen mit aufgedeckter Grundwasseroberfläche;
2. jegliche Bebauung;
3. die Ablagerung von Schutt und Abfallstoffen;
4. das Vergraben von Tierleichen;
5. die Anlage von Gärfuttermieten;
6. die Anlage von Zelt-, Lager- und Sportplätzen;
7. die Anlage von Treibstoff- und Öllagern;
8. das Waschen von Kraftfahrzeugen;
9. die Durchleitung von Abwasser durch die engere Schutzzone, es sei denn, daß die Abwasserleitungen aus Steinzeugrohren oder Schleuderbetonrohren bestehen, die nach DIN 4038 an den Verbindungsstellen gedichtet worden sind;
10. die animalische Düngung, sofern die Dungstoffe nach der Anfuhr nicht sofort verteilt werden oder die Gefahr ihrer oberirdischen Abschwemmung in den Fassungsgebiet besteht;
11. die unsachgemäße Verwendung von Jauche, Kunstdünger und Schädlingsbekämpfungsmitteln;
12. die Neuanlage von befestigten für Kraftfahrzeuge zugelassenen Wegen und Straßen, wenn nicht sicher gestellt worden ist, daß das auf ihnen anfallende Wasser mittels dichter Seitengräben und Kanäle aus der engeren Schutzzone abgeführt wird.

Im übrigen gelten auch die Verbote, die unter c) aufgeführt sind.

c) In der weiteren Schutzzone

sind folgende Handlungen verboten:

1. die Anlage von Abwasserverregnungs- und Verrieselungsanlagen, von Kläranlagen und Sickergruben, Müllkippen und Halden mit auslaugbaren Bestandteilen;
2. das Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr;
3. die Ablagerung von Öl, Teer, Phenolen, Giften und Schädlingsbekämpfungsmitteln in offenen und nicht sorgfältig gedichteten Gruben;
4. das Verlegen von Treibstoff- und Ölleitungen;
5. das Lagern von Heizöl- und Treibstoff in Behältern von mehr als 40 m³ Inhalt. Sofern keine zusätzlichen Kontrollgeräte zur selbsttätigen Anzeige von Undichtheiten und keine Auffangräume, die den Fassungsvermögen der Behälter entsprechen vorhanden sind, dürfen auch Behälter bis zu 40 m³ nicht aufgestellt werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich;
6. größere Erdaufschlüsse ohne ausreichende Sicherung;

7. die Anlage von Siedlungen ohne einwandfreie Kanalisation oder Wohnbauten ohne wasserdichte Gruben aus Stahlbeton und
8. die Anlage neuer Friedhöfe.

III.

Über Ausnahmen von den Schutzbestimmungen entscheidet auf Antrag die obere Wasserbehörde. Soweit andere gesetzliche Zuständigkeiten nicht gegeben sind, hat die untere Wasserbehörde die Durchsetzung der Anordnung zu überwachen.

IV.

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung können gemäß § 41 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushaltes vom 27. 7. 1957, wenn sie vorsätzlich begangen werden, mit einer Geldbuße bis zu 10 000,— DM, wenn sie fahrlässig begangen werden, mit einer Geldbuße bis zu 5000,— DM geahndet werden.

Kassel, 11. 5. 1967

Der Regierungspräsident

III/5 Az.: 79 b 06 15 (Nr. 159)

gez. Schneider

StAnz. 27/1967 S. 806

680

Anordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage der Gemeinde Ernsthausen, Krs. Frankenberg

I.

Auf Antrag und zugunsten der Gemeinde Ernsthausen wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten und geprüften Unterlagen (Anlagen 1—11) für deren Trinkwassergewinnungsanlage gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushaltes vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1110 ff) in Verbindung mit § 25 des Hess. Wassergesetzes vom 6. 7. 1960 (GVBl. S. 69 ff) ein in Zonen unterteiltes Wasserschutzgebiet festgesetzt, das

a) als Fassungsbereich (Zone I)

das Grundstück Gemarkung Ernsthausen, Flur 15, Flurstück 73 teilw.,

b) als engere Schutzzone (Zone II)

die Grundstücke Gemarkung Ernsthausen, Flur 5, Flurstücke 39/3 teilw., 40, 49/1, 49/2, 50/1, 51/1, 52, 53, 58—61, 147/104 teilw., 105/1 teilw., 106 teilw., 107 teilw., 108 teilw., 109, 111 teilw., 136 teilw.,

Flur 6, Flurstücke 1 teilw., 12—25, 85/26, 86/27, 87/28, 88/29, 30—33, 38, 39, 60 teilw., 62—64, 89/65 teilw., 66, 67, 90/68, 91/69, 70—72, 73/2, 73/2 teilw., 74/1 teilw., 75, 76, 84; Flur 15, Flurstücke 8, 10/1, 11, 12, 33, 34/1, 36/1, 39—44, 45 teilw., 46—59, 60/1, 61/1, 62/1, 63/1, 64/2, 66/1, 67/1, 68/1, 69—72, 73 teilw., 74—78, 91, 92, 93/1, 94, 95, 96 teilw., 97 teilw., 101 teilw., 104, 105, 106, 107 teilw., Flur 16, Flurstücke 1, 2, 93/3, 4, 5/1, 5/3, 5/4, 6, 7/1 8/1, 9, 13 teilw., 14 teilw., 58—60, 94/61 teilw. und

c) als weitere Schutzzone (Zone III)

die Grundstücksfläche umfaßt, die auf der topographischen Übersichtskarte (M 1 : 10 000) gelb umrandet ist.

Die topographische Übersichtskarte (M 1 : 10 000) sowie die Abzeichnung der Flurkarte (M 1 : 1500) in dem die Zone I rot, die Zone II blau und die Zone III gelb abgegrenzt ist, sind Bestandteil dieser Anordnung. Sie sind in ihrer maßgeblichen Ausfertigung beim Regierungspräsidenten in Kassel — Wasserbuchbehörde — niedergelegt; weitere Ausfertigungen derselben befinden sich beim Landrat in Frankenberg, beim Wasserwirtschaftsamt in Marburg, beim Hess. Landesamt für Bodenforschung in Wiesbaden und beim Bürgermeister in Ernsthausen.

Die Anordnung gilt ab 15. Juni 1967.

II.

Innerhalb der Schutzzonen sind alle Handlungen verboten, durch die das Grundwasser verunreinigt oder sonst in seiner Eigenschaft nachteilig verändert werden kann.

Im einzelnen gelten folgende Schutzvorschriften:

a) Im Fassungsereich

sind folgende Handlungen verboten:

1. das Betreten des Fassungsereichs durch Unbefugte;
2. jegliche Nutzung des Fassungsereichs insbesondere Beweidung derselben; eine etwaige Heuwerbung ist zulässig, jedoch dürfen Zugtiere hierbei die Fläche nicht betreten;
3. jegliche Anwendung von natürlichem Dünger und stickstoffhaltigen Düngemitteln;
4. die Verwendung von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen und Aufwuchs.

Im übrigen gelten auch die Verbote, die bei b) und c) aufgeführt sind.

b) In der engeren Schutzzone

sind folgende Handlungen verboten:

1. Eingriffe unter die Erdoberfläche, wie z. B. die Anlage von Kies-, Ton- und Sandgruben und Steinbrüchen, durch die die belebte Bodenzone verletzt und die Deckschicht vermindert wird, sowie Abgrabungen mit aufgedeckter Grundwasseroberfläche;
2. jegliche Bebauung;
3. die Ablagerung von Schutt und Abfallstoffen;
4. das Vergraben von Tierleichen;
5. die Anlage von Gärfuttermieten;
6. die Anlage von Zelt-, Lager- und Sportplätzen;
7. die Anlage von Treibstoff- und Öllagern;
8. das Waschen von Kraftfahrzeugen;
9. die Durchleitung von Abwasser durch die engere Schutzzone, es sei denn, daß die Abwasserleitungen aus Steinezeugrohren oder Schleuderbetonrohren bestehen, die nach DIN 4038 an den Verbindungsstellen gedichtet worden sind;
10. die animalische Düngung, sofern die Dungstoffe nach der Anfuhr nicht sofort verteilt werden oder die Gefahr ihrer oberirdischen Abschwemmung in den Fassungsereich besteht;
11. die unsachgemäße Verwendung von Jauche, Kunstdünger und Schädlingsbekämpfungsmitteln;
12. die Neuanlage von befestigten für Kraftfahrzeuge zugelassenen Wegen und Straßen, wenn nicht sicher gestellt worden ist, daß das auf ihnen anfallende Wasser mittels dichter Seitengräben und Kanäle aus der engeren Schutzzone abgeführt wird.

Im übrigen gelten auch die Verbote, die unter c) aufgeführt sind.

c) In der weiteren Schutzzone

sind folgende Handlungen verboten:

1. die Anlage von Abwasserverregnungs- und Verrieselungsanlagen, von Kläranlagen und Sickergruben, Müllkippen und Halden mit auslaugbaren Bestandteilen;
2. das Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr;
3. die Ablagerung von Öl, Teer, Phenolen, Giften und Schädlingsbekämpfungsmitteln in offenen und nicht sorgfältig gedichteten Gruben;
4. das Verlegen von Treibstoff- und Ölleitungen;
5. das Lagern von Heizöl- und Treibstoff in Behältern von mehr als 40 m³ Inhalt. Sofern keine zusätzlichen Kontrollgeräte zur selbsttätigen Anzeige von Undichtigkeiten und keine Auffangräume, die den Fassungsvermögen der Behälter entsprechen vorhanden sind, dürfen auch Behälter bis zu 40 m³ nicht aufgestellt werden.
Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich;
6. größere Erdaufschlüsse ohne ausreichende Sicherung;
7. die Anlage von Siedlungen ohne einwandfreie Kanalisation oder Wohnbauten ohne wasserdichte Gruben aus Stahlbeton und
8. die Anlage neuer Friedhöfe.

III.

Über Ausnahmen von den Schutzbestimmungen entscheidet auf Antrag die obere Wasserbehörde. Soweit andere gesetzliche Zuständigkeiten nicht gegeben sind, hat die untere Wasserbehörde die Durchsetzung der Anordnung zu überwachen.

IV.

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung können gemäß § 41 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushaltes vom 27. 7. 1957, wenn sie vorsätzlich begangen werden, mit einer Geldbuße bis zu 10 000,— DM, wenn sie fahrlässig begangen werden, mit einer Geldbuße bis zu 5000,— DM geahndet werden.

Kassel, 12. 5. 1967

Der Regierungspräsident
III/5 Az.: 79 b 06/15 (Nr. 129)
gez. Schneider
StAnz. 27/1967 S. 807

681

Anordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinde Rechtebach, Krs. Eschwege

I.

Auf Antrag und zugunsten der Gemeinde Rechtebach wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten und geprüften Unterlagen (Anlagen 1—17) für deren Trinkwassergewinnungsanlagen (alte und neue Quelfassung) gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushaltes vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 110 ff) in Verbindung mit § 25 des Hess. Wassergesetzes vom 6. 7. 1960 (GVBl. S. 69 ff) ein in Zonen unterteiltes Wasserschutzgebiet festgesetzt, das

a) als Fassungsgebiete (Zone I)

die Grundstücke Gemarkung Rechtebach, Flur 4, Flurstücke 14 teilw., 21, 22/1 und 22/2 teilw.

b) als engere Schutzzone (Zone II)

die Grundstücke Gemarkung Rechtebach, Flur 4, Flurstücke 95/1, 96/2 teilw., 13 teilw., 14 teilw., 15, 16 teilw., 17—20, 22/2 teilw., 71 teilw., 72 teilw., 76 teilw., 77, Flur 5, Flurstücke 32 teilw., 33, 34, 72 teilw., 74 teilw. und

c) als weitere Schutzzone (Zone III)

die Grundstücksfläche umfaßt, die auf der topographischen Übersichtskarte (M 1:10 000) gelb umrandet ist.

Die topographische Übersichtskarte (M 1:10 000) sowie die Abzeichnung nach den Flurkarten (M 1:1500) in dem die Zone I rot, die Zone II blau und die Zone III gelb abgegrenzt ist, sind Bestandteil dieser Anordnung. Sie sind in ihrer maßgeblichen Ausfertigung bei m Regierungspräsidenten in Kassel — Wasserbuchbehörde — niedergelegt; weitere Ausfertigungen derselben befinden sich beim Landrat in Eschwege, beim Kreisausschuß des Landkreises — Kreisbauamt — in Eschwege, beim Wasserwirtschaftsamt in Kassel, beim Hess. Landesamt für Bodenforschung in Wiesbaden und beim Bürgermeister in Rechtebach.

Die Anordnung gilt ab 1. Juli 1967.

II.

Innerhalb der Schutzzone sind alle Handlungen verboten, durch die das Grundwasser verunreinigt oder sonst in seiner Eigenschaft nachteilig verändert werden kann.

Im einzelnen gelten folgende Schutzvorschriften:

a) In den Fassungsgebieten

sind folgende Handlungen verboten:

1. das Betreten der Fassungsgebiete durch Unbefugte;
2. jegliche Nutzung der Fassungsgebiete insbesondere Beweidung derselben; eine etwaige Heuwerbung ist zulässig, jedoch dürfen Zugtiere hierbei die Fläche nicht betreten;
3. jegliche Anwendung von natürlichem Dünger und stickstoffhaltigen Düngemitteln;
4. die Verwendung von chemischen Mitteln zur Bekämpfung von Schädlingen und Aufwuchs.

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten der in dem Fassungsgebiet der neuen Quelfassung liegenden Grundstücke werden verpflichtet zu dulden, daß dieser Fassungsgebiet eingezäunt und mit einer zusammenhängenden Grasdecke versehen und stets sorgfältig gepflegt wird, sowie daß an der Umzäunung Verbotsschilder aufgestellt werden.

Im übrigen gelten auch die Verbote, die bei b) und c) aufgeführt sind.

b) In der engeren Schutzzone

sind folgende Handlungen verboten:

1. Eingriffe unter die Erdoberfläche, wie z. B. die Anlage von Kies-, Ton- und Sandgruben und Steinbrüchen, durch die die belebte Bodenzone verletzt und die Deckschicht vermindert wird, sowie Abgrabungen mit aufgedeckter Grundwasser Oberfläche;
 2. jegliche Bebauung;
 3. die Ablagerung von Schutt und Abfallstoffen;
 4. das Vergraben von Tierleichen;
 5. die Anlage von Gärfuttermieten;
 6. die Inlage von Zelt-, Lager- und Sportplätzen;
 7. die Anlage von Treibstoff- und Öllagern;
 8. das Waschen von Kraftfahrzeugen;
 9. die Durchleitung von Abwasser durch die engere Schutzzone, es sei denn, daß die Abwasserleitungen aus Steinzeugrohren oder Schleuderbetonrohren bestehen, die nach DIN 4038 an den Verbindungsstellen gedichtet worden sind;
 10. die animalische Düngung, sofern die Düngstoffe nach der Anfuhr nicht sofort verteilt werden oder die Gefahr ihrer oberirdischen Abschwemmung in den Fassungsgebiet besteht; eine natürliche Düngung des nach dem Fassungsgebiet der neuen Quelfassung hin entwässernden Flurstücks 20, Flur 4, Gemarkung Rechtebach ist untersagt;
 11. die unsachgemäße Verwendung von Jauche, Kunstdünger und Schädlingsbekämpfungsmitteln;
 12. die Neuanlage von befestigten für Kraftfahrzeuge zugelassenen Wegen und Straßen, wenn nicht sicher gestellt worden ist, daß das auf ihnen anfallende Wasser mittels dichter Seitengräben und Kanäle aus der engeren Schutzzone abgeführt wird.
- Im übrigen gelten auch die Verbote, die unter c) aufgeführt sind.

c) In der weiteren Schutzzone

sind folgende Handlungen verboten:

1. die Anlage von Abwasserverregnungs- und Verrieselungsanlagen, von Kläranlagen und Sickergruben, Müllkippen und Halden mit auslaugbaren Bestandteilen;
2. das Entleeren von Wagen der Fäkalienabfuhr;
3. die Ablagerung von Öl, Teer, Phenolen, Giften und Schädlingsbekämpfungsmitteln in offenen und nicht sorgfältig gedichteten Gruben;
4. das Verlegen von Treibstoff- und Ölleitungen;
5. das Lagern von Heizöl- und Treibstoff in Behältern von mehr als 40 m³ Inhalt. Sofern keine zusätzlichen Kontrollgeräte zur selbsttätigen Anzeige von Undichtheiten und keine Auffangräume, die den Fassungsvermögen der Behälter entsprechen vorhanden sind, dürfen auch Behälter bis zu 40 m³ nicht aufgestellt werden. Bei doppelwandigen Behältern ist ein Auffangraum nicht erforderlich;
6. größere Erdaufschlüsse ohne ausreichende Sicherung;
7. die Anlage von Siedlungen ohne einwandfreie Kanalisation oder Wohnbauten ohne wasserdichte Gruben aus Stahlbeton und
8. die Anlage neuer Friedhöfe.

III.

Über Ausnahmen von den Schutzbestimmungen entscheidet auf Antrag die obere Wasserbehörde. Soweit andere gesetzliche Zuständigkeiten nicht gegeben sind, hat die untere Wasserbehörde die Durchsetzung der Anordnung zu überwachen.

IV.

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung können gemäß § 41 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushaltes vom 27. 7. 1957, wenn sie vorsätzlich begangen werden, mit einer Geldbuße bis zu 10 000,— DM, wenn sie fahrlässig begangen werden, mit einer Geldbuße bis zu 5000,— DM geahndet werden.

Kassel, 22. Mai 1967

Der Regierungspräsident
III 5 Az.: 79 b 06/15 (Nr. 131)
gez. Schneider
StAnz. 27/1967 S. 808

682**Luftfahrtmedizinische Untersuchungsstellen**

Als fliegerärztliche Untersuchungsstellen für Tauglichkeitsuntersuchungen der Tauglichkeitsklasse III gemäß den Richtlinien zu BMV — L 3 — 367 — 284 Vm/61 vom 28. Februar 1962 und § 24 (3) der Luftverkehrszulassungsordnung wurden anerkannt:

Dr. med. W. Baum, 35 Kassel-Ndz., Frankfurter Straße 180,

Dr. med. F. C. Hundhausen, 35 Kassel-Ki., Teichstr. 33 und

Dr. med. Ernst D. Voigt, Inst. f. Arbeitsphysiologie, Hess. Lichtenau, Am Mühlenberg 20.

Kassel, 24. 4. 1967

Der Regierungspräsident

I/3 Az.: 66 m 28/05

StAnz. 27/1967 S. 809

683**Benennung von Wohnplätzen in der Stadt Felsberg, Kreis Melsungen**

Auf Grund des § 12 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. 7. 1960 (GVBl. S. 103) werden mit Wirkung vom 1. April 1967 die Wohnplätze

1. Im Altenburger Feld,

2. Am Kies

in der Stadt Felsberg im Landkreis Melsungen eingerichtet und neu benannt.

Kassel, 28. 4. 1967

Der Regierungspräsident

I/2 a — Az.: 3 k 08/01

StAnz. 27/1967 S. 809

684**Verlust von Fleischbeschaustempeln**

Die Fleischbeschaustempel „Tauglich“ und „Trichinenfrei“ mit der Aufschrift „Oberkaufungen T.U.“ werden für ungültig erklärt. Jede weitere Benutzung der für ungültig erklärten Stempel wird strafrechtlich verfolgt. Die neuen Stempel tragen die Aufschrift „Oberkaufungen T.U. *“ (Sternchen).

Kassel, 8. 6. 1967

Der Regierungspräsident

I/7 Az.: 19a 12/09

StAnz. 27/1967 S. 809

685**WIESBADEN****Öffentliche Zustellung eines Widerspruchsbescheides**

In der Widerspruchssache des Herrn Bozo Jovic, geboren am 17. 1. 1923, zuletzt wohnhaft in Bischofsheim, Kreis Hanau, Spessartstraße 30, gegen das Land Hessen, vertreten durch den Landrat des Landkreises Hanau, Eugen-Kaiser-Str. 10, wegen Aufenthaltserlaubnis für die Bundesrepublik Deutschland, gebe ich bekannt, daß der Widerspruchsbescheid in Erfüllung des § 1 Hess. VwZG vom 14. 2. 1957 (GVBl. 1957, S. 9) in Verbindung mit § 15 VwZG des Bundes vom 3. 7. 1952 (BGBl. S. 379) bei dem Regierungspräsidenten in Wiesbaden, Tausenstraße 51, Zimmer 207, ausliegt.

Wiesbaden 29. 5. 1967

Der Regierungspräsident

I 3 — (3) — 23 d — Tgb.-Nr. 1042/66

StAnz. 27/1967 S. 809

Buchbesprechungen

Lastenausgleich. Kommentar von Harmening-Schubert. 35. Lieferung, 752 S., 40,— DM. Grundwerk mit 35. Lieferung rund 12 350 S. in 6 Leinenordnern 198,— DM. Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Die vorliegende Lieferung bringt den Kommentar auf den Stand vom 1. 12. 1966. An umfangreichen Titeln enthält sie insbesondere Neufassungen oder Ergänzungen der Rundschreiben über die Umwandlung von Darlehen in Hauptentschädigung, die Kriegsschadensrente, die Wirtschaftsführung, das Lastenausgleichsverfahren sowie die Aufhebung und Änderung von Bescheiden. Das letzte ist insofern von allgemeinem Interesse, als es in Angleichung an die Rechtsprechung eine Reihe von Grundsätzen fixiert, die auf anderen Verwaltungsgebieten noch nicht mit der gleichen Genauigkeit ausgearbeitet worden sind. Die Lieferung schließt mit zahlreichen Rechtsprechungsblättern, die sich diesmal fast ausschließlich auf den Abgabenteil beziehen. Ministerialrat Loch

Allgemeines Staatsrecht und Bundesstaatsrecht. Von Dipl.-Komm. Josef Pütz, Amtsdirektor, Dozent an der Verwaltungsschule Dürren. 6., ergänzte Auflage, 104 S. DIN A 5, kart., 4,80 DM. Erich Schmidt Verlag, Berlin, Bielefeld, München.

Nach dem Vorwort des Verfassers ist das vorliegende Buch für die Schulung der Behördenbediensteten gedacht. Es soll einmal den bereits fachlich ausgebildeten Beamten und Angestellten ein Nachschlagewerk sein und zum anderen die Arbeit an den Verwaltungsschulen unterstützen. Wie sehr das Werk als Leitfaden geeignet ist, dieser Zielsetzung zu entsprechen, beweist schon die Tatsache, daß bereits eine 6. Auflage notwendig geworden ist.

Der Leser, der zum ersten Mal das Buch aufschlägt, wird in zweifacher Hinsicht angenehm überrascht: erstens von dem Umfang des verarbeiteten Stoffes und zweitens von der klaren, übersichtlichen Darstellung. Das Buch ist gegliedert in die beiden Teile „Allgemeines Staatsrecht“ und „Bundesstaatsrecht“. Der erste Teil behandelt in 12 Paragraphen die Begriffe des Staatsrechts, des Staates und seiner Elemente, ferner Verfassung, Volkssouveränität, Volksvertretung, Staatsformen, demokratische Regierungsformen, Staatenverbindungen und Recht und Staat sowie Rechtsgestaltung. Der zweite Teil befaßt sich mit der Entstehung des Grundgesetzes, Bund und Ländern, Bundestag, Bundesrat, Bundespräsident, Bundesregierung, Bundesgesetzgebung, Ausführung der Bundesgesetze und der Bundesverwaltung sowie der Rechtsprechung und dem Finanzwesen.

Die einzelnen Paragraphen sind mehrfach untergegliedert. Mit Hilfe der mehrseitigen Inhaltsübersicht und des umfangreichen Sachregisters ist ein rasches Auffinden jeder gesuchten Sachfrage gewährleistet.

Die Darstellung der einzelnen Abhandlungen ist präzise in sprachlicher Hinsicht und sehr einprägsam in der äußeren Form. Besonders hervorzuheben sind die zahlreichen Begriffsdefinitionen, die auch einem nicht mit der Materie Vertrauten dieses Rechtsgebiet anschaulich nahebringen. Technische Hilfsmittel sind hierbei die Verwendung von Fettdruck für die wesentlichsten Aussagen und die Darstellung der verschiedenen Gesetzgebungsverfahren in Schaufeln. Hinweise auf Rechtsgrundlagen beschränken sich fast ausschließlich auf die Bestimmungen des Grundgesetzes. Des weiteren verzichtet das Buch im Text auf die Anführung von Literatur und Rechtsprechung. Diese sicher bewußte Beschränkung ist nach Ansicht des Rezensenten im Hinblick auf die vorgesehene Zweckbestimmung nur zu begrüßen. Wer zuverlässige Grundlagenkenntnisse benötigt, sollte zunächst davor bewahrt bleiben, durch Hinweise auf schwierige und ungeklärte Rechtsfragen verwirrt zu werden. Das Buch kann dementsprechend uneingeschränkt jedem empfohlen werden, der sich solide Vorstellungen von der Organisation und der Funktion unseres Staatswesens verschaffen will. Insbesondere den Nachwuchskräften wird der Leitfaden auf den Verwaltungsschulen ein willkommener Helfer sein.

Oberregierungsrat Dr. Rösner

RKG Reichsknappschaftsgesetz, Kommentar der knappschaftlichen Rentenversicherung von Dr. F. Etmer, Vizepräsident des Hessischen Landessozialgerichts. 7. Ergänzungslieferung 24,80 DM, 8. Ergänzungslieferung 11,20 DM. Stand: 31. Dezember 1966. Preis des Werkes einschließlich dieser Ergänzungen 33,— DM. Verlag R. S. Schulz, München.

Seit der letzten Ergänzungslieferung, die im StAnz. 1966 S. 833 besprochen ist, ist dem Kommentar zum Reichsknappschaftsgesetz der Text des Gesetzes mit kurzen Anmerkungen vorangestellt. Dadurch hat sich die Übersichtlichkeit erhöht. In diesen Teil des Werkes arbeitet der Verfasser durch die 7. Ergänzungslieferung die Änderungen ein, die sich durch das Zweite RVÄndG vom 23. 12. 1966 (BGBl. I S. 745) und durch das Finanzplanungsgesetz vom 23. 12. 1966 (BGBl. I S. 697) ergeben haben. Auf die Quellen für einzelne Änderungen und auf die frühere Fassung ist hingewiesen.

Den Kommentar hat der Verfasser durch die unmittelbar hintereinander erschienenen 7. und 8. Ergänzungslieferung nach dem Stand vom 31. 12. 1966 wiederum erheblich ausgebaut. Das neue Schrifttum ist eingearbeitet. Die Rechtsprechungsübersichten sind ergänzt. Da § 30 Abs. 1 Nr. 1 RKG gestrichen worden ist, ist aus Versehen beim Abdruck dieser Bestimmung vor den Erläuterungen der Beginn des Absatzes („versicherungsfrei ist“) nicht mit abgedruckt worden.

Der Abdruck des Gesetzestextes mit den kurzen Anmerkungen und der erhebliche Ausbau der Erläuterungen mit einer noch deutlicheren Untergliederung haben den Kommentar noch übersichtlicher gemacht.

Regierungsdirektor Dr. Reuß

Öffentlicher Anzeiger

ZUM „STAATS-ANZEIGER
FÜR DAS LAND HESSEN“

1967

Montag, den 3. Juli 1967

Nr. 27

Gerichtsangelegenheiten

2202

Erlaubnisurkunde

371 a E — 1.1074: Herrn Hermann Hölzle, geboren am 3. 8. 1933, vorher wohnhaft gewesen in Wiesbaden, Marienthaler Straße 3, jetzt wohnhaft in Frankfurt (Main)-Schwanheim, Völklinger Weg 66, wird auf Grund des Gesetzes zur Verhütung von Mißbräuchen auf dem Gebiet der Rechtsberatung vom 13. 12. 1935 (RGBl. I S. 1478) die Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten unter Beschränkung auf das Gebiet der gesetzlichen Rentenversicherung — Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten — für den Amtsgerichtsbezirk Frankfurt (Main) erteilt.

Die Erteilung der Erlaubnis wird mit der Auflage verbunden, jede Vermittlung von Versicherungsverträgen zu unterlassen.

Mit der Zulassung wirkt das Werbeverbot des § 1 Abs. 3 der 2. Ausf. VO zum Rechtsberatungsmißbrauchsgesetz vom 3. 4. 1936 (RGBl. I S. 359). Als einzige werbende Maßnahme ist die Verwendung der Berufsbezeichnung „Rechtsbeistand“ erlaubt. Alle anderen werbenden Maßnahmen sind untersagt.

Diese Erlaubnis berechtigt nicht zum mündlichen Verhandeln vor Gericht.

Die Aufnahme der Tätigkeit im Amtsgerichtsbezirk Frankfurt (Main) darf erst erfolgen, wenn Herr Hölzle nachweist, daß er auf seine Zulassung in Wiesbaden unter Rückgabe der dortigen Erlaubnisurkunde verzichtet hat.

Geschäftssitz ist Frankfurt (Main).

6 Frankfurt (Main), 5. 6. 1967

Der Amtsgerichtspräsident
Karnath

2203 Güterrechtsregister

GR 324 — 13. 6. 1967: Die Eheleute Dietrich Hahn, Alsfeld, Mainzer Tor 5, und Ingeborg Marie-Luise, geb. Frings, haben durch Vertrag vom 7. April 1967 Gütertrennung vereinbart.

632 Alsfeld, 13. 6. 1967

Amtsgericht

2204

Neueintragung

GR 327: Kaufmann Kurt Eisenbach, Ober-Erlenbach, Homburger Str. 54, und dessen Ehefrau Margot Hildegard, geb. Koch, haben durch notariellen Vertrag vom 4. April 1967 Gütertrennung vereinbart.

6368 Bad Vilbel, 15. 6. 1967

Amtsgericht

2205

Neueintragung

GR 261 — 19. Juni 1967: Horst Weigelt und Marlies, geb. Möller, Niederwalluf. Durch Vertrag vom 8. Juni 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

6228 Eltville, 19. 6. 1967

Amtsgericht

2206

Neueintragung

GR 260 — 19. Juni 1967: Karl-Heinz Weigelt und Gisela, geb. Schröder, Niederwalluf.

Durch Vertrag vom 8. Oktober 1965 ist Gütertrennung vereinbart.

6228 Eltville, 19. 6. 1967

Amtsgericht

2207

6 GR 520 — 7. 6. 67: Fabrikant Bertram Schrot und Ehefrau Elisabeth, geb. Großkurth, Albugen.

Durch Ehevertrag vom 29. April 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

344 Eschwege, 12. 6. 1967

Amtsgericht

2208

GR 1226 — 18. Mai 1967: Die Eheleute Dipl.-Ing. Hermann Franz Fautz und Margarete Mathilde, geb. Wenk, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 21. April 1967 Gütertrennung vereinbart.

GR 1227 — 26. Mai 1967: Die Eheleute Hans Peter Hanke, Dachdeckermeister, und Irmtraut Stefanie, geb. Hermann, beide in Hahn bei Pfungstadt, haben durch Vertrag vom 9. März 1967 Gütertrennung vereinbart.

GR 1228 — 16. Juni 1967: Die Eheleute Volker Schmidt, Architekt, und Helga, geb. Bernjuss, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 17. März 1967 den gesetzlichen Güterstand der Zugewinnngemeinschaft ausgeschlossen.

GR 1229 — 16. Juni 1967: Die Eheleute Manfred Werner, Tankwart, und Renate, geb. Eichhorn, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 24. Mai 1967 Gütertrennung vereinbart.

GR 1230 — 22. Juni 1967: Die Eheleute Erdmann Röhle, kaufm. Angestellter, und Lieselotte, geb. Ernst, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 11. Mai 1967 Gütertrennung vereinbart.

61 Darmstadt, 23. 6. 1967

Amtsgericht

2209

73 GR 5262 a: Schreinermeister August Blasius Hüllmandel und Hildegard, geb. Pieper, Frankfurt (Main).

Durch Vertrag vom 10. Mai 1967 ist die Gütertrennung aufgehoben.

73 GR 9375: Architekt Hans Günther Fischer und Adele, geb. Kirstein, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 7. April 1967 ist die Gütertrennung aufgehoben.

73 GR 11128: Kaufmann Benno Blumtritt und Heidrun, geb. Wohlfart, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 20. Februar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11129: Kaufmann Michael Heinrich Weinand und Erna, geb. Limpl, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 13. Dezember 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11130: Elektromeister Werner Kern und Marianne, geb. Schulz, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 14. März 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11131: Student Dieter Holland und Wiltrud, geb. Jehmlich, Bad Soden (Taunus).

Durch Ehevertrag vom 16. März 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11132: Kaufmann Siegfried Meinhold und Anna Marie, geb. Krams, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 14. April 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11133: Kaufmann Max Gerhard Lehmann und Martha Elfriede, geb. Holdener, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 24. April 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11134: Kaufmann Fritz Arno Mareck und Hedwig, geb. Steinmetz, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 18. April 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11135: Kraftfahrzeugmeister Dieter Schumacher und Ingrid, geb. Buchmann, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 5. April 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11136: Kaufmann Knut Lindenberg und Gerhild, geb. Deubner, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 16. Dezember 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11137: Kaufmann Klaus Garthe und Sieglinde, geb. Burgmann, Sulzbach (Taunus).

Durch Ehevertrag vom 13. April 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11138: Bankkaufmann Otto Dahms und Dodo Marga, geb. Rauert, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 14. Februar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11139: Pflasterer Josef Heckwolf und Inge, geb. Just, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 24. April 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11140: Bauingenieur Horst Sottke und Ingeborg, geb. Jost, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 17. März 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11141: Ingenieur Claus Weiss und Christa, geb. Overheil, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 13. April 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11142: Kaufmännischer Angestellter Erwin Friedrich Appelt und Elga Gisela, geb. Lucas, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 8. April 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11143: Malermeister Helmut Josef Emmerich, Frankfurt (Main), und Anita, geb. Schwaller, Breitenborn.

Durch Ehevertrag vom 13. März 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11144: Wissenschaftler Assistent Dr. Klaus Heinrich Ludwig Wolf und Dr. Christel, geb. Bühler, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 21. April 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 145: Verleger Dr. Rudolf Wilhelm Oscar Hans Tetzlaff und Ingeborg, gesch. Eichler, geb. Langer, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 14. April 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 11 146: Kaufmann Alexander Sutter und Hildegard, geb. Paffen, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 20. April 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

6 Frankfurt (Main), 13. 6. 1967

Amtsgericht, Abt. 73

2210

GR Nr. 113 — 12. 6. 67: Die Eheleute Bäckermeister Franz Josef Fuhrmann und Ottilie, geb. Mette, Fritzlar, haben durch notariellen Vertrag vom 27. 4. 1967 Gütertrennung vereinbart.

3580 Fritzlar, 12. 6. 1967

Amtsgericht

2211

Neueintragung

4a GR 419 A — 9. 6. 1967: Ehegatten: Flugzeugführer Johannes Jacobus Brookhins und Ehefrau Flugbegleiterin Margit Brookhins, geb. Ewald, Trebur, Nollbühlstraße 22.

Durch Vertrag vom 26. April 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

665 Groß-Gerau, 9. 6. 1967

Amtsgericht

2212

GR 70 a: Eheleute Gerhard Olemotz und Ehefrau Edith, geb. Sperner, beide in Kesselbach (Krs. Gießen).

Durch notariellen Vertrag vom 21. Dezember 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

631 Grünberg, 9. 6. 1967

Amtsgericht

2213

GR 178 — 16. 6. 1967: Ehegatten: Eheleute Kraftfahrer Eduard Baumann und Hermine, geb. Schmid, in Sielen.

Durch Vertrag vom 8. Juni 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

352 Hofgeismar, 19. 6. 1967

Amtsgericht

2214

Neueintragung

GR II 322: Maschinenstricker Walter Sann und Gerlinde Katharina Anna Elisabeth Sann, geb. Giesen, wohnhaft in Wahlen (Kreis Alsfeld).

Durch notariellen Vertrag vom 12. April 1967 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen und Gütertrennung vereinbart.

6313 Homberg (Kreis Alsfeld), 7. 6. 1967

Amtsgericht

2215

GR 261 — 14. 6. 1967: Eheleute Maurer Walter Hegel und Ehefrau Emma Hegel, geb. Gottschalk, Neerdar, Haus Nr. 14.

Durch notariellen Vertrag vom 8. 5. 1967 ist die Gütergemeinschaft des Bürgerlichen Gesetzbuches vereinbart.

354 Korbach, 16. 6. 1967

Amtsgericht

2216

Neueintragung

GR 295 A: Handke, Karl Ludwig, Kaufmann, und Emma, geb. Werner, in Langen, Neckarstraße 15.

Durch Vertrag vom 18. November 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

607 Langen, 8. 6. 1967

Amtsgericht

2217

Neueintragung

GR 764 — 8. Juni 1967: Ehegatten: Holger Retzlaff, Koch und Elisabeth Ursula, geb. Luxem, beide in Marburg, Roter Hof 2.

Durch notariellen Vertrag vom 20. April 1967 ist die Zugewinnsgemeinschaft aufgehoben worden.

355 Marburg (Lahn), 8. 6. 1967

Amtsgericht

2218

Neueintragung

GR IV. Nr. 41: Sülzle, Arnold, Kaufmann, und Marie Katharine Sülzle, geb. Ewald, wohnhaft in Erbach (Odw.).

Durch notariellen Ehevertrag vom 2. 5. 1967 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Verwaltung des Gesamtguts obliegt den Ehegatten gemeinschaftlich.

Das Einzelhandelsgeschäft und der Schlossereibetrieb in Erbach (Odw.), Bahnstraße 9, die die Ehefrau mit Vertrag vom 23. 3. 1967 — Urk.-Rolle Nr. 106/1967 des Notars Diersch in Erbach (Odw.) — erworben hat bzw. noch erwerben wird, sind Vorbehaltsgut der Frau.

612 Michelstadt, 12. 6. 1967

Amtsgericht

2219

Neueintragung

Rü GR 198 — 6. Juni 1967: Durch Vertrag vom 24. Mai 1967 haben die Eheleute Heinrich Heisel, Bauschlosser, und Hildegard, geb. May, Rüsselsheim, Wingerterweg 4, Gütergemeinschaft vereinbart.

609 Rüsselsheim, 6. 6. 1967

Amtsgericht Groß-Gerau
Zweigstelle Rüsselsheim

2220

Neueintragung

Rü GR 199: Durch Ehevertrag vom 5. Juni 1967 haben die Eheleute Walter Roth, techn. Angestellter, in Rüsselsheim, und Maria Roth, geb. Kinkel, daselbst, Gütergemeinschaft vereinbart.

609 Rüsselsheim, 21. 6. 1967

Amtsgericht Groß-Gerau
Zweigstelle Rüsselsheim

2221

Neueintragung

Rü GR 200 — 22. Juni 1967: Durch Ehevertrag vom 9. Juni 1967 haben die Eheleute August Dörsam, Polsterer, und Maria, geb. Koneczny, in Rüsselsheim, Robert-Schumann-Straße 12, Gütergemeinschaft vereinbart.

609 Rüsselsheim, 23. 6. 1967

Amtsgericht Groß-Gerau
Zweigstelle Rüsselsheim

2222

Neueintragung

3 GR 135: Orth Johann Walter, Unternehmer, Obertiefenbach (Oberlahnkreis), und Hildegard, geb. Schmitt.

Durch Vertrag vom 16. Mai 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

6251 Runkel (Lahn), 9. 6. 1967

Amtsgericht

2223

Neueintragung

GR 91: Wolanska, Karl, Maschinenführer, und Ursula, geb. Schmitz, Wiera.

Durch notariellen Vertrag vom 10. Februar 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

3578 Treysa, 20. 6. 1967

Amtsgericht

2224

GR 556: Eheleute Ludwig Korbächer und Elfriede, geb. Reeh, Vetzberg.

Durch Ehevertrag vom 11. Mai 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

633 Wetzlar, 20. 6. 1967

Amtsgericht

2225

GR 2828 — 5. 6. 67: Dauth, Edgar, Ton-techniker, und Erika, geb. Tornack, in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 23. Mai 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2829 — 5. 6. 67: Binnentreu, Walter, Kaufmann, und Inge, geb. Hoppe, Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 26. April 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

Gr 2830 — 8. 6. 67: Bernauer, Walter, Kaufmann, und Dr. Annemarie, geb. Hennig, Ärztin, Wiesbaden-Biebrich.

Durch Ehevertrag vom 12. Mai 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2831 — 8. 6. 67: Trautmann, Peter, kaufm. Angestellter, und Elisabeth, geb. Henk, Mainz-Kostheim.

Durch Ehevertrag vom 18. Mai 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2832 — 13. 6. 67: Dr. Gerhold, Helmut und Elisabeth Hildegard Gerhold, gen. Marion von Prohaska, geb. Sikor, Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 17. Mai 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2833 — 13. 6. 67: Rienhardt, Karl Josef, Drucker, und Ingeborg, geb. Schielke, Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 9. Mai 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2834 — 15. 6. 67: Schmid, Anton, Rechtsanwalt, und Astrid, geb. Drews, Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 29. Mai 1967 ist Gütertrennung vereinbart.

62 Wiesbaden, 20. 6. 1967

Amtsgericht

2226

Vereinsregister

Neueintragung

VR 76: Männergesangsverein Sängerkunst 1892 e. V., Sitz: Nieder-Eschbach.

6368 Bad Vilbel, 15. 6. 1967

Amtsgericht

2227

Neueintragung

VR 239 — 9. 6. 1967: Akkordeon-Club Blau-Weiß in Bensheim.

614 Bensheim, 9. 6. 1967

Amtsgericht

2228

Neueintragung

VR 237 — 9. 6. 1967: Angelsportverein 1966 Lorsch in Lorsch.

614 Bensheim, 9. 6. 1967

Amtsgericht

2229

VR 1133 — 30. Mai 1967: Forschungsgemeinschaft für Arbeitsstudien und Produktivitätsentwicklung e. V. in Darmstadt.

61 Darmstadt, 23. 6. 1967

Amtsgericht

2230**Neueintragung**

VR 17 — 29. Mai 1967: Sportanglerverein „Forelle 67“ e. V., Sitz: Felsberg.

Die Satzung ist am 7. Januar 1967 errichtet. Der Vorsitzende, im Verhinderungsfalle der stellvertretende Vorsitzende, vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich.

3582 Felsberg, 6. 6. 1967

Amtsgericht Melsungen
Zweigstelle Felsberg

2231**Neueintragungen****Mit dem Sitz in Frankfurt (Main)**

73 VR 5035 — 23. 5. 1967: Landesverband Hessen für das Personenbeförderungsgewerbe (Pkw-Betriebe).

73 VR 5037 — 23. 5. 1967: Arabisches Zentrum — Gesellschaft für deutsch-arabische Freundschaft.

73 VR 5038 — 23. 5. 1967: Akademisches Motorsportteam der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt (Main).

73 VR 5039 — 23. 5. 1967: Deutsche Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen mit Israel.

6 Frankfurt (Main), 13. 6. 1967

Amtsgericht, Abt. 73

2232**Neueintragung**

VR 205 — 2. 6. 1967: Hessische Gesellschaft zur Förderung der Hörgeschädigten e. V. in Friedberg (Hessen).

636 Friedberg (Hessen), 2. 6. 1967

Amtsgericht

2233

VR 68 — 20. 6. 1967: Turn- und Sportverein Jahn 1906 Obermöllrich-Cappel, Sitz Obermöllrich.

3580 Fritzlar, 20. 6. 1967

Amtsgericht

2234

VR 455 — 12. 6. 1967: Turn- und Sportverein 05 Treis (Lda). Sitz des Vereins ist Treis an der Lumda.

63 Gießen, 15. 6. 1967

Amtsgericht

2235**Veränderung**

4 a VR 141 — 19. 6. 1967: Kreisverband Handel, Handwerk und Gewerbe in Groß-Gerau.

Die Generalversammlung vom 1. Oktober 1966 hat die Auflösung des Vereins beschlossen.

608 Groß-Gerau, 19. 6. 1967

Amtsgericht

2236

VR 84: Kanarienzucht- und Vogelschutzverein 1927, Elz. Sitz: Elz (Krs. Limburg/Lahn).

6253 Hadamar, 15. 6. 1967

Amtsgericht

2237**Neueintragung**

VR 76: Verein Jugend und Technik e. V., Hochheim (Main).

6203 Hochheim (Main), 13. 6. 1967

Amtsgericht

2238

VR 148 — 21. 6. 1967: Kreisjagdverein Hofgeismar e. V.; Sitz: Hofgeismar.

Die Satzung ist am 20. Mai 1967 errichtet.

352 Hofgeismar, 21. 6. 1967

Amtsgericht

2239**Neueintragung**

8 VR 184 — 28. April 1967: Katholischer Kirchbauverein St. Martin in Schwalbach. Sitz: Schwalbach (Taunus).

Die Satzung ist am 7. November 1966 errichtet. Vorstand gemäß § 26 BGB sind der Vorsitzende oder der stellvertretende Vorsitzende und jeweils ein weiteres Vorstandsmitglied.

624 Königstein (Taunus), 5. 6. 1967

Amtsgericht

2240

VR 166 — 13. 6. 1967: Schützengesellschaft Mühlhausen, eingetragener Verein. Sitz: Mühlhausen (Waldeck).

354 Korbach, 13. 6. 1967

Amtsgericht

2241

5 VR 259 — 13. Juni 1967: Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind, mit Sitz in Lampertheim.

684 Lampertheim, 14. 6. 1967

Amtsgericht

2242**Neueintragung**

VR 710 — 9. Juni 1967: Action Altenbetreuung Gemeinnütziger eingetragener Verein — Altenwohnstifte —, Sitz: Marburg (Lahn).

355 Marburg (Lahn), 9. 6. 1967

Amtsgericht

2243**Neueintragung**

VR 709 — 9. Juni 1967: Sportverein Kirchvers, Sitz: Kirchvers.

355 Marburg (Lahn), 9. 6. 1967

Amtsgericht

2244**Neueintragung**

VR 711 — 12. Juni 1967: Verein club Voltaire, Marburg, Sitz: Marburg (Lahn).

355 Marburg (Lahn), 12. 6. 1967

Amtsgericht

2245**Neueintragung**

VR 37 — 13. 6. 1967: Schützengilde Königreich e. V., in Fließen (Kreis Fulda).

6407 Neuhoof, 13. 6. 1967

Amtsgericht Fulda
Zweigstelle Neuhoof

2246

VR 143 — 16. 6. 1967: DJK Blau-Weiß 54; Sitz: Winkel (Rh.).

622 Rüdesheim, 16. 6. 1967

Amtsgericht

2247 Vergleiche — Konkurse

4 N 6/65: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Roland-Brot-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Bensheim ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 2.000,— DM, seine Auslagen sind auf 145,40 DM festgesetzt.

614 Bensheim, 19. 6. 1967

Amtsgericht

2248

61 VN 1/67 — Vergleichsverfahren: Der Kaufmann Horst Keil, Hahn b. Pfungstadt, Obergasse 73, hat durch einen am 19. Juni 1967 eingegangenen Antrag die

Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über sein Vermögen beantragt.

Gemäß § 11 der Vergleichsordnung wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Rechtsanwalt Dr. Mittelstädt, Darmstadt, Hügelsstraße 47, Tel. 7 03 40, zum vorläufigen Verwalter bestellt.

Folgende Verfügungsbeschränkungen werden dem Schuldner auferlegt: Es wird gegen den Schuldner um 15.00 Uhr ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen. Über Vermögensgegenstände darf der Schuldner nur mit Zustimmung des vorläufigen Verwalters verfügen. Verbindlichkeiten darf er nur mit dessen Zustimmung eingehen.

61 Darmstadt, 20. 6. 1967

Amtsgericht, Abt. 61

2249**Beschluß**

N 5/63: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Benningsen und Co. KG., Holzwarenfabrik und Bottichbau in Nieder-Roden, vertreten durch den persönlich haftenden Gesellschafter Rudolf von Benningsen wird, nachdem der in dem Vergleichstermin vom 5. Mai 1967 angenommene Zwangsvergleich durch rechtskräftigen Beschluß vom 5. Mai 1967 bestätigt wurde, hiermit aufgehoben.

611 Dieburg, 30. 5. 1967

Amtsgericht

2250

N 4/64: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Lorenz Dietz, Inhaber der handelsgerichtlich eingetragenen Firma Lorenz Dietz, Wirkwaren, Dieburg, Frankfurter Straße 105, ist gemäß § 204 KO eingestellt.

Festgesetzt sind: Vergütung des Verwalters: 4.000,— DM, seine Auslagen: 151,40 DM. Vergütung der Ausschußmitglieder: je 600,— DM.

611 Dieburg, 2. 6. 1967

Amtsgericht

2251

N 13 u. 16/66: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kurt Herrlein in Nieder-Roden, Leipziger Ring 83, ist gemäß § 204 KO eingestellt.

Die Vergütung des Verwalters ist festgesetzt auf 200,— DM, seine Auslagen auf 42,80 DM.

611 Dieburg, 7. 6. 1967

Amtsgericht

2252

3 N 20/64: Im Konkursverfahren über den Nachlaß des Taxilunternehmers Heinrich Fischer, Wanfried, wird die Schlußverteilung genehmigt und der Schlußtermin auf Mittwoch, 2. August 1967, um 10.00 Uhr, Zimmer 106, bestimmt.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 200,— DM, seine Auslagen werden auf 7,— DM festgesetzt.

344 Eschwege, 21. 6. 1967

Amtsgericht

2253**Bekanntmachung**

81 N 420/65: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des am 9. September 1965 verstorbenen und zuletzt in Frankfurt am Main, Eppsteiner Straße, wohnhaft gewesenen Dr. Paul Greffinius, findet mit Genehmigung des Gerichts die Schlußverteilung statt.

Das Schlußverzeichnis ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichtes (Konkursgerichtes) in Frankfurt am Main (Az.: 81 N 420/65) niedergelegt worden.

Die Summe der bevorrechtigten Forderungen beträgt 10 562,03 DM. Die Summe der zu berücksichtigenden nicht bevorrechtigten Forderungen beläuft sich auf 211 589,63 DM. Es ist ein Massebestand von 6 684,88 DM verfügbar, wovon noch notwendige Massekosten abgehen.

6 Frankfurt (Main), 9. 6. 1967

Der Konkursverwalter:
Dr. Wilh. A. Schaaf
Rechtsanwalt

2254

Beschluß

81 N 73/63: — In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Euram Gesellschaft für den Vertrieb europäischer und amerikanischer Maschinen mbH.**, Frankfurt (Main), Elkenbachstraße 4, wird Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen, zur Erhebung von Einwendungen gegen die Schlußrechnung und das Schlußverzeichnis, zur Anhörung über die Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Gläubigerausschusses sowie zur Einstellung des Verfahrens mangels Masse, auf den 18. August 1967, um 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, Zimmer 507, V. Stock anberaumt.

Für den Konkursverwalter werden festgesetzt: Vergütung: 4500,— DM, Auslagen: 408,05 DM.

6 Frankfurt (Main), 15. 6. 1967

Amtsgericht, Abt. 81

2255

Beschluß

81 N 354/66: Das Konkursverfahren über das Vermögen der **Pelamm Rauchwaren-großhandlung GmbH.**, Frankfurt (Main), Niddastraße 56-58, wird nach abgehaltenem Schlußtermin hiermit aufgehoben.

6 Frankfurt (Main), 16. 6. 1967

Amtsgericht, Abt. 81

2256

Beschluß

81 N 29/67: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Ruck-Zuck-Express-Reinigung GmbH.**, in Frankfurt (M.), Kaiserstraße 46, wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und zur Anhörung über die Einstellung des Verfahrens mangels Masse, § 204 KO, auf den 4. August 1967, um 8.50 Uhr vor dem Amtsgericht Frankfurt (M.), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

Für den Verwalter werden festgesetzt: Vergütung: DM 900,—, Auslagen: DM 50,—.

6 Frankfurt (Main), 19. 6. 1967

Amtsgericht, Abt. 81

2257

81 N 235/67 — Konkursverfahren: Über das Vermögen des **Kaufmanns Ewald Veith** in Frankfurt (Main), Franz-Lenbach-Straße 4-6, wird heute, am 16. Juni 1967, um 15.30 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. W. Schaaf, Frankfurt (Main), Rennbahnstr. 6, Tel. 67 22 28.

Konkursforderungen sind bis zum 10. 7. 1967 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO, am 21. Juli 1967, um 10.30 Uhr, Prüfungstermin: 25. 8. 1967, um 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7 bis 11, V. Stock, Zimmer 507. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 10. Juli 1967 ist angeordnet.

6 Frankfurt (Main), 20. 6. 1967

Amtsgericht, Abt. 81

2258

81 N 191/67 — Konkursverfahren: Über das Vermögen des **Parkettlegemeisters Jean Schmidt**, Frankfurt (Main), Bergerstraße 108-110, wird heute, am 20. Juni 1967, um 12.05 Uhr Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Hans Lohmann, Frankfurt (Main), Bergerstraße 98, Tel. 43 34 61.

Konkursforderungen sind bis zum 17. 7. 1967 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO, am 28. Juli 1967, um 11.00 Uhr, Prüfungstermin: 11. August 1967, um 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Str. 7-11, V. Stock, Zimmer 507. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 17. Juli 1967 ist angeordnet.

6 Frankfurt (Main), 20. 6. 1967

Amtsgericht, Abt. 81

2259

Beschluß

81 N 246/66: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Turm — Werbung mbH.**, Frankfurt (Main), Goethestraße 26-28, wird an Stelle des verstorbenen Konkursverwalters **Baller**, der Steuerberater, Dipl.-Kfm. **Erwin Lauber**, Frankfurt (Main), Jahnstraße 21, zum Konkursverwalter bestellt.

Gläubigerversammlung zur etwaigen Wahl eines anderen Verwalters, zur Abnahme der Schlußrechnung des bisherigen Verwalters, sowie zur Prüfung angemeldeter Forderungen wird auf den 1. Sept. 1967, um 9.45 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

6 Frankfurt (Main), 21. 6. 1967

Amtsgericht, Abt. 81

2260

Beschluß

81 N 433/64: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Atlantic Textilvertriebsgesellschaft mbH.**, Frankfurt (Main), Guilletstraße 47, wird an Stelle des verstorbenen Konkursverwalters **Baller**, der Steuerberater Dipl.-Kaufmann **Erwin Lauber**, Frankfurt (Main), Jahnstraße 21, zum Konkursverwalter bestellt.

Gläubigerversammlung zur etwaigen Wahl eines anderen Verwalters, zur Abnahme der Schlußrechnung des bisherigen Verwalters sowie zur Prüfung angemeldeter Forderungen, wird auf den 1. September 1967, um 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße Nr. 7-11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

6 Frankfurt (Main), 21. 6. 1967

Amtsgericht, Abt. 81

2261

Beschluß

81 N 58/66: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Kühl- und Tiefkühl-Technik GmbH.**, Frankfurt (M.), Feuerbachstraße 14, wird an Stelle des verstorbenen Konkursverwalters **Baller**, der Steuerberater Dipl.-Kaufmann **Erwin Lauber**, Frankfurt (M.), Jahnstraße 21, zum Konkursverwalter bestellt.

Gläubigerversammlung zur etwaigen Wahl eines anderen Verwalters, zur Abnahme der Schlußrechnung des bisherigen Verwalters, sowie zur Prüfung angemeldeter Forderungen wird auf den 1. September 1967, um 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

6 Frankfurt (Main), 21. 6. 1967

Amtsgericht, Abt. 81

2262

Beschluß

81 N 225/66 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der **Fa. Strick-Technik Handelsgesellschaft mbH.**, Frankfurt (M.), Goethestraße 4-8, mit Lager in Darmstadt, Pfarrwiesenweg 7, wird an Stelle des verstorbenen Konkursverwalters **Baller**, der Steuerberater Dipl.-Kaufmann **Erwin Lauber**, Frankfurt (M.), Jahnstraße 21, zum Konkursverwalter bestellt.

Gläubigerversammlung zur etwaigen Wahl eines anderen Verwalters, zur Abnahme der Schlußrechnung des bisherigen Verwalters, sowie zur Prüfung angemeldeter Forderungen wird auf den 1. September 1967, um 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

6 Frankfurt (Main), 21. 6. 1967

Amtsgericht, Abt. 81

2263

Beschluß

81 N 62/67: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Kaufmanns Fritz Saemann**, 6231 Niederhofheim, Brunnenstraße 67, alleinigen Inhabers der **Firma Elektro-Saemann**, Frankfurt (M.), Glauburgstraße 78, Nordendstraße 30, und Adalbertstraße 7a, sowie früher 875 Aschaffenburg, Müllerstraße 19, und Ludwigstraße 13, 6308 Butzbach, Weidigstraße 16, und 638 Bad Homburg v. d. H. Audenstraße 8, wird an Stelle des verstorbenen Konkursverwalters **Baller**, der Steuerberater Dipl.-Kaufmann **Erwin Lauber**, Frankfurt (Main), Jahnstraße 21, zum Konkursverwalter bestellt.

Gläubigerversammlung zur etwaigen Wahl eines anderen Verwalters, zur Abnahme der Schlußrechnung des bisherigen Verwalters, sowie zur Prüfung angemeldeter Forderungen wird auf den 1. September 1967, um 8.50 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

6 Frankfurt (Main), 21. 6. 1967

Amtsgericht, Abt. 81

2264

Beschluß

81 N 156/67: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 16. Febr. 1952 in Frankfurt (Main) verstorbenen, zuletzt in Frankfurt (Main), Windmühl-

straße 1, wohnhaft gewesenen **Gastwirts Anton Krätz**, wird an Stelle des verstorbenen Konkursverwalters **Baller**, der Steuerberater, Dipl.-Kfm. **Erwin Lauber** in Frankfurt (Main), Jahnstraße 21, zum Konkursverwalter bestellt.

Gläubigerversammlung zur etwaigen Wahl eines anderen Verwalters und zur Abnahme der Schlußrechnung des bisherigen Verwalters, wird auf den 1. Sept. 1967, um 11.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße Nr. 7-11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

6 Frankfurt (Main), 21. 6. 1967

Amtsgericht, Abt. 81

2265

Beschluß

81 N 244/66: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Quic-Chemie Hampe KG.**, Frankfurt (Main), Leipziger Straße 93, wird an Stelle des verstorbenen Konkursverwalters **Baller**, der Steuerberater, Dipl.-Kfm. **Erwin Lauber**, Frankfurt (Main), Jahnstraße 21, zum Konkursverwalter bestellt.

Gläubigerversammlung zur etwaigen Wahl eines anderen Verwalters, zur Abnahme der Schlußrechnung des bisherigen Verwalters, sowie zur Prüfung angemeldeter Forderungen wird auf den 1. September 1967, um 9.15 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

6 Frankfurt (Main), 21. 6. 1967

Amtsgericht, Abt. 81

2266

Beschluß

81 N 240/61: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **ALBA Illustrierte Verlags GmbH.**, Frankfurt (Main), Heidestraße 79, wird an Stelle des verstorbenen Konkursverwalters, **Baller**, der Steuerberater, Dipl.-Kaufmann **Erwin Lauber**, Frankfurt (Main), Jahnstraße 21, zum Konkursverwalter bestellt.

Gläubigerversammlung zur etwaigen Wahl eines anderen Verwalters und zur Abnahme der Schlußrechnung des bisherigen Verwalters wird auf den 1. September 1967, um 10.15 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

6 Frankfurt (Main), 21. 6. 1967

Amtsgericht, Abt. 81

2267

81 N 260/67 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der **Kommanditgesellschaft in Firma Richard Ullmann, Graphischer Betrieb**, Frankfurt (Main)-Hausen, Königsberger Straße 6, wird heute, am 21. Juni 1967, um 15.15 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt **H. J. Caesar**, Frankfurt (Main), Stiftstraße 16, Tel. 28 57 78.

Konkursforderungen sind bis zum 20. 7. 1967 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO, am 21. Juli 1967, um 11.00 Uhr, Prüfungstermin: 11. August 1967, um 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße

7-11, V. Stock, Zimmer 507. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 20. Juli 1967 ist angeordnet.

6 Frankfurt (Main), 22. 6. 1967

Amtsgericht, Abt. 81

2268

Beschluß

81 N 432/66: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Peter Weiland GmbH. Heizungsbau, Öl- und Gasfeuerung, Sanitäre Anlagen**, Frankfurt (Main), Sandweg 13, und 6078 Neu-Isenburg, Platanenweg 9, wird an Stelle des verstorbenen Konkursverwalters **Baller**, der Steuerberater, Dipl.-Kaufmann **Erwin Lauber**, Frankfurt (Main), Jahnstraße 21, zum Konkursverwalter bestellt.

Gläubigerversammlung zur etwaigen Wahl eines anderen Verwalters, zur Abnahme der Schlußrechnung des bisherigen Verwalters, sowie zur Prüfung angemeldeter Forderungen wird auf den 1. September 1967, um 11.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

6 Frankfurt (Main), 21. 6. 1967

Amtsgericht, Abt. 81

2269

81 N 230/67 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der **Hosta Stanzwerkzeug Kurt J. Selzer KG.**, Frankfurt (Main), Freiherr-v.-Stein-Str. 47, früher Taunusstraße 13, wird heute, am 23. Juni 1967, um 14.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt **Dr. H. Deutscher**, Frankfurt (Main), Rathenau-platz 2-8; Tel.: 28 80 13.

Konkursforderungen sind bis zum 21. 7. 1967 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 28. Juli 1967, um 10.30 Uhr; Prüfungstermin: 8. Sept. 1967, um 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 21. Juli 1967 ist angeordnet.

6 Frankfurt (Main), 26. 6. 1967

Amtsgericht, Abt. 81

2270

81 N 262/67 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der **BERWIE Rohrleitungsbau und Elektro-Industrieanlagenbau Gesellschaft mbH.**, Frankfurt (Main) - Höchst, jetzt Hofheim (Ts.), Zeilsheimer Str. 48, wird heute, am 23. Juni 1967, um 16.15 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Dipl.-Volkswirt, Steuerberater **Alois Brauburger**, Frankfurt (Main), Neue Mainzer Straße 18; Tel.: 29 26 40.

Konkursforderungen sind bis zum 25. Juli 1967 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 4. August 1967, um 9.00 Uhr; Prüfungstermin: 25. August 1967, um 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 25. Juli 1967 ist angeordnet.

6 Frankfurt (Main), 26. 6. 1967

Amtsgericht, Abt. 81

2271

50 N 2/62: Das Konkursverfahren über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft in Firma **Importex. Hahn & Schöber**, früher Kassel, Große Rosenstraße 17, ist nach Abhaltung des Schlußtermines aufgehoben worden (§ 163 I KO).

35 Kassel, 8. 6. 1967

Amtsgericht

2272

50 N 14/60: In dem aufgehobenen Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen des Kaufm. **Hans-Dieter Schwank**, früher Kassel, jetzt Ehlén (Krs. Wolfhagen), Haus im Grund, soll eine Nachtragsverteilung erfolgen.

Einer verfügbaren Masse von 1497,39 DM stehen bevorrechtigte Forderungen der Rangklasse II in Höhe von noch 4250,23 DM gegenüber.

Das Gläubigerverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Kassel, Abt. 50 (50 N 14/60) zur Einsicht aus.

35 Kassel, 21. 6. 1967

Der Konkursverwalter:
Gustav Wolter
Rechtsanwalt

2273

VN 1/67 — Vergleichsverfahren: Die **Kauffrau Ella Bloch, geb. Grosse**, Korbach, Hannoversche Straße 65, hat am 16. Juni 1967 die Eröffnung des Vergleichsverfahrens beantragt.

Vorläufiger Verwalter ist der Rechtsanwalt **W. Ruckert**, Korbach.

Gegen die Schuldnerin ist ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen.

354 Korbach, 20. 6. 1967

Amtsgericht

2274

7 VN 4/64: Das Vergleichsverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Werner Hummel**, Offenbach (Main), Taunusstraße 34, Alleininhaber der Firma **Werner Hummel, Süßwaren, Spirituosen und Lebensmittel Groß- und Einzelhandel** in Offenbach (Main), Ludwigstraße 103, ist nach Erfüllung des Vergleichs vom 3. Februar 1965 durch Beschluß vom 23. Juni 1967 aufgehoben worden.

605 Offenbach (Main), 23. 6. 1967

Amtsgericht, Abt. 7

2275

VN 2/67 — Vergleichsverfahren: Der Kaufmann **Gottfried Leldorf** in Bebra, Kasseler Straße, Inhaber eines Sand- und Kiesbaggerelbetriebes, hat am 20. Juni 1967 Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über sein Vermögen beantragt.

Vorläufiger Konkursverwalter: Dipl.-Kaufmann und Wirtschaftsprüfer **Dr. Rainer Ludewig** in Kassel, Königsplatz 18.

6442 Rotenburg a. d. Fulda, 21. 6. 1967

Amtsgericht

2276

VN 1/67: Das Vergleichsverfahren über das Vermögen des Fabrikanten **Werner Gehrke**, 3578 Treysa, Industriestraße 1, früher Alleininhaber der **Kleiderfabrik WeGe-Kleidung, Mäntel-Kostüme**, ist nach Annahme des Vergleichsvorschlages am 31. Mai 1967 und nach Bestätigung des Vergleichs vom 7. Juni 1967 gemäß § 91 I Vergl.O. aufgehoben.

3578 Treysa, 7. 6. 1967

Amtsgericht

2277**Beschluß**

VN 1/67 — **Vergleichsverfahren:** Die **Fa. Koch & Co., GmbH., Aschbachwerke**, Aschbach und Wald-Michelbach (Odw.), vertreten durch den Geschäftsführer Harald Koch in Aschbach, hat durch einen am 22. Juni 1967 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über ihr Vermögen beantragt.

Gemäß § 11 der Vergleichsordnung wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Rechtsanwalt Dr. Gerhard Mittelstädt in Darmstadt, Hülstraße 47, zum vorläufigen Verwalter bestellt.

6948 Wald-Michelbach, 23. 6. 1967

Amtsgericht

2278

62 N 56/67 — **Konkursverfahren:** Über das Vermögen der **Margarethe Stocker, geb. Enders**, in Wiesbaden, Lessingstraße 6, wird heute, am 20. Juni 1967, um 17.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Klein, Wiesbaden, Kirchgasse 24.

Anmeldungen bis zum 14. Juli 1967 (doppelt).

Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am 27. Juli 1967, um 9.00 Uhr, Zimmer 244. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 14. Juli 1967.

62 Wiesbaden, 20. 6. 1967

Amtsgericht

Zwangsvolle Versteigerungen

Sammelbekanntmachung. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, sobald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

2279**Beschluß**

K 16/66: Die im Grundbuch von Philippsthal eingetragenen Grundstücke,

I. Band 32, Blatt 655:

I. d. Nr. 1, Gemarkung Philippsthal, Flur 7, Flurstück 8/119, Hof- und Gebäudefläche, Wilhelm-Goettling-Straße 27, Größe 7,19 Ar,

II. Band 32, Blatt 656:

I. d. Nr. 1, Gemarkung Philippsthal, Flur 7, Flurstück 8/120, Bauplatz, Wilhelm-Goettling-Straße 27, Größe 8,03 Ar,

sollen am 25. Oktober 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, 1. Stock, Dudenstraße Nr. 10, Zimmer Nr. 12, zur Auf-

hebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. März 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Elektromeister Horst Ratay, in Philippsthal, b) Feliksa Ratay, geb. Sladek, in Philippsthal, in ungeteilter Erben-gemeinschaft.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt: 1) für das Grundstück Flur 7, Flurstück 8/119, auf 37 045,— DM; 2) für das Grundstück Flur 7, Flurstück 8/120, auf 1606,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

643 Bad Hersfeld, 12. 6. 1967

Amtsgericht

2280**Beschluß**

4 K 7/67: Das im Grundbuch von Algenroth, Band 1, Blatt 2 A, eingetragene Grundstück,

I. d. Nr. 1, Gemarkung Algenroth, Flur 5, Flurstück 20, Hf., Haus Nr. 12, Größe 0,79 Ar,

soll am 28. August 1967, um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Bad Schwalbach, Neustraße Nr. 12, Saal Nr. 10, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. 3. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Wilhelm Glaser, Algenroth.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 2 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 29. 5. 1967

Amtsgericht

2281

4 K 21/67: Das im Grundbuch von Auerbach, Band 44, Blatt 2480, eingetragene Grundstück,

Nr. 3, Gemarkung Auerbach, Flur 2, Flurstück 325/1, Hof- und Gebäudefläche, Burgstraße 13, Gemarkung Auerbach, Flur 2, Flurstück 325/2, Hof- und Gebäudefläche, zur Burgstraße 13, Größe 4,60 Ar, soll am 13. Oktober 1967, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Bensheim, Wilhelmstraße 26, Zimmer 203, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. 4. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Wiege-meister Friedrich Wilhelm Roth in Bensheim-Auerbach.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

614 Bensheim, 22. 6. 1967

Amtsgericht

2282

K 8/64: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das Bergwerkseigentum an dem im Grundbuch von Biedenkopf, Band 1, Blatt Nr. 4, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen der Gewerkschaft Langenhain in Friedberg (Hessen), Geschäftsstelle Stuttgart, eingetragenen konsolidierten Bergwerk namens Boxbach,

am Montag, den 15. Januar 1968, um 10.00 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht an der Geschäftsstelle Hainstraße Nr. 72, Zimmer Nr. 110, versteigert werden.

Das Bergwerk liegt im Kreise Biedenkopf in den Gemarkungen Kleingladenbach, Wiesenbach, Achenbach, Breidenbach und Niederdieten, umfaßt die Gruben Boxbach, Emilie, Amalie III, Theresia, Helene II und Maria III und ist zu einer Feld-

größe von zusammen 12 770 981 Quadratmetern verliehen.

Das Bergwerkseigentum ist auf die Gewinnung von Kupfer, Blei, Zink, Eisen-erz und Schwefelkies verliehen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

356 Biedenkopf, 12. 6. 1967

Amtsgericht

2283

K 11/67: Die im Grundbuch von Holzhausen (Hünstein), Band 30, Blatt 1173, eingetragenen Grundstücke,

I. d. Nr. 1, Gemarkung Holzhausen, Flur 3, Flurstück 33, Ackerland und Grünland, Elmerg, Größe 111,16 Ar,

I. d. Nr. 5, Gemarkung Holzhausen, Flur 25, Flurstück 128, Wald (Holzung), Sauerhute, Größe 28,42 Ar,

I. d. Nr. 6, Gemarkung Holzhausen, Flur 22, Flurstück 64/54, Wald (Holzung), im Bottacker, Größe 35,23 Ar,

I. d. Nr. 7, Gemarkung Holzhausen, Flur 16, Flurstück 8, Wald (Holzung), im Rötterswald, Größe 57,28 Ar,

I. d. Nr. 8, Gemarkung Holzhausen, Flur 10, Flurstück 199/71, Hof- und Gebäudefläche, Hinterlandstraße 27, Größe 2,46 Ar,

I. d. Nr. 9, Gemarkung Holzhausen, Flur 10, Flurstück 200/73, Hof- und Gebäudefläche, Hinterlandstraße, Größe 0,74 Ar,

I. d. Nr. 10, Gemarkung Holzhausen, Flur 10, Flurstück 213/67, Hof- und Gebäudefläche, Hinterlandstraße 25, Größe 0,19 Ar,

sollen am Montag, dem 4. September 1967, um 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Biedenkopf, Hainstraße Nr. 72, Zimmer Nr. 110, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 11. April 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Witwe des Zimmermanns Karl Reuter, Katharina, geb. Herrmann, in Holzhausen (Hünstein).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

356 Biedenkopf, 16. 6. 1967

Amtsgericht

2284

K 12/67: Die im Grundbuch von Holzhausen (Hünstein), Band 30, Blatt 1173, eingetragenen Grundstücke,

I. d. Nr. 2, Gemarkung Holzhausen, Flur 4, Flurstück 219, Hof- und Gebäudefläche, Hinterlandstraße 45, Größe 28,31 Ar,

I. d. Nr. 3, Gemarkung Holzhausen, Flur 4, Flurstück 265, Gartenland, Hainbornsgrund, Größe 2,00 Ar,

sollen am Montag, dem 4. September 1967, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Biedenkopf, Hainstraße Nr. 72, Zimmer Nr. 110, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 11. April 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Witwe des Zimmermanns Karl Reuter, Katharina, geb. Herrmann, in Holzhausen (Hünstein).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

356 Biedenkopf, 16. 6. 1967

Amtsgericht

2285

K 13/67: Die im Grundbuch von Holzhausen (Hünstein), Band 30, Blatt 1173, eingetragenen Grundstücke,

Ild. Nr. 4, Gemarkung Holzhausen, Flur 12, Flurstück 48, Grünland, Struth, Größe 76,89 Ar.

Ild. Nr. 11, Gemarkung Holzhausen, Flur 23, Flurstück 50, Wald (Holzung), auf dem Speicher, Größe 59,17 Ar, sollten am Montag, dem 4. September 1967, um 11.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Biedenkopf, Hainstraße Nr. 72, Zimmer Nr. 110, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 11. April 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Witwe des Zimmermanns Karl Reuter, Katharina, geb. Herrmann, in Holzhausen (Hünstein).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

356 Biedenkopf, 16. 6. 1967 **Amtsgericht**

2286

2 K 18/65: Das im Grundbuch von Jesberg, Blatt 561, eingetragene Grundstück, Ild. Nr. 17, Gemarkung Jesberg, Flur 5, Flurstück 18/7, Ackerland, Im Hütchen, Größe 49,64 Ar.

soll am 30. August 1967, um 11.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Krausgasse 30, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 8. 12. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Landwirt Alfred Schuchardt in Jesberg.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf 2 800 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3587 Borken (Bz. Kassel), 23. 6. 1967

Amtsgericht

2287

61 K 51/66: Die auf den Namen des Josef Sokol, im Grundbuch von Darmstadt, Bezirk I, Band 57, Blatt 2570, eingetragenen Grundstückshälften,

Nr. 2, Gemarkung Darmstadt, Flur 1, Flurstück 1644, Hof- und Gebäudefläche, Kiesstraße 96, Größe 2,13 Ar,

Nr. 3, Gemarkung Darmstadt, Flur 1, Flurstück 1653/1, Hof- und Gebäudefläche, Kiesstraße 96, Größe 1,78 Ar,

Nr. 4, Gemarkung Darmstadt, Flur 1, Flurstück 1653/2, Hof- und Gebäudefläche, Kiesstraße 96, Größe 0,41 Ar,

sollen am 12. Oktober 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, I. Stock, Saal 506, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. 12. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): 1. Ernst Sokol in Darmstadt, 2. Josef Sokol in Darmstadt, zu je 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

61 Darmstadt, 2. 6. 1967

Amtsgericht, Abt. 61

2288

61 K 1/67 — **Berichtigung:** Zwangsversteigerungssache Mitteldorf, Marie — 61 K 1/67 — Versteigerungstermin nicht 3. 9., sondern Donnerstag 7. 9. 1967.

61 Darmstadt, 22. 6. 1967

Amtsgericht, Abt. 61

2289

61 K 13, 14, 15/67: Die auf den Namen des Architekten Fritz Florig in Darmstadt im Grundbuch von Darmstadt, Bezirk VI,

Band 100, Blatt 4267, eingetragenen Grundstückshälften,

Nr. 1, Gemarkung Darmstadt, Flur 29, Flurstück 171/5, Hof- und Gebäudefläche, Hardweg 7, Größe 8,32 Ar,

Nr. 2, Gemarkung Darmstadt, Flur 29, Flurstück 171/6, Hof- und Gebäudefläche, daselbst 9, Größe 7,70 Ar,

Nr. 3, Gemarkung Darmstadt, Flur 29, Flurstück 171/9, Hof- und Gebäudefläche, daselbst 11, Größe 7,78 Ar,

sollen am 5. Oktober 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, I. Stock, Saal 506, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. 7. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): 1. Architekt Fritz Florig, in Darmstadt, 2. Frau Erika Mitteldorf, in Darmstadt, zu je 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

61 Darmstadt, 2. 6. 1967

Amtsgericht, Abt. 61

2290

84 K 21/67: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll das im Erbbaugrundbuch von Unterliederbach, Band 31, Blatt 766, eingetragene Erbbaurecht an dem Grundstück, eingetragen im Grundbuch von Unterliederbach, Blatt 1551,

Ild. Nr. 42, Flur 10, Flurstück 489/136, bebauter Hofraum, Chattenweg 31, Größe 2,20 Ar,

am 6. September 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße Nr. 7-11, Zimmer 507 (V. Stock), versteigert werden.

Eingetragene Erbbauberechtigte am 14. März 1967 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Margot Geiß, geb. Heumann, zu 1/2, sowie die Genannte und Betti Erna Stock, geb. Laux, in ungeteilter Erbengemeinschaft, zu 1/2.

Der Wert des Erbbaurechts ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 47 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 12. 6. 1967

Amtsgericht, Abt. 84

2291

84 K 15/67: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Bergen-Enkheim, Band 76, Blatt 2870, eingetragene Grundstück,

Ild. Nr. 5, Gemarkung Bergen-Enkheim, Flur H, Flurstück 550/204, Hofraum usw., am Hessenborn 4, Größe 5,32 Ar,

am Dienstag, dem 12. September 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt (Main), Große Friedberger Str. 7-11, Zimmer 507, V. Stock, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 14. Febr. 1967 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Helmut Heister, in Bergen-Enkheim.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 160 000, DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6 Frankfurt (Main), 15. 6. 1967

Amtsgericht, Abt. 84

2292

K 13/67: Das im Grundbuch von Bruchbrücken, Band 12, Blatt 654, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Bruchbrücken, Flur 1, Flurstück 636, Lieg.-B. 571, Bauplatz, Auf die Biegenbach, Größe 5,12 Ar, soll am Montag, 9. Oktober 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg (Hessen), Homburger Straße 18, Zimmer 32, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 30. 3. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Helmut Wilhelms, in Frankfurt (M.). Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf 7 680,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

636 Friedberg (Hessen), 20. 6. 1967

Amtsgericht

2293

K 14/67: Das im Grundbuch von Bruchbrücken, Band 12, Blatt 666, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Bruchbrücken, Flur 1, Flurstück 624, Lieg.-B. 583, Bauplatz, Auf die Biegenbach, Größe 5,88 Ar,

soll am Montag, 9. Oktober 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg (Hessen), Homburger Straße 18, Zimmer Nr. 32, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 30. 3. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Helmut Wilhelms in Frankfurt (M.). Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf 8 820,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

636 Friedberg (Hessen), 20. 6. 1967

Amtsgericht

2294

K 55/66: Das im Grundbuch von Ilbenstand, Band 15, Blatt 793, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Ilbenstadt, Flur 10, Flurstück 57/35, Lieg.-B. 709, Bauplatz, Beim Oberkloster, Größe 5,97 Ar,

soll am Montag, 25. September 1967, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg (Hessen), Homburger Straße 18, Zimmer Nr. 32, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 16. 1. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Hans Eckle jun., Püttlingen (Saar). Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf 5 970,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

636 Friedberg (Hessen), 19. 6. 1967

Amtsgericht

2295

Beschluß

K 18/66 — 20. 6. 1967: Das im Grundbuch von Niedenstein, Blatt 891, eingetragene Grundstück,

Ild. Nr. 1, Gemarkung Niedenstein, Flur 15, Flurstück 51/3, Lieg.-B. 635, Geb.-B. 99, Hof- und Gebäudefläche, Mohrmühle 2, Größe 18,63 Ar,

soll am 1. 9. 1967, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 15, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 5. 1. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Gertrud Schumann, geb. König, in Niedenstein.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 80 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

3580 Fritzlar, 22. 6. 1967 **Amtsgericht**

2296

5 K 6/66: Das im Grundbuch von Hattenhof, Band 17, Blatt 507, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hattenhof, Flur 3, Flurstück 92/55, Lieg.-B. 311, Geb.-B. 176, Hof- und Gebäudefläche, Am Küppel, Größe 16,10 Ar,

soll am 31. August 1967, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Fulda, Königstraße 38, Zimmer Nr. 34, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 9. 2. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Bäckermeister Heinz Fleischmann in Hattenhof.

Der Verkehrswert des Grundstücks ist auf 110 000,— DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

64 Fulda, 16. 6. 1967 **Amtsgericht**

2297

Beschluß

3 K 9/65: Das im Grundbuch von Roßbach, Band 7, Blatt 255, eingetragene Grundstück,

Nr. 29, Gemarkung Roßbach, Flur 14, Flurstück 83/15, Hof- und Gebäudefläche, Gartenstraße 47, Größe 3,47 Ar,

soll am 27. September 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gladenbach, Gießener Straße Nr. 27, Zimmer Nr. 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 13. Juli 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): Landwirt Hermann Christ, in Roßbach.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 10 776,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

3568 Gladenbach, 19. 6. 1967 **Amtsgericht**

2298

Beschluß

K 12/67: Das im Grundbuch von Roth, Band 24, Blatt 777, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Roth, Flur 4, Flurstück 163/13, Lieg.-B. 414, Hof- und Gebäudefläche, Gartenstraße 40, Größe 5,48 Ar,

soll am Freitag, den 1. September 1967, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Gelnhäusen, Philipp-Reis-Straße Nr. 9, Zimmer Nr. 13, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. 3. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eisenbahner Adolf Sandner und dessen Ehefrau Irma Sandner, geb. Reiß, in Roth, je zur Hälfte.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 104 200,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

646 Gelnhäusen, 22. 6. 1967 **Amtsgericht**

2299

K 3/67: Das im Grundbuch von Sandbach (Odw.), Band 14, Blatt 675, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Sandbach (Odw.), Flur 1, Flurstück 288/2, Hof- und Gebäudefläche, Größe 5,23 Ar, soll am Dienstag, dem 19. September 1967, um 14.00 Uhr, im Amtsgericht Höchst (Odw.), Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. Febr. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Frau Wanda Berndt, Berlin-Lichterfelde; b) Maurer Wolfgang Jablonowski, Sandbach, zu je 1/2.

Der Wert des zu versteigernden Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 92 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6128 Höchst (Odw.), 12. 6. 1967 **Amtsgericht**

2300

Beschluß

K 18/66: Das im Grundbuch von Walsdorf, Band 28, Blatt 971, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Walsdorf, Flur 3, Flurstück 496, Hof- und Gebäudefläche, am Untertor, Größe 6,01 Ar,

soll am 8. September 67, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Idstein/Ts., Gerichtsstraße Nr. 1, Zimmer Nr. 8, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. 1. 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Schmied Josef Linz, in Walsdorf, zur Hälfte, b) Schmied Josef Linz, in Walsdorf, c) Josef Trinkl, in Wuppertal-Elberfeld, d) Brigitte Denzer, geb. Trinkl, in Großenerich (Ostzone), e) Maria Hendrich, geb. Trinkl, in Wasserleben (Ostzone), zu b) und e) zur anderen Hälfte in Erbengemeinschaft.

Der Wert des Grundstücks wurde nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 46 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

627 Idstein (Taunus), 16. 6. 1967 **Amtsgericht**

2301

51 K 2/67: Das im Grundbuch von Wehlheiden, Band 102, Blatt 2780, eingetragene Grundstück, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wehlheiden, Flur B, Flurstück 144/2, Hof- und Gebäudefläche, Wilhelmshöher Allee 169, Größe 7,37 Ar,

soll am 29. August 1967, um 11.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 11 (Saalbau), Zimmer 143, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 15. 2. 67 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Waltraud Parbel, geb. Duck, in Bad Ems.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

35 Kassel, 20. 6. 1967 **Amtsgericht**

2302

K 13/66: Die 78/133 Miteigentumsanteile an dem im Grundbuch von Bad Soden, Band XX, Blatt 807, eingetragenen Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Bad Soden, Flur 9, Flurstück 57/3, Lieg.-B. 318, Hof- und Gebäudefläche, Hohmühlenweg 7, Größe 2,68 Ar,

sollen am 19. Oktober 1967, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 4. Januar 1967 (Tag des Versteigerungsvermerks): Weißbindermeister Josef Wilhelm, in Bad Soden.

Der Wert des 78/133 Miteigentumsanteils ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 66 342,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6483 Salmünster, 15. 6. 1967 **Amtsgericht**

2303

K 4/65: Die im Grundbuch von Bad Soden, Band XIII, Blatt 497, und Band XVIII, Blatt 729, eingetragenen Grundstücke,

Band XIII, Blatt 497, Bad Soden Soden, Grünland, Hinter der Hohmühle, Flur 8, Flurstück 64, Größe 14,19 Ar, Band XVIII, Blatt 729, Bad Soden

Soden, Hof- und Gebäudefläche, Hohmühlenweg, Flur 9, Flurstück 57/1, Größe 5,33 Ar,

sollen am 21. September 1967, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. 9. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): in Blatt 497 Bad Soden: Weißbinder Josef Wilhelm, Bad Soden; eingetragene Eigentümer am 20. Juli 1965 in Blatt 729, Bad Soden: Weißbinder Josef Wilhelm und dessen Ehefrau Rosa, geb. Fritz, beide in Bad Soden, je zur Hälfte.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt:

Flur 8, Flurstück 64, auf 7095,— DM, Flur 9 Flurstück 57/1, auf 156 780,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6483 Salmünster, 15. 6. 1967 **Amtsgericht**

2304

Beschluß

K 7/67: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Helfersdorf, Band 6, Blatt 117, eingetragene und daselbst belegene Grundstück,

Flur 5, Flurstück 6/5, Hof- und Gebäudefläche, in der Holzwich, Größe 8,19 Ar,

am Mittwoch, dem 30. August 1967, um 9.30 Uhr, an der Gerichtsstelle, Bahnhofstraße 2, Zimmer 10, versteigert werden.

Der Zwangsvollstreckungsvermerk ist am 14. März 1967 ins Grundbuch eingetragen worden.

Als Eigentümer war damals eingetragen der Arbeiter Walter Reutzel, in Helfersdorf.

Der Verkehrswert des Grundstückes gemäß § 74 a, Abs. 5 ZVG wird auf Grund einer Schätzung durch das Ortsgericht auf 45 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6480 Wächtersbach, 16. 6. 1967 **Amtsgericht**

2305**Beschluß**

61 K 36/66: 1. Das Verfahren wird zur Feriensache erklärt.

2. Das im Grundbuch von Wiesbaden-Außen, Band 214, Blatt 4258, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Flur 50, Flurstück 137/3, Bauland, Friedensstraße, jetzt: Hof- und Gebäudefläche, Friedensstraße 11 und 13, Größe 11,51 Ar,

soll am 21. August 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Gerichtsstraße Nr. 2, Zimmer 243, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 28. Sept. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Architekt Heinz Wagner und b) Architekt Dipl.-Ing. Herbert Wagner, beide in Wiesbaden, zu je $\frac{1}{2}$ Anteil.

Der Wert des Grundstücks ist nicht festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

62 Wiesbaden, 19. 6. 1967 **Amtsgericht**

2306**Beschluß**

61 K 31/64: Das im Grundbuch von Wiesbaden, Bezirk Medenbach, Band 26, Blatt 681, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 6, Flur 2, Flurstück 2, Ackerland und Grünland, Gierengewann, angeblich

mit Sägewerk, bestehend aus Maschinenhalle, Büro und Geräteraum, Größe 75,60 Ar,

soll am 4. September 1967, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Wiesbaden, Gerichtsstraße 2, Zimmer 243, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 24. 11. 64 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Adalbert Prokesch in Wiesbaden, jetzt wohnhaft in Auringen.

Der Wert des Grundstücks nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 130 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

62 Wiesbaden, 21. 6. 1967 **Amtsgericht**

2307**Andere Behörden und Körperschaften**

Satzung des Zweckverbandes Hallenbad Hofgeismar

§ 1**Verbandsmitglieder**

(1) Der Landkreis Hofgeismar und die Stadt Hofgeismar bilden einen Zweckverband nach Maßgabe des Zweckverbandsgesetzes vom 7. 6. 1939 (RGBl. I S. 979).

(2) Der Beitritt weiterer Verbandsmitglieder bleibt vorbehalten.

§ 2**Name und Sitz**

Der Zweckverband führt den Namen „Zweckverband Hallenbad Hofgeismar“. Er hat seinen Sitz in Hofgeismar.

§ 3**Aufgabe**

Der Zweckverband Hofgeismar hat die Aufgabe ein Hallenbad zu errichten, zu unterhalten und zu betreiben.

§ 4**Organe**

Organe des Zweckverbandes sind der Verbandsausschuß und der Vorstandsvorsteher.

§ 5**Verbandsausschuß**

(1) Der Verbandsausschuß besteht aus 10 Mitgliedern. Es entsenden:

- a) der Landkreis Hofgeismar den Landrat und 6 weitere Mitglieder,
- b) die Stadt Hofgeismar den Bürgermeister und 2 weitere Mitglieder.

(2) Die Mitglieder (mit Ausnahme des Landrats des Landkreises Hofgeismar und des Bürgermeisters der Stadt Hofgeismar) werden jeweils für die Dauer der Amtszeit aus Mitgliedern der Vertretungskörperschaften durch diese gewählt.

(3) Die Mitglieder bleiben bis zur Wahl ihrer Nachfolger im Amt. Mit dem Verlust der Wählbarkeit endet auch die Mitgliedschaft im Verbandsausschuß.

(4) Für jedes Mitglied wird — soweit nicht ein Vertreter kraft Gesetzes vorhanden ist — gleichzeitig ein Stellvertreter gewählt. Er tritt an die Stelle des Mitgliedes, wenn dieses im Einzelfall verhindert ist oder die Wählbarkeit verliert.

(5) Die Vertretungskörperschaften der Verbandsmitglieder können ihren Mitgliedern im Verbandsausschuß Weisungen

für die Beschlußfassung erteilen. Die Stimmen der Vertreter eines jeden Verbandsmitgliedes können nur einheitlich abgegeben werden.

§ 6

(1) Der Verbandsausschuß beschließt über die Angelegenheiten des Zweckverbandes.

(2) Der Vorstandsvorsteher beruft den Verbandsausschuß so oft zusammen, wie es die Geschäfte erfordern, jedoch mindestens zweimal im Jahr.

(3) Für die Einbringung und das Verfahren des Verbandsausschusses gelten die Vorschriften der Hessischen Gemeindeordnung über die Gemeindevertretung sinngemäß, soweit nichts anderes bestimmt ist.

(4) Eine Mehrheit von $\frac{3}{4}$ der satzungsmäßigen Zahl der Mitglieder ist erforderlich bei einer Beschlußfassung des Verbandsausschusses über:

- a) Planung des Hallenbades,
- b) Festsetzung der Gebühren für die Benutzung des Hallenbades,
- c) An- und Verkauf von Grundstücken, Übernahme von Bürgschaften und Beteiligungen sowie die Aufnahme langfristiger Anleihen,
- d) Satzungsänderungen,
- e) Aufnahme neuer Verbandsmitglieder,
- f) Auflösung des Zweckverbandes,
- g) Erlass der Haushaltssatzung und Feststellung des Haushaltsplanes.

Zu den Punkten a bis g ist die Zustimmung der beteiligten Vertretungskörperschaften (Kreistag und Stadtverordnetenversammlung) erforderlich.

§ 7**Verbandsvorsteher**

(1) Verbandsvorsteher ist der Landrat des Landkreises Hofgeismar, Stellvertreter ist der Bürgermeister der Stadt Hofgeismar.

(2) Der Verbandsvorsteher führt den Vorsitz im Verbandsausschuß. Er bereitet dessen Sitzungen vor und führt die Beschlüsse aus.

(3) Der Verbandsvorsteher vertritt den Zweckverband nach außen. Er ist Dienstvorgesetzter aller Bediensteten des Zweckverbandes.

(4) Der Verbandsvorsteher kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben der Kreisverwaltung Hofgeismar bedienen.

§ 8

Aufwand und Kosten

(1) Soweit der Aufwand für die Errichtung des Hallenbades nicht aus anderen Einnahmen gedeckt ist, wird er von den Verbandsmitgliedern nach folgendem Verhältnis getragen:

- a) zu 75% vom Landkreis Hofgeismar,
- b) zu 25% von der Stadt Hofgeismar.

(2) Das gleiche gilt für den Unterhaltungs- und Betriebsaufwand.

(3) Die Verbandsmitglieder sind in dem in Abs. 1 festgelegten Verhältnis an einem etwaigen Gewinn des Zweckverbandes beteiligt.

(4) Die Verbandsmitglieder haben auf ihre Beiträge im Sinne des § 1 und zu den laufenden Kosten im Sinne des Abs. 2 nach Maßgabe des Haushaltsplanes Vorschüsse zu zahlen. Nach Vorlage der Jahresrechnung wird endgültig abgerechnet.

§ 9

Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen

(1) Die für die Gemeinden geltenden Vorschriften über das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen sind sinngemäß anzuwenden.

(2) Die in § 131 der Hessischen Gemeindeordnung genannten Aufgaben werden vom Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Hofgeismar wahrgenommen.

§ 10

Entschädigung der Organe

Die Organe des Zweckverbandes sind ehrenamtlich tätig. Reisekosten und Sitzungsgeld werden entsprechend der Hauptsatzung des Landkreises Hofgeismar gezahlt.

§ 11

Auflösung

(1) Im Falle der Auflösung des Zweckverbandes hat der Verbandsausschuß eine Abwicklung vorzunehmen. Verbleibendes Vermögen oder verbleibende Schulden werden entsprechend dem in § 8 Abs. 1 vorgesehenen Verhältnis unter den Verbandsmitgliedern aufgeteilt.

(2) Das Ausscheiden eines Verbandsmitgliedes ist nur mit Zustimmung des anderen Mitgliedes zulässig.

§ 12

Bekanntmachungskosten

Bekanntmachungen des Zweckverbandes werden in den Amtsnachrichten für den Landkreis Hofgeismar als amtliches Verkündungsorgan veröffentlicht.

§ 13

Diese Satzung tritt nach Beschlußfassung durch die Vertretungskörperschaften der Verbandsmitglieder und nach Genehmigung durch die zuständige Aufsichtsbehörde am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

352 Hofgeismar, 15. 12. 1966

352 Hofgeismar, 23. 3. 1967

Landkreis Hofgeismar
— Der Kreisausschuß —
Dr. Arnold
Landrat
Freier
1. Kreisbeigeordneter

Stadt Hofgeismar
— Der Magistrat —
Kuske
Bürgermeister
Schmacke
Erster Stadtrat

Beschluß

Gemäß § 11 Abs. 1 i. V. m. § 7 Abs. 2 und § 31 des Zweckverbandsgesetzes vom 7. 6. 1939 — RGBI. I S. 979 — wird die Bildung des Zweckverbandes „Hallenbad Hofgeismar“ beschlossen und die Verbandssatzung festgestellt.

35 Kassel, 19. 5. 1967

Der Regierungspräsident
I/2 a Az.: 3 u

Taschenbuch für Sicherheits- Ingenieure

3. geänderte Auflage

von Reg.-Direktor a. D., Dr.-Ing. H. Koch

Das der Entwicklung
des Arbeitsschutzes angepaßte
Taschenbuch für
Sicherheitsingenieure
Betriebsleiter, TAB und GAB
liegt jetzt vor.

208 Seiten DIN A5, 100 Abbild., 28.50 DM

ENGEL-VERLAG · 6200 WIESBADEN

2308

Auszug aus der Satzung des Gasversorgungs-Zweckverbandes Landkreis Rotenburg in Rotenburg a. d. Fulda

Auf Grund des Zweckverbandsgesetzes vom 7. Juni 1939 erhält der zwischen dem Landkreis Rotenburg und den im § 1 genannten Gemeinden gegründete Gasversorgungs-Zweckverband des Landkreises Rotenburg folgende Satzung:

§ 1

Verbandsglieder

1. Die nachstehend aufgeführten Gemeinden des Landkreises Rotenburg und der Landkreis Rotenburg bilden einen Zweckverband nach Maßgabe der Vorschriften des Zweckverbandsgesetzes (ZVG) vom 7. Juni 1939 — Reichsgesetzbl. I S. 979 —:

Der Landkreis Rotenburg,
die Stadt Sontra,
die Gemeinden Baumbach,
Cornberg,
Dens,
Lispenhausen,
Nentershausen,
Rautenhausen,
Rockensüß,
Ronshausen,
Solz,
Ulfen und
Weiterode.

2. Der Beitritt weiterer Verbandsglieder bleibt vorbehalten.

§ 2

Aufgaben des Zweckverbandes und seiner Verbandsglieder

1. Der Zweckverband hat die Aufgabe, auf der Grundlage der gemeindlichen Selbstverwaltung in gemeinnütziger Zusammenarbeit der Verbandsglieder eine wirtschaftliche Gasversorgung in den Gemeinden des Landkreises Rotenburg zu ermöglichen und zu fördern.

2. Die Verbandsglieder übertragen auf den Zweckverband alle Rechte, die sie hinsichtlich der ausschließlichen Versorgung ihres Verbandsgebietes mit Gas besitzen, insbesondere die Wegebenutzungsrechte.

3. Zur Erfüllung seiner Aufgaben kann sich der Zweckverband an Gasversorgungsunternehmen beteiligen. Jedoch bedarf es hierzu der Zustimmung des Landkreis-Verbandsgebietes.

§ 3

Name und Sitz

1. Der Zweckverband führt den Namen
„Gasversorgungs-Zweckverband Landkreis Rotenburg“
(abgekürzt: G. Z. V.)
2. Er hat seinen Sitz in Rotenburg a. d. Fulda.

§ 4

Verfassung und Verwaltung

Die Organe des Zweckverbandes sind:

- a) der Geschäftsführer,
- b) die Verbandsversammlung.

§ 5

Geschäftsführer

1. Geschäftsführer des Zweckverbandes ist der jeweilige Landrat des Landkreises Rotenburg. Sein Stellvertreter ist der jeweilige Bürgermeister der Stadt Sontra.

2. Der Geschäftsführer vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Er ist verpflichtet, die Beschränkungen einzuhalten, die für den Umfang seiner Vertretungsbefugnis die Verbandsversammlung festsetzt.

pp.

§ 12

Öffentliche Bekanntmachungen

1. Die öffentlichen Bekanntmachungen des Zweckverbandes erfolgen in gleicher Weise wie die des Landkreises Rotenburg gemäß dessen Hauptsatzung.

2. Diese Satzung und künftige Satzungsänderungen werden im Staatsanzeiger des Landes Hessen bekanntgemacht.

§ 13

Die Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Beschluß:

Auf Grund des § 11 Abs. 1 i. V. mit § 7 Abs. 2 und § 31 des Zweckverbandsgesetzes vom 7. 6. 1939 — RGBI. I S. 979 — wird die Bildung des Gasversorgungszweckverbandes Landkreis Rotenburg beschlossen und die Verbandsatzung hiermit festgestellt.

35 Kassel, 22. 5. 1967

Der Regierungspräsident
I/ 2 a — Az.: 3 u

2309

Kraftloserklärung: Sparkassenbuch Nr. 45 864, lautend auf den Namen Heinrich Hielscher, Bad Homburg v. d. H., Brandenburger Str. 68, Sparkassenbuch Nr. 768 979, lautend auf den Namen Ernst oder Helene Schottenheim, Weißkirchen/Ts., Oberurseler Str. 1.
638 Bad Homburg v. d. H., 16. 6. 1967

KREISSPARKASSE DES OBERTAUNUSKREISES
Bad Homburg v. d. H.

2310

Aufforderung: Die Nachstehenden haben die Kraftloserklärung der auf ihren Namen ausgestellten Sparkassenbücher beantragt:

1. Karl-Heinz Heyde, Darmstadt, Nr. 4 038 025, 2. Theodor Schmank, Darmstadt, Nr. 217 341; 3. Theodor Schmank, Darmstadt, Nr. 230 554; 4. Ernst Günther Ott, Darmstadt, Nr. 336 908; 5. Georg Peter Lautenschläger, Nieder-Beerbach, Nr. 434 579; 6. Georg Peter Lautenschläger, Nieder-Beerbach, Nr. 441 009.

Ferner haben folgende Personen die Kraftloserklärung der nachstehend aufgeführten Sparkassenbücher beantragt:

1. Katharina Spatz geb. Horn, Darmstadt, Nr. 138 479, Adam Röth: 2. Theodor Schmank, Darmstadt, Nr. 216 943, Willy Schmank, Brühl (Baden) und 3. Nr. 216 952, Maria Magdalena Klimek geb. Schmank, Hamburg-Altona.

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

61 Darmstadt, 20. 6. 1967

STADT- UND KREISSPARKASSE DARMSTADT
Der Vorstand

2311

Aufforderung: Frau Ingrid Stephan geb. Aschke, Ffm., Voltastraße 2, hat die Kraftloserklärung des auf ihren Namen lautenden Sparkassenbuches 10-21510 beantragt.

Der oder die Inhaber des Sparkassenbuches werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

6 Frankfurt (Main), 22. 6. 1967

STADTSPARKASSE FRANKFURT AM MAIN

2312

Aufforderung: Fräulein Renate Kruschwitz, 7851 Inzlingen, Auf der Neusetze 10 hat die Kraftloserklärung des auf ihren Namen lautenden Sparkassenbuches Nr. 25-516790 beantragt.

Der oder die Inhaber des Sparkassenbuches werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

6 Frankfurt (Main), 26. 6. 1967

STADTSPARKASSE FRANKFURT AM MAIN

2313

Aufforderung: Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung der auf ihren Namen ausgestellten Sparkassenbücher beantragt:

- 1.) Brigitte Wohlrab, Kelsterbach, Grundwaldstr. 11, Spark.-Buch Nr. Ke. 45 128
- 2.) Ingrid Meisterling, Buchschlag, Hainertrift 46, Spark.-Buch Nr. Ke. 99 006
- 3.) Panagiotis Mamolis, Groß-Gerau, Darmstädter Str. 68, Spark.-Buch Nr. H. 58 711
- 4.) Panagiotis Mamolis, Groß-Gerau, Darmstädter Str. 68, Spark.-Buch Nr. H. 59 396
- 5.) Brigitte Hetzer geb. Krawutschke, Kreisberufsschule Rüsselsheim, Spark.-Buch Nr. RÜ. 44 100

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

608 Groß-Gerau, 26. 6. 1967

KREISSPARKASSE GROSS-GERAU
Der Vorstand

2314

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 15. 6. 1967 ist das Sparkassenbuch Nr. 1854 Frau Margarete Salzmann, 3522 Karlshafen, Weserstraße für kraftlos erklärt worden.

3522 Karlshafen, 20. 6. 1967

STADTSPARKASSE KARLSHAFEN
Der Vorstand

2315

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 15. 6. 1967 ist das Sparkassenbuch Nr. 5951 Frau Marie Götte, 3522 Karlshafen, C. D. Stunzweg 3 für kraftlos erklärt worden.

3522 Karlshafen, 20. 6. 1967

STADTSPARKASSE KARLSHAFEN
Der Vorstand

2316

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 16. Juni 1967 ist das Sparkassenbuch Nr. 102 — 911138 — Bruno David, Kassel, Im Druseltag 21, für kraftlos erklärt worden.

35 Kassel, 16. 6. 1967

STADTSPARKASSE KASSEL
Der Vorstand

2317

Aufforderung: Frau Charlotte Eymeß geb. Becker und Frau Christa Eymeß, Kassel, Fr.-Ebert-Straße 133 und Querallee 53, haben die Kraftloserklärung des Sparkassenbuches Nr. 103—352187, ausgestellt auf den Namen Christa Eymeß, Kassel, Querallee 53, beantragt. Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

35 Kassel, 19. 6. 1967

STADTSPARKASSE KASSEL
Der Vorstand

2318

Aufforderung: Frau Janette Flohr geb. Persch, Kassel-Ro., Kirchhainer Str. 5, hat die Kraftloserklärung ihres Sparkassenbuches Nr. 122 — 405319, ausgestellt auf den Namen Janette Persch, Kassel-Ro., Kirchhainer Straße 5, beantragt.

Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

35 Kassel, 23. 6. 1967

STADTSPARKASSE KASSEL
Der Vorstand

2319

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 9. 6. 1967 ist das Sparkassenbuch Nr. 163 222, lautend auf Dr. Gotthold Schmidt, Stud.-Rat, Weilburg, für kraftlos erklärt worden.

629 Weilburg (Lahn), 19. 6. 1967

KREISSPARKASSE DES OBERLAHNKREISES
Der Vorstand

2320

Aufforderung: Für folgende Sparkassenbücher ist die Kraftloserklärung beantragt worden.

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

1. Sparkassenbuch Nr. 54580 bei der Hauptstelle, lautend auf Adele Flegel geb. Hegel, Wetzlar, Hans-Sachs-Str. 8.

2. Sparkassenbuch Nr. 94907 bei der Hauptstelle, lautend auf Anna Simon, Wetzlar, Johanneshof 1.

633 Wetzlar, 21. 6. 1967

KREISSPARKASSE WETZLAR
Der Vorstand

A Gewerbeanmeldung **B Gewerbeummeldung** **C Gewerbeabmeldung**

Vordrucke

Die vorgeschriebenen Vordrucke A, B und C gemäß Erlaß des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr vom 19. Dezember 1961 R3—4 B 25—1601/61 StAnz. 5/1962 S. 122 halten wir vorrätig und liefern auf schriftliche Bestellung:

(1 Vordrucksatz A oder B oder C umfaßt 2 Blatt Normalpapier und 7 Blatt Dünndruckpapier) — Mindestabnahme:

5 Sätze = DM 7,50	25 Sätze = DM 29,50	100 Sätze = DM 80,—
10 Sätze = DM 13,50	50 Sätze = DM 48,—	250 Sätze = DM 180,—

zuzüglich Versandkosten. — Bei Bestellung bitten wir um genaue Angabe, wieviel Sätze vom Vordruck A, vom Vordruck B und vom Vordruck C gewünscht werden.

Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co KG. • Formularabteilung

6200 Wiesbaden • Wilhelmstraße 42 • Telefon 3 96 71 • Fernschreiber 04 186 648 • Postscheckkonto: Frankfurt (M.) 1173 37

2321

Kraftloserklärung: Auf Grund des § 14, Abs. 2, Ziff. 4, des Hessischen Sparkassengesetzes vom 10. 11. 1954 werden die nachstehend aufgeführten Sparkassenbücher für kraftlos erklärt:

1. Sparkassenbuch Nr. 1262 unserer Hauptzweigstelle Braunfels, lautend auf Elisabeth Plashues geb. Hermes, Braunfels, Borngasse.
2. Sparkassenbuch Nr. 68297 bei der Hauptstelle, lautend auf Ehel. Karl Bechthold und Lina geb. Arnold, Launsbach, Obergasse 16, 633 Wetzlar, 21. 6. 1967

KREISSPARKASSE WETZLAR
Der Vorstand

Öffentliche Ausschreibungen

2322

Arolsen: Die Bauleistungen für die Herstellung von Deckenbelägen auf Bundesstraßen im Bauamtsbezirk Arolsen sollen in 3 Losen vergeben werden.

Die Gesamtleistung aller Lose beträgt u. a.:

- 330 t bit. Mineralgemisch unterschiedlicher Körnung
23 000 qm Asphaltbetondeckschicht 0/12 (45 kg/qm)

Bauzeit: 20 Werktage einschl. Samstage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen. Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 5,— DM am 4. 7. 1967 abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Arolsen, Konto Nr. 399 der Kreissparkasse Arolsen unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin: Mittwoch, den 12. 7. 1967 um 10.15 Uhr, Zimmer 9, des Hessischen Straßenbauamtes in Arolsen, Zuschlags- und Bindefrist: bis zum 12. 8. 1967.

3548 Arolsen, 23. 6. 1967

Hessisches Straßenbauamt

2323

Arolsen: Die Bauleistungen für die Herstellung von Deckenbelägen auf Landesstraßen im Bauamtsbezirk Arolsen sollen in verschiedenen Losen vergeben werden

Die Gesamtleistung aller Lose beträgt u. a.:

- 750 t bit. Mineralgemisch
49 200 qm Asphaltbetondecke 0/12 mit 15 kg/qm

Bauzeit: 40 Werktage einschl. Samstage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen. Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 5,— DM am 4. 7. 1967 abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Arolsen, Konto Nr. 399 der Kreissparkasse Arolsen, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin: Donnerstag, den 13. 7. 1967 um 10.15 Uhr, Zimmer 9, des Hessischen Straßenbauamtes in Arolsen, Zuschlags- und Bindefrist: bis zum 13. 8. 1967.

3548 Arolsen, 23. 6. 1967

Hessisches Straßenbauamt

2324

Arolsen: Die Bauleistungen für die Herstellung von Deckenbelägen auf Kreisstraßen im Landkreis Waldeck und Wolfhagen sollen in verschiedenen Losen vergeben werden.

Die Gesamtleistung aller Lose beträgt u. a.

- 780 t bit. Mineralgemisch
52 600 qm Asphaltbetondeckschicht 0/12 (45 kg/qm)

Bauzeit: 45 Werktage einschl. Samstage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen. Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 5,— DM am 1. 7. 1967 abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Arolsen, Konto Nr. 399 der Kreissparkasse Arolsen, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin: Freitag, den 14. 7. 1967 um 10.15 Uhr, Zimmer Nr. 9, des Hessischen Straßenbauamtes in Arolsen, Zuschlags- und Bindefrist: bis zum 14. 8. 1967.

3548 Arolsen, 23. 6. 1967

Hessisches Straßenbauamt

2325

Dillenburg: Für einen Asphaltfeinbetonbelag auf der K 829 zwischen Friedensdorf und Damshausen km 1,350 — km 5,400 und eine bit. Deckenverstärkung auf der K 14 zwischen der B 255 u. Föhnhausen (Krs. Biedenkopf) km 0,000 — 1,884

sollen u. a. vergeben werden: etwa

- 1 600 t bit. Material für Vorprofilierung
6 500 qm Asphaltbinder 100 kg/qm
8 950 qm Asphaltbinder 145 kg/qm
32 000 qm Asphaltfeinbeton 65 kg/qm

Bauzeit: 50 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 5,— DM abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Dillenburg (Postcheckkonto Ffm. Nr. 6820) unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin: 12. 7. 1967, um 11.00 Uhr im Hess. Straßenbauamt Dillenburg, Moritzstr. Zuschlags- und Bindefrist bis 30. 8. 1967.
634 Dillenburg, 23. 6. 1967

Hessisches Straßenbauamt

2326

Eschwege: Die Bauleistungen für den Ausbau und Verlegung der Bundesstraße Nr. 83, km 30,820 — 32,095 zwischen Malsfeld und Beiseforth, Kreis Melsungen, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- 4 500 cbm Mutterboden abtragen,
27 000 cbm Erdbewegung
5 600 cbm Frostschuttschicht (30 cm dick),
10 100 qm bit. Unterbau 0/35 (12 cm dick),
10 200 qm Asphaltbinderschicht 0/25 (125 kg/qm),
10 100 qm Asphaltbinderschicht 0/18 (84 kg/qm),
10 000 qm Asphaltfeinbetondeckschicht 0/12 (84 kg/qm),
und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 250 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Angebotsunterlagen sind bis spätestens 5. Juli 1967 anzufordern.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 15,— DM abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Eschwege, Postcheckkonto Frankfurt (Main) 6746 oder Konto Nr. 147 bei der Kreissparkasse Eschwege, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin am 25. Juli 1967 um 10.00 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Eschwege, Zuschlags- und Bindefrist beträgt 24 Werktage
344 Eschwege, 21. 6. 1967

Hessisches Straßenbauamt

2327

Eschwege: Die Arbeiten zum Ausbau der Kreisstr. 10 zwischen der B 27 und Unterrieden sowie zwischen der L 302 und der Hess. Thür. Landesgrenze im Kreis Witzenhausen sollen vergeben werden.

- Los I von km 0,578 — 0,900 = 322 m.
Los II von km 5,506 — 6,413 = 907 m.

Los I: 560 cbm Erdarbeiten, 500 cbm Frostschutzmaterial 0—30 mm, 450 t Verfestigungsschicht Basalt 0—35, 2 000 qm Bit. Unterbau 0—35 mm 10 cm st., 2 000 qm Binderschicht 0/18 mm 84 kg/qm, 1 900 qm AFB 0/8 mm 65 kg/qm, 40 Werktage.

Los II: 940 cbm Erdarbeiten, 700 cbm Frostschutzmaterial 0—30 mm, 1 300 t Verfestigungsschicht Basalt 0—35, 4 600 qm Bit. Unterbau 0—35 mm 10 cm st., 4 500 qm Binderschicht 0/18 mm 84 kg/qm, 4 400 qm AFB 0/8 mm 65 kg/qm, 70 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen müssen bis zum 6. 7. 1967 angefordert werden. Sie werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 12,— DM abgegeben.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Eschwege, Postcheckkonto Frankfurt (Main) 6746 oder Konto Nr. 147 bei der Kreissparkasse Eschwege, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin am 23. 7. 1967 um 11.00 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Eschwege, Zuschlags- und Bindefrist beträgt 21 Werktage
344 Eschwege, 23. 6. 1967

Hessisches Straßenbauamt

2328

Wiesbaden: Die Arbeiten für den Ausbau der L 3017 (Tanusstraße) in der Ortslage Wicker auf 300 m Länge sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

Erdarbeiten 500 cbm, Frostschutzkies 140 cbm, Bitumenkies 200 t, Mineralbeton 20 t, Binder 1 600 qm, Decke 1 600 qm, 500 Mld. m Hochbordsteine.

Bauzeit: 60 Werktage.

Die Bieter müssen nachweislich für Bauleistungen gleicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Geräte und Maschinen verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind ab sofort anzufordern mit der Angabe, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 8,00 DM, die nicht zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden unter Angabe des Vermerks „Ausbau der L 3017 in der Ortslage Wicker“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab sofort in der Zeit von 8.00 bis 16.00 Uhr beim Hessischen Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstraße 6, Zimmer 46 im 4. Stock.

Eröffnung: Im Hessischen Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstraße 6, Zimmer 13, am 7. Juli 1967, um 10.30 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 12 Werktage.

62 Wiesbaden, 26. 6. 1967

Hessisches Straßenbauamt

Staats-Anzeiger — Jahrgang 1966

komplett, in Original-Einbanddecke gebunden,
zum Preise von DM 54,— und Versandkosten
sofort lieferbar

STAATS-ANZEIGER · 62 Wiesbaden · Wilhelmstraße 42

Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Anstalten

Lieferant für Verwaltungen, Behörden und Anstalten

HERRY BRECHT

Großhandelshaus für Heimtextilien

Frankfurt/Main, Große Friedberger Str. 33-35
Fernruf: Sa.-Nr. 2 01 51

Teppiche, Gardinen,
Möbel- und
Dekorationsstoffe,
Dekoplastik,
Matratzendrellie

Ingenieurbüro Günter Schwebel

Büro für Straßen- und Verkehrsplanung

6 Frankfurt/Main
Grethenweg 45 · Telefon 61 59 94

Praktischer Arzt

Welche größere ländliche Gemeinde sucht einen Arzt
(42 Jahre alt)

Telefon Schweinfurt 8 35 58.

Berater und Lieferer bei staatlichen und kommunalen Baumaßnahmen

A. HOFFMANN

INGENIEURBÜRO
FÜR WASSERWIRTSCHAFT
LANDESKULTUR-
UND TIEFBAU

WIESBADEN · Wilhelmstraße 9 · Telefon 30 20 85

Tanküberprüfung H. Osterhagen Tankreinigung Kunststoffauskleidung

FRANKFURT/M. · MAINZER LANDSTRASSE 691 · RUF (06 11) 38 21 53



JAKOB NOHL GmbH

DARMSTADT
Martinstraße 22—24
Telefon-Nr. 7 29 41

FRANKFURT/M.
Sontraer Straße 15
Telefon-Nr. 41 10 55 / 56

Heizung · Lüftung · Ölfeuerung · Sanitäre Anlagen



RÜGER & Co. oHG

BAUNTERNEHMUNG

Hoch-, Tief-, Stahlbeton- und Straßenbau

Hattersheim am Main

Kelsterbacher Straße 2—4 · Fernsprecher 2 46 und 4 43

HEINRICH STEUL KG

Hoch-, Tief- und Stahlbetonbau

Wetzlar/Lahn · Falkenstr. 22-24 · Fernsprecher 2603

ROTE WARNFLAGGEN

für überstehende Ladungen
neutral oder mit Firmenaufdruck



ELASTIC GmbH

6 Frankfurt am Main
Mainzer Landstraße 315—321
Tel. Sa.-Nr. (06 11) 23 76 41

Wintrich-Feuerlöscher Seit über 50 Jahren bestens bewährt
DEUTSCHE FEUERLÖSCHER-BAUANSTALT WINTRICH & CO, BENSHEIM · Fernruf 24 66

2329

Durch den plötzlichen Tod des seitherigen Bürgermeisters, Robert Bärenfänger, der das Amt 19 Jahre innehatte, ist die

Stelle des hauptamtlichen Bürgermeisters

in Runkel neu zu besetzen.

Runkel mit seinen über 1800 Einwohnern liegt in einer besonders reizvollen Landschaft an der Lahn zwischen Weilburg und Limburg.

Gesucht wird eine pflichtbewußte und charaktervolle Persönlichkeit mittleren Alters.

Gute Allgemeinbildung und Erfahrung in der Verwaltung, vor allem aber Einfühlungsvermögen, Redegewandtheit und Verhandlungsgeschick, sind die Voraussetzungen für die Bewältigung der vielfältigen zukünftigen Aufgaben unserer Stadt.

Interessenten richten ihre Bewerbung in verschlossenem Umschlag mit dem Kennwort „BÜRGERMEISTERWAHL“ bis zum 20. Juli 1967 an den Vorsitzenden des Wahlausschusses beim Bürgermeisteramt Runkel.

Beizufügen sind: handgeschriebener Lebenslauf, lückenloser Tätigkeitsnachweis, Zeugnisabschriften, Lichtbild und Gesundheitsattest.

Persönliche Vorstellung nur nach besonderer Anforderung.

6251 Runkel (Lahn), 19. 6. 1967

Der Magistrat



Schließen Sie so früh wie möglich einen Bausparvertrag ab!

(Oder wollen Sie Ihr ganzes Leben lang eine hohe Miete bezahlen?)

Haben Sie schon einmal errechnet, wieviel Miete Sie in Ihrem Leben an Ihren Hauswirt zahlen? Bei nur 150,- DM monatlich sind es in 45 Jahren 81.000,- DM, bei 250,- DM sogar 135.000,- DM. Entscheiden Sie selbst: Ist es da nicht besser, so früh wie möglich ein Eigenheim oder eine Eigentumswohnung zu erwerben, die Ihnen als Eigentum gehören und über die Sie nicht ein fremder Hauswirt, sondern Sie selbst zu bestimmen haben? Planen Sie also richtig für die Zukunft und nutzen Sie bei den Vergünstigungen des BHW, Ihrer gemeinnützigen Selbsthilfeeinrichtung. Es lohnt sich!

Leichter mit dem Beamtenheimstättenwerk



Bausparkasse für Angehörige des öffentlichen Dienstes
325 Hameln (Weser)
Kastanienwall

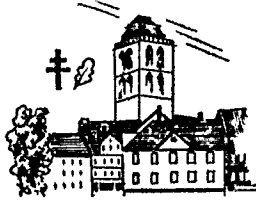


Fordern Sie noch heute unsere Schrift „Heimstätten für Angehörige des öffentlichen Dienstes“ an, die wir Ihnen auf Wunsch kostenlos zusenden.

2330

Im StAnz. Nr. 25 v. 19. 6. 67 Seite 728 unter Nr. 2126 muß es richtig heißen: In der Kreisstadt Alsfeld — ca. 10 500 Einwohner...

HESSISCHES STAATSBAD



BADHERSFELD

FESTSPIELE - TAGUNGEN

Zwölfhundertjährige Stadt im FuldaTal
Bekannter internationaler Festspielort
Stadt des 7. Hessentages
Hessisches Staatsbad
Landschaftlich schöne Lage
Lohnenswertes Ausflugsziel
Kultur- und Einkaufszentrum in Osthessen
Leistungsfähige Gastronomie
Preiswerte Unterkünfte
Gute Verkehrsverbindungen

Auskünfte und Prospekte: Verkehrsamt, Rathaus · Tel. 37 61/67

Bad Hersfelder Festspiele 1967

	2. Juli — 6. August	Intendant Ulrich Erfurth
Shakespeare	König Lear	
	2. 10. 14. 21. 23. 25. 31. Juli / 3. August	
Brecht	Mutter Courage und ihre Kinder	
	3. 9. 18. 26. 30. Juli / 2. 4. 6. August	
Camus	Der Belagerungszustand	
	8. 11. 16. 20. 27. 29. Juli / 1. 5. August	
Shakespeare	Was ihr wollt	
	15. 17. 19. 22. 24. 28. Juli	

Auskünfte und Prospekte: Festspiele 643 Bad Hersfeld, Postfach 40, Ruf (06621) 2777, 3761. Kartenvorverkauf: Kartenzentrale der Festspiele 643 Bad Hersfeld, Postfach 209, Ruf (06621) 3490, 2955.

Wir liefern zu besonders günstigen Preisen

Krankenhausmöbel	Dunlopillo und Spez.-Matratzen
Möbel	Oberbetten und Einziehdecken
Komplette Einrichtungen	Textilien aller Art

TEIPEL
GIESSEN

seit 1882 · Marktplatz 2 · Tel. 7 49 85/6

Qualitätserzeugnisse bekannter Hersteller

Bettwäsche, Tischwäsche	Elektro, Radio
Gardinen und Bodenbeläge	Fernsehen
Wolldecken	Befeuchtungskörper

Der „Staats-Anzeiger für das Land Hessen“ erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis: vierteljährlich DM 7,20. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich: für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Regierungsdirektor Gantz, für den übrigen Teil Karl Blum, Verlag: Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co KG., 62 Wiesbaden, Postscheckkonto 6 Frankfurt/M., Nr. 143 60. Bankkonten: Bank für Gemeinwirtschaft 65 Mainz Nr. 78 326; Deutsche Effekten- und Wechselbank 62 Wiesbaden Nr. 69 325; Hessische Landesbank Frankfurt/M., Girokonto 15 542. Druck: Presshaus Geisel Nachf., 62 Wiesbaden, Bahnhofstraße 33. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42, Telefon Sa.-Nr. 3 96 71, Fernschreiber 04-186 648. Preis von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 1,50 und DM —,30 Versandkosten, bis 40 Seiten DM 2,— und DM —,35, bis 48 Seiten DM 2,40 und DM —,40, über 48 Seiten DM 2,60 und DM —,40 Versandkosten. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlags, Frankfurt/M. 143 60. Anzeigenschluß: 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 5 vom 1. 1. 1966. Umfang dieser Ausgabe 48 Seiten.